Für die eigenen Interessen kämpfen - Mit der Arbeiterklasse verbünden

Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten · Entwurf

MSB SPARTAKUS

Inhalt

Herausgegeben vom Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS,
53 Bonn, Postfach. Verantwortlich: Hartmut Schulze
Druck: Plambeck & Co. GmbH, Neumünster

30 Pfennig

Für die eigenen Interessen kämpfen –

Mit der Arbeiterklasse verbünden!

Programm des MSB SPARTAKUS für das gemeinsame Handeln der Studenten

---

Entwurf

Vorwort

Der Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS legt hiermit den Entwurf eines Aktionsprogramms vor.

Dies soll kein Programm nur für die Mitglieder des Spartakus sein, sondern ein Programm, das die Grundlagen, die Voraussetzungen und die Ziele für den einzig erfolgreichen, den gemeinsamen Kampf aller Studenten an der Seite der arbeitenden Bevölkerung für die Verbesserung ihrer Lage formuliert.

In den eineinhalb Jahren seines Bestehens hat sich der MSB SPARTAKUS zu einem wichtigen Faktor in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung entwickelt, zu einer Kraft, die dem Massenkampf der Studenten die konkrete Richtung zeigen kann. Dazu soll auch dieser Entwurf beitragen.

Er wurde nicht am grünen Tisch geschrieben. Er wurde von Studenten erarbeitet, die wie alle anderen unter dem gegenwärtigen Zustand des Wissenschaftsbetriebs zu leiden haben, die versucht haben, Ursachen der Misere und den Weg zu ihrer Aufhebung aufzuzeigen.

Es wurde versucht, so konkret wie möglich, zugleich aber auch verallgemeinernd die Kampferfahrungen der Studenten zusammenzufassen. Dieses Programm kann weder Rezepte-Buch, noch theoretische Abhandlung sein. Vielmehr soll es eine Orientierungshilfe für den Massenkampf der Studenten sein, mit der Aufforderung, jede Aussage anhand der Lage der jeweiligen Hoch- und Fachhochschule zu prüfen, die Forderungen für die jeweiligen Fachbereiche und Seminare weiter zu konkretisieren und sie in der Praxis gemeinsam zu erkämpfen.

Die Diskussion um diesen Entwurf ist im Verband noch nicht abgeschlossen. Aber wir meinen, daß es richtig ist, schon jetzt mit dem Entwurf an die Öffentlichkeit zu treten, um eine umfassende Diskussion zu beginnen. Wir fordern jeden einzelnen Studenten, Assistenten und Dozenten, alle anderen Hochschulangehörigen, befreundete Organisationen, Jugendverbände, gewerkschaftliche und hochschulpolitische Organisationen auf, sich an dieser Diskussion aktiv zu beteiligen.

Jeder Spartakist wird für diese Diskussion bereitstehen – im persönlichen Gespräch wie auf größeren Veranstaltungen. Jeden Verbesserungsvorschlag an uns werden wir für die endgültige Fassung, die auf unserem 2. Bundeskongreß Ende Februar 1973 in Hamburg verabschiedet werden soll, berücksichtigen. Dabei geht es uns nicht nur um Verbesserungsvorschläge in Formulierungsfragen, sondern besonders um die Diskussion unserer politisch-inhaltlichen Vorstellungen.

Dabei geht es uns darum, in der gemeinsamen Diskussion zum gemeinsamen Handeln zu kommen, einen Beitrag zu leisten für die Aktionseinheit der Studentenbewegung im Kampf für Verbesserungen im Ausbildungsbereich, für den Kampf um sozialen Fortschritt, für Frieden, Demokratie und antiimperialistische Solidarität.

Bonn, im Dezember 1972

Christoph Strawe
1. Bundesvorsitzender des
MSB STARTAKUS

Einleitung

Studenten auf der Seite des Fortschritts

Die Zeiten alter Burschenherrlichkeit sind vorbei. Die Studenten sind heute keine Aktivisten des Kalten Krieges mehr. Ein wachsender Teil der Studenten steht heute auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts. Das haben die Kämpfe und Bewegungen der letzten Jahre gezeigt.

– Durch den verbrecherischen US-Krieg in Indochina wurden die Illusionen vieler Studenten über die „freie westliche Welt" zerstört. Studenten schlossen sich der weltweiten Protestbewegung gegen die Aggression der USA an.
– Studenten deckten in ihren Instituten Kriegsforschung auf. Sie wehrten sich gegen reaktionäre Lehrinhalte und Dozenten. Sie erkämpften an manchen Orten die Berufung fortschrittlicher Wissenschaftler.
– Zur Verteidigung demokratischer Rechte nahmen Studenten an den großen Massenbewegungen gegen die Notstandsgesetze teil. In Baden-Württemberg schlossen sich Tausende Studenten in den Aktionen gegen die Versuche des Kultusministers, ASten und Fachschaften zu zerschlagen, zusammen. In Hamburg konnte in einigen Fällen die Aufhebung von Berufsverboten gegen Kommunisten und engagierte Demokraten erkämpft werden.
– Im Frühjahr 1972 schlossen sich Studenten den gewaltigen Streik- und Demonstrationsbewegungen der Bevölkerung an, die die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ermöglichten und den Versuch der reaktionärsten Kräfte verhinderten, die Regierungsgewalt zu erobern.

Diese Bewegungen haben gezeigt: wo Studenten für ihre Interessen kämpfen, können sie Erfolge erringen. Wo dieser Kampf gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung geführt wird, gewinnt er Durchschlagskraft und Perspektive.
Mit unserem Programm wenden wir uns an alle Studenten, die mit ihrer Lage unzufrieden sind, die nach einer Alternative zu den bestehenden Zuständen an den Hochschulen suchen. Mit diesem Programm entwickeln wir Vorschläge für das gemeinsame Handeln der Studenten, versuchen die gemeinsamen Interessen, die konkreten Anknüpfungspunkte für gemeinsame Praxis von Arbeitern und Studenten exakt herauszuarbeiten. Wer wissen möchte, was der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS an den Hochschulen will, welche Vorstellungen, Alternativen und Kampfziele er für die Lehrerstudenten, die Mediziner, die Juristen, die Fachhochschüler, für alle Studenten entwickelt, findet darauf in diesem Programm eine Antwort. Wenn die Zahl der Studenten, die unzufrieden ist, wächst, wenn immer mehr Studenten bereit sind, sich gegen die Mißstände organisiert zur Wehr zu setzen, so liegen die Ursachen dafür in den Verhältnissen an den Hochschulen selbst: Denn entgegen aller Schönfärberei und Verschleierungsversuchen der herrschenden Bildungspolitiker beweist die tägliche Praxis an den Hochschulen: die Studien- und Lebensbedingungen haben sich nicht verbessert, sondern im Gegenteil noch verschlechtert.

Mit dem Staatsvertrag über den Numerus clausus, der die Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien gefunden hat, ist der N. C. auf Jahre verewigt worden. Die geplante Kürzung der Bildungsausgaben auf 53 Milliarden bis 1975 bedeutet, daß es keine realen Verbesserungen im Bildungswesen geben wird. Einfrieren der Kosten für die Ausbildungsförderung auf den Stand von 1971 bedeutet, daß in Zukunft ein noch geringerer Prozentsatz von Studenten eine noch weniger ausreichende Ausbildungsförderung erhalten wird. Mietwucher und Wohnraumspekulation, Mieterhöhungen in den Studentenwohnheimen haben zu einer katastrophalen Wohnsituation geführt. Die Lebenshaltungskosten steigen ständig, so daß die Studenten mit Ferienjobs die unzureichenden Bafög-Leistungen aufstocken müssen. Mit dem geplanten Studienjahr würde selbst diese Möglichkeit fortfallen.

An den Hoch- und Fachhochschulen kann man nur noch begrenzt studieren. Denn entweder sind die Seminare hoffnungslos überfüllt oder durch rigoros begrenzte Teilnehmerzahl nur einer Minderheit zugänglich. In den Bibliotheken fehlen wichtige Bücher, neue wissenschaftliche Literatur kann aus Geldmangel nicht angeschafft werden. Überall fehlen Laborplätze. Die Lage der Betroffenen des Bildungsnotstandes verschlimmert sich zusehends.

Einen realistischen Ausweg aus dieser Situation aufzuzeigen — darauf zielt unser Programm.

Bildung statt Rüstung!

Dabei sind wir davon ausgegangen, daß sich das Problem des materiellen Bildungsnotstandes immer mehr auf die Frage der Bildungsfinanzierung zuspitzt. „Bildung statt Rüstung", diese Losung, die bei den Massenaktionen immer mehr in den Vordergrund tritt, zeigt, wo das Geld herkommen muß. Im Abschnitt 1 unseres Programms haben wir versucht, diese Forderung nach der demokratischen Bildungsfinanzierung, die uns mit der Masse der arbeitenden Bevölkerung verbindet, zu präzisieren, ein umfassendes Kampfprogramm für die Veränderung der Prioritäten in den öffentlichen Haushalten zu entwickeln.

Zu den unzureichenden materiellen Studienbedingungen kommt die schlechte Ausbildung. Viele besuchen die Seminare nur, um das irrationale Klausuren- und Prüfungssystem erfolgreich durchstehen zu können. Denn der gebotene Lehrstoff bietet keinen Anreiz. Die Seminare erweisen sich häufig als langweilig und greifen die Fragen beruflicher Zukunft und Praxis gar nicht oder nur verzerrt und verstümmelt auf.

Statt zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Funktion von Ausbildung und Wissenschaft zu befähigen, verleugnet die bürgerliche Wissenschaft die politischen und ökonomischen Grundlagen ihrer Theorie und Praxis. Statt mit der Vermittlung von Grundlagen und Methodenwissen die notwendige Qualifizierung zu ermöglichen, statt fachorientiertes und allgemeines Wissen miteinander zu verbinden, wird das Studium immer früher spezialisiert und gestrafft.

Immer mehr erweist sich die bürgerliche Wissenschaft als unfähig, eine zusammenhängende Theorie von Natur und Gesellschaft zu entwickeln. Erkenntnisse nicht nur des Marxismus, sondern auch fortschrittlicher bürgerlicher Wissenschaftler werden totgeschwiegen.

Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten

Möglichkeiten zur Veränderung dieser Zustände aufzuzeigen — darauf zielt unser Programm. Deshalb entwickeln wir im Abschnitt II ein Kampfprogramm für eine demokratische Ausbildung und Berufspraxis, „für eine Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten". Gegen eine Ausbildung, die unser Interesse an eigenständigem Arbeiten und

selbständiger Erkenntnis erstickt, die Entfaltung unserer Persönlichkeit verhindert, stellen wir unsere Vorstellungen für ein Studium, das breite Qualifikation mit der Erkenntnis der gesellschaftlichen Funktion von Ausbildung und Beruf verbindet, entwickeln wir Vorschläge für eine demokratische Berufspraxis.

Nach dem Scheitern der verschiedenen Reformvorhaben und Versprechungen der letzten Jahre heißt das Rezept der Herrschenden für die Verwaltung der Hochschulmisere Formierung. Die Studenten sollen an die Kette von Studienzeitverkürzung und Regelstudienzeit gelegt werden. Durch den Abbau demokratischer Rechte, durch Berufsverbote gegen Kommunisten und andere Demokraten, durch die Verhinderung jeder Mitbestimmung soll der Widerstand der Studenten gegen die Bildungspolitik eines kapitalistischen Systems gebrochen werden, in dem der Profit bestimmt, wohin die Gelder fließen, in dem die Ausgaben für die Rüstung ständig steigen und die für die Bildung immer weiter hinter den Anforderungen einer am gesellschaftlichen Fortschritt orientierten Bildungspolitik zurückfallen.

Kampf dem Abbau demokratischer Rechte. Für Demokratie und und Mitbestimmung an den Hochschulen!

Den Kampf gegen diesen Abbau demokratischer Rechte zu verbreitern, diesem Ziel soll unser Programm dienen. Dazu entwickeln wir im 3. Abschnitt Aktionsvorschläge, setzen wir der Formierung und dem Abbau demokratischer Rechte unsere Kampfziele für Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen entgegen.

Wir sagen in diesem Programm klar, daß die Ursachen für die Lage an den Hochschulen in den Besitz- und Machtverhältnissen in unserem Land liegen. Wir entwickeln ein Kampfprogramm gegen die Urheber des Bildungsnotstands, gegen das Großkapital.

Wir bauen auf den Aussagen unserer Grundsatzerklärung auf, in der es heißt: „Das Privateigentum an Produktionsmitteln hat dazu geführt, daß sich die ökonomische Macht in den Händen einer immer kleineren Schicht von Monopolherren konzentriert. Diese ökonomische Macht bedeutet auch politische Macht — die ihrerseits den Monopolisierungsprozeß weitertreibt. Dem Profit- und Machtstreben, dem bestimmenden Wesenszug des Monpolkapitals, werden zunehmend alle Bereiche der Gesellschaft, also auch Wissenschaft und Ausbildung, unterworfen."

Immer mehr erweist sich das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln als das Haupthindernis des gesellschaftlichen Fortschritts. Wachsende Teile der Bevölkerung erkennen, daß an einer Gesellschaftsordnung, in der 1,7 Prozent der Bevölkerung über 75 Prozent des Produktivvermögens verfügen, „etwas faul sein muß" und beginnen praktische Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Sie wollen nicht mehr hinnehmen, daß wissenschaftliche Erkenntnis nur soweit verwertet wird, der technische Fortschritt nur soweit vorangetrieben und die Produktionskapazitäten nur soweit ausgenutzt werden, wie es der Profitmaximierung dient. Sie begreifen: ein System, das nur investiert, wo der Profit winkt, wird ihren Lebensinteressen nicht gerecht. Es verhindert die volle Entfaltung aller technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten, ihre Nutzung im Interesse der Menschen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt stellt ständig wachsende physische und geistige Anforderungen an die menschliche Arbeitskraft. Aber das kapitalistische System ist nicht in der Lage, den arbeitenden Menschen aktive körperliche und geistige Erholung zu ermöglichen, eine qualifizierte Grundausbildung, Weiterbildungsmöglichkeiten, eine grundlegende Sanierung der Luft- und Wasserverhältnisse, eine umfassende Gestaltung des Städte- und Wohnungsbaus zu gewährlei-

sten. Statt dessen bringen die kaum gefilterten Ausscheidungen der Großkonzerne verpestete Luft und sterbende Flüsse, werden Landschaften zerstört und die Städte autogerecht vergewaltigt, müssen mehr Menschen an Betriebsunfällen und Herzinfarkt sterben als je zuvor.

Mehr Menschen als je zuvor in der Geschichte unseres Landes reihen sich in Aktionen und Bewegungen kontra Großkapital ein. Häufig wird allerdings noch übersehen, welche Rolle der Staat bei der Sicherung von Profit und Herrschaft für das Großkapital spielt. Er wird vielfach als eine über den gesellschaftlichen Klassen stehende, unabhängige Institution gesehen. Aber es wird immer deutlicher, daß diese Vorstellung nicht der Wirklichkeit entspricht:

Der kapitalistische Staat ist es, der die Lohn- und Mehrwertsteuern für die arbeitende Bevölkerung erhöht, der aus ihrem Steueraufkommen den Monopolen hohe Profite durch Subventionen und Steuergeschenke, Exportprämien, Investitionserleichterungen, Kredite, Rüstungsaufträge und Forschungsfinanzierung für die Konzerne sichert. Der Staat selbst fördert und organisiert die gewaltig anwachsende Konzentration des Kapitals zu immer größeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenballungen.

So entstand z. B. auf staatliche Initiative und mit großzügiger staatlicher Unterstützung 1968/69 die Messerschmidt-Bölkow GmbH, der mit Abstand größte Raketen- und Flugzeugkonzern in der BRD, der zu 90 Prozent Staatsaufträge ausführt.

Die Verschärfung der Systemwidersprüche führte „zur Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, zur Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der die reaktionäre Macht der Monopole erhalten und den objektiv herangereiften Übergang zum Sozialismus verhindern soll". (Grundsatzerklärung)

Die Konzentration der Produktion und des Kapitals bringt Betriebsstillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen ohne Rücksicht auf die arbeitenden Menschen, bringt eine gewaltige Machtkonzentration, die jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist.

Das Gerede von der „freien und sozialen Marktwirtschaft" ist deshalb nichts weiter als der Versuch, die Herrschaft einiger weniger Großkonzerne und Banken zu verschleiern, die, um ihren Einfluß zu sichern, alle gesellschaftlichen Bereiche unter ihre Kontrolle zu bringen versuchen.

Wo sich demokratischer Widerstand regt, wo Arbeiter streiken und Lehrer die Verhältnisse beim Namen nennen, reagieren deshalb die Herrschenden mit dem Abbau demokratischer Rechte, mit Aussperrung und Berufsverbot, mit Notstandsgesetzen, mit der Zentralisierung des Polizeiapparates und dem Ausbau des Bundesgrenzschutzes zu einer paramilitärischen Bürgerkriegstruppe. So werden selbst formaldemokratische Entscheidungsstrukturen abgebaut und die elementaren Rechte des Grundgesetzes durchbrochen, um die reibungslose Herrschaft des Großkapitals zu sichern.

Die Herrschaft der Großkonzerne und Banken ist auch die Ursache einer imperialistischen Politik nach außen, der Versuch der Monopole, möglichst viele Länder politisch und ökonomisch zu unterjochen.

Die Völker, die für ihre Unabhängigkeit und Freiheit von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, wehren sich deshalb gegen dasselbe Profit- und Machtsystem, das in unserem Lande gesellschaftlichen Fortschritt verhindert. Die Konzentration des Rüstungskapitals bildet eine ständige Gefährdung des Friedens.

Deshalb entwickeln wir im 4. Abschnitt unseres Programms den

Gedanken der antiimperialistischen Solidarität. Wir wollen mit unserem Programm aufzeigen, welchen Beitrag die Studenten heute zum gesamtgesellschaftlichen Kampf für die Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, für Frieden und Abrüstung leisten müssen.
Mit unserem Programm wollen wir zeigen, daß wir Studenten selber handeln müssen, wenn wir unsere Lage verbessern wollen. „Nicht als Geschenk der Herrschenden, sondern nur als Ergebnis eines langen und konsequenten Kampfes sind soziale Verbesserungen, demokratische Rechte und eine grundlegende demokratische Erneuerung des Hochschulwesens in der Bundesrepublik zu erreichen. Nur als Teil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Monopolherrschaft kann dieser Kampf erfolgreich geführt werden." (Grundsatzerklärung) Von den im Bundestag vertretenen Parteien haben die Studenten keine demokratischen Reformen zu erwarten. Die CDU/CSU diffamiert den Kampf der Studenten um ihre elementaren Rechte als „linken Terror" und die Mitbestimmungsforderungen der Arbeiter als „Gewerkschaftsdiktatur". Vom Großkapital getragen und mit Millionenbeträgen finanziert, ist sie zum Sammelbecken der ultrarechten nationalistischen und neonazistischen Kräfte geworden. Sie versucht, einen verschärften Abbau der demokratischen Rechte im Innern durchzusetzen und alle Schritte zur Entspannung im Europa zu verhindern. Zusammen mit dem Springer-Konzern und anderen reaktionären Pressemonopolen betreibt die CDU/CSU eine militante antikommunistische Hetze, um das notwendige politische Klima für eine Durchsetzung ihrer Pläne zu schaffen. **Trotz ihrer Wahlniederlage bleibt sie der gefährlichste Gegner der demokratischen Kräfte in unserem Land, die deshalb gemeinsam gegen sie vorgehen, ihren Einfluß weiter zurückdrängen müssen.**

Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung!

Auch unter einer SPD/FDP-Regierung hat sich an den Besitz- und Machtverhältnissen nichts geändert. Die ökonomische und damit auch die politische Macht des Großkapitals bleibt unangetastet. Führende Vertreter der SPD sprechen davon, daß es ihrer Partei vor allem darum gehe, die „kritische Jugend" und die Arbeiter in das bestehende System zu integrieren. Damit erweist sich die SPD-Führung als eine Kraft, die ihr Ziel darin sieht, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verteidigen.
Gleichzeitig unterscheidet sich die SPD von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien dadurch, daß viele ihrer Mitglieder und Anhänger Arbeiter und Angestellte sind, die für demokratische Reformen und gesellschaftliche Veränderungen eintreten.
Ob es gelingt, die Forderungen der demokratischen Kräfte durchzusetzen, hängt damit aber auch unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung allein von der Bereitschaft der Massen ab, für diese Forderungen zu kämpfen.
Die FDP gebärdet sich in der Auseinandersetzung um diese Forderungen gerne progressiv. Jedoch erweist sich diese Progressivität in der Praxis dieser Partei als verbalradikales Geklingel. Mit aller Energie bekämpft sie die berechtigten Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften nach Mitbestimmung, ihr Innenminister Genscher war es, der sich als Vorreiter beim Abbau demokratischer Rechte bewährt hat.
Unsere Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn wir unsere Interessen in die eigene Hand nehmen. Wenn wir gemeinsam mi den breiten Schichten des Volkes handeln, gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung kämpfen. **Notwendig ist unser gemeinsames und entschlossenes Handeln, notwendig ist das Bündnis der Stu-**

Für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten. Die Aktionseinheit der Studentenbewegung herstellen!

denten mit der Arbeiterklasse. Zu diesem Bündnis beizutragen, dafür praktische Schritte zu entwickeln, dem dient unser Programm. Für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten! Die Aktionseinheit der Studentenbewegung herstellen! (Abschnitt 15 des Programms)

Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft aller grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Millionen Arbeiter und Angestellte haben in der BRD gewaltige Werte geschaffen. Diese Werte kommen nicht der arbeitenden Bevölkerung zugute. sondern sie werden vom Monopolkapital angeeignet, einer kleinen Gruppe von Bank- und Konzernherren. Ihnen sind die Arbeiter ausgeliefert, gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ohne Einfluß auf ihre Arbeitsbedingungen oder gar auf das, was sie herstellen, ohne Einfluß auf die Entscheidungen, ob sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder behalten. Wachsende Arbeitsintensität, Rationalisierung, Akkordhetze und ein immer raffinierteres Antreiber-Lohnsystem steigern die Profite des Monopolkapitals.

Die tatsächlichen Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen wurden in harten Auseinandersetzungen errungen, in Arbeitskämpfen und Streiks. Auto und Fernsehapparat wurden erkauft mit Überstundenzwang und Schwarzarbeit, mit Angst vor dem Krankwerden.

Und was die Arbeiterklasse sich in den letzten Jahren erkämpft hatte, wird durch Preistreiberei und Mietwucher fast vollständig zunichte gemacht.

Zur Rolle der Arbeiterklasse sagen wir in der Grundsatzerklärung: „Der wichtigste und stärkste Gegner der Monopolmacht ist die Arbeiterklasse. Dies folgt aus ihrer objektiven Klassenlage. Sie ist nicht nur die zahlenmäßig stärkste Klasse, sondern die einzige, die mit der Entwicklung der Produktion zahlenmäßig wächst. Sie ist das entscheidende Ausbeutungsobjekt des Monopolkapitals, durch ihre Stellung im Produktionsprozeß unmittelbar mit dem Kapitalismus konfrontiert.

Ihre Konzentration, ihre Organisiertheit, die Tatsache, daß die Theorie von Marx, Engels und Lenin die wissenschaftliche Grundlage für den Kampf der Arbeiterklasse bildet, sichert ihr die führende Rolle. Der Platz der kämpfenden fortschrittlichen Studenten ist deshalb an der Seite der Arbeiterklasse."

Allerdings hat die Zerschlagung der Arbeiterbewegung während des Faschismus und die Wirtschaftswunderideologie der Aufbaujahre die Herausbildung eines starken Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse gehemmt.

Eine besonders verhängnisvolle Rolle spielte dabei der Antikommunismus. **Antikommunistische Hetze begleitete 1956 das KPD-Verbot, das zur Verfolgung Hunderttausender von Kommunisten und anderen Demokraten führte.**

Heute bildet der Antikommunismus die Kulisse für Berufsverbote, sollen die Antikommunismusbeschlüsse der SPD-Führung das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten verhindern.

Darum ist die Bekämpfung des Antikommunismus ein entscheidender Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse. An diesem Kampf hat die Deutsche Kommunistische Partei wesentlichen Anteil. **Seit ihrer Gründung im Jahre 1968 hat die DKP durch ihre Praxis bewiesen, daß sie die Partei der Arbeiterklasse ist, daß sie als einzige Partei der Bundesrepublik gegen das Monopolkapital und für den Sozialismus kämpft.**

Der Maßstab ihrer Politik sind die Zukunfts- und Gegenwartsinteressen der arbeitenden Menschen; das beweisen kommunistische Betriebsgruppen täglich, wenn sie sich als entschlossene Interessenvertreter ihrer Kollegen bewähren, beweisen die kommunistischen Betriebsräte, die, gestützt auf das Vertrauen ihrer Kollegen, sich von Konzernmanagern weder einschüchtern noch kaufen lassen. Kommunisten kämpfen aktiv in allen Lohnkämpfen mit, während der Streiks, bei Protestaktionen gegen Mietwucher, in den Aktionen für Mitbestimmung, bei den „Rote-Punkt"-Bewegungen gegen Fahrpreiserhöhungen.

In den letzten Jahren hat sich die Entschlossenheit der Arbeiterklasse verstärkt, ihre Kraft einzusetzen. In den Septemberstreiks 1969, in den Streikbewegungen der Chemie- und Metallindustrie 1971 hat die Arbeiterklasse klargemacht, daß sie nicht länger bereit ist, Lohndrückerei und Unternehmerwillkür kampflos hinzunehmen; allein 1970 erhöhte sich die Zahl der Streikenden in den kapitalistischen Ländern auf 64 Millionen. Beim Versuch der CDU/CSU im Frühjahr 1972, im Handstreichverfahren die Regierungsgewalt zu übernehmen, hat die Arbeiterklasse trotz aller Abwiegelungsversuche die politische Entscheidung nicht allein dem Parlament überlassen. In Massenstreiks und Demonstrationen hat sie ihren Willen nach Frieden und Entspannung klar manifestiert.

Arbeiterklasse und Studenten haben denselben Gegner

Die Bewegungen der letzten Jahre führten Arbeiter und Studenten stärker zueinander. Gemeinsam demonstrierten sie, auf Vollversammlungen vieler Universitäten wurden Streikspenden gesammelt und Solidaritätstelegramme verabschiedet. Massenhaft beteiligten sich Studenten an den Maidemonstrationen.

Diese aktive Unterstützung vieler Studenten entstand einmal aus intellektueller Einsicht in die Berechtigung der ökonomischen und politischen Forderungen der Arbeiter. Vor allem aber erwuchs sie aus der Erfahrung, daß Studenten und Arbeiter gemeinsame Interessen haben.

Es ist von großer Bedeutung, ob die Hochschulen im Dienst der arbeitenden Bevölkerung oder des Monopolkapitals stehen.

Denn Wissenschaft und Ausbildung im Interesse des Monopolkapitals bringt Kriegs- und Auftragsforschung, bringt Zulassungsbeschränkungen, die zuerst die arbeitende Bevölkerung treffen. Denn NC bedeutet: weniger Lehrer für größere Klassen, weniger Ärzte und überfüllte Klassenzimmer, weniger Sozialarbeiter für wachsende Aufgaben. Im gleichen Maße werden Arbeiter und Intelligenz vom Verschleiß ihrer Qualifikationen, von den fehlenden Weiterbildungsmöglichkeiten getroffen.

Deshalb hat die überwältigende Mehrheit der Studenten das gemeinsame Interesse mit der Arbeiterklasse an der friedlichen Nutzung wissenschaftlicher Egebnisse an der Ausbildung qualifizierter, dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichteter Wissenschaftler.

Dieses Ziel ist endgültig erreichbar nur durch die Beseitigung der Herrschaft des Großkapitals über das Volk. Denn nur eine Gesellschaft, die nicht vom Profitinteresse einer Minderheit bestimmt wird, ermöglicht die volle Entfaltung menschlicher Anlagen und Fähigkei-

ten, die aktive Teilnahme der arbeitenden Menschen an allen wichtigen Entscheidungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. „Erst in der sozialistischen Gesellschaft können die Studenten ihre wissenschaftlich gebildete Arbeitskraft schöpferisch zur planvollen Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums und zum Wohl der arbeitenden Bevölkerung einsetzen." (Grundsatzerklärung)
Der Sozialismus setzt die „Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse voraus und gründet sich ökonomisch auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln." (Grundsatzerklärung)
In unserer Grundsatzerklärung haben wir bestimmt, auf welchem Weg der Sozialismus erreicht werden kann:
„Der Weg zum Sozialismus führt über den Kampf zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, über die Einschränkung und schließliche Brechung der Monopolmacht. ... Der Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht der Monopole ist gegenwärtig die Kernfrage revolutionärer Politik in der BRD. Ziele dieses Kampfes ist die Errichtung einer fortschrittlichen Demokratie, in der die Arbeiterklasse als führende Kraft mit ihren Verbündeten auf der Grundlage der errungenen zentralen politischen Machtpositionen den entscheidenden politischen Einfluß in Staat und Gesellschaft ausübt und die Schlüsselindustrien und Banken in gesellschaftliches Eigentum überführt. Die antimonopolistische Umwälzung hat einen großen eigenen Stellenwert im Ringen um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Sie ist zugleich die notwendige Etappe des Kampfes, in der die entscheidenden Voraussetzungen für die sozialistische Revolution geschaffen werden ... In diesem Kampf bildet die Durchsetzung grundlegender demokratischer Reformen wichtige Stützpunkte."
Die gewaltigen Möglichkeiten eines sozialistischen Systems zeigt z. B. das Bildungssystem in der DDR, zeigt ihr Hochschulwesen, das für die Arbeiterkinder geöffnet ist, 1968 waren es schon 46,7 Prozent. Das mit 64,7 Prozent Hochschulabsolventen und 82,2 Prozent Fachhochschulabsolventen je 10 000 Einwohner schon 1968 mit 20 bis 50 Prozent über den Werten der BRD lag. Das in der sozialen Fürsorge die Dinge als selbstverständlich bereit hält, für die die Studenten in der BRD seit Jahren kämpfen. Wo der Student nicht Wissensspeicher ist, den es gilt, so schnell und so billig wie möglich vollzustopfen, sondern wo die Bedingungen für ein selbständiges Forschen bei gleichzeitiger Wissensaufnahme durch die DDR-Hochschulreform längst geschaffen sind.

Gemeinsam kämpfen

Studenten für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, für den Sozialismus zu gewinnen — das hat sich der MSB SPARTAKUS zur Aufgabe gemacht. Gleichzeitig gehen wir davon aus, daß die Lage der Studenten das gemeinsame Vorgehen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Strömungen unter den Studenten möglich und notwendig macht. Dafür realistische Aktionsvorschläge zu machen, darauf zielt unser Programm. Wir sagen, was heute unserer Meinung nach getan werden muß, um die Interessen der Studenten durchzusetzen, um die gemeinsamen Forderungen mit der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. Wir wollen zeigen, daß

Studenten gemeinsam mit Arbeitern, Arbeiter gemeinsam mit Studenten kämpfen müssen.
Nicht zuletzt gilt es gemeinsam mit der Arbeiterklasse den Einfluß aller demokratischen Kräfte in der Bildungspolitik geltend zu machen.
Wo wir Mitbestimmungspositionen ausbauen können, schaffen wir eine Voraussetzung für die Demokratisierung der Lehrinhalte, für die Berufung von Marxisten. Wo wir überfüllte Seminare nicht schweigend hinnehmen, sondern mit den Organisationen der Arbeiterklasse die Bevölkerung über die konkreten Folgen für sie informieren, können wir Erfolge erzielen.
Wo Berufsverbote und Disziplinierungsmaßnahmen unseren ausdauernden Protest hervorrufen, wo wir vom Lehrermangel betroffene Schüler und Eltern aktivieren, scheitert das Konzept der Herrschenden, mit Kasernenhofordnungen die Hochschulen zu befrieden.
Bereiten wir uns schon jetzt auf unsere Aufgaben am späteren Arbeitsplatz vor. Denn die große Mehrheit von uns wird lebenslang in untergeordneter lohnabhängiger Funktion tätig bleiben. Wir werden geistige Detailarbeiter werden, im Großraumlabor oder im Räderwerk der Denkfabriken. Oder wir werden als Lehrer den Widerspruch zwischen pädagogischen Anforderungen und realen Möglichkeiten erfahren.
Schon heute erweisen sich die im Schnellverfahren unzureichend ausgebildeten Ingenieure als unfähig, die sich ständig verändernden Anforderungen ihres Arbeitsplatzes zu bewältigen.
Darum muß uns schon heute klar sein, daß wir später im Beruf unsere Interessen nur in den DGB-Gewerkschaften, in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse durchsetzen können.
Die gemeinsamen Interessen der Masse der Studenten gegen das Monopolkapital verlangen an den Hochschulen den gewerkschaftlich orientierten Kampf, verlangen eine organisierte Interessenvertretung. Einzelkämpfer nützen nichts. Was hilft, ist kollektives Handeln, die organisierte Durchsetzung unserer Forderungen. Besuchen wir nicht nur Vollversammlungen, sondern arbeiten wir aktiv mit in den Fachschaftsvertretungen, gewinnen wir Kollegen zur Mitarbeit.
Der MSB SPARTAKUS wendet sich an alle Studenten, die mit ihrer Lage unzufrieden sind. Tretet für Eure Interessen ein! Nehmt die Zustände an Euren Hochschulen nicht kampflos hin!
Im Bündnis mit der Arbeiterklasse liegt der Ausweg aus Bildungsnotstand und Hochschulmisere.
Wer bereit ist zu kämpfen, kann die Verhältnisse auch ändern.

Bildung statt Rüstung

In Seminaren mit über 100 Teilnehmern kann man nichts lernen. Ohne moderne Arbeitsmittel nicht wissenschaftlich studieren. Was wir brauchen, sind: mehr Hochschullehrer, besser ausgerüstete Studienplätze. Sinnvolles Studium verlangt die Verbesserung der sozialen Versorgung der Studenten.
Wenn wir Studenten unsere Studien- und Lebensbedingungen entscheidend verbessern wollen, müssen wir für die Forderung „mehr Geld für die Bildung" eintreten. Dem demagogischen Gerede von dem fehlenden Geld in den öffentlichen Haushalten müssen wir gemeinsam entgegentreten. Denn das Geld ist da!
Während die Millionäre und Großaktionäre, mit Steuergeschenken und Subventionen der Regierung bedacht, in Ruhe ihre Dividenden einstreichen können, wird die arbeitende Bevölkerung durch Massensteuern belastet. Während das Geld überall im Bildungshaushalt gestrichen wird, steigt der Rüstungshaushalt ins Unermeßliche. Die Steigerung der Rüstungsproduktion, das war schon immer ein guter Happen für die Rüstungsprofiteure. Rüstungsproduktion, das war schon immer das Herzstück des Militarismus, das Zentrum der Demokratie- und Entspannungsfeinde.
Nicht in irgendeiner „öffentlichen Armut" liegt die Wurzel für die Bildungsmisere, sondern in dieser Priorität von Rüstung und Profit dieses Systems. Daran wird sich grundsätzlich so lange nichts ändern, so lange das Großkapital in unserem Land regiert und nicht die arbeitende Bevölkerung.
Aber denjenigen, die zusehen, wie der Rüstungshaushalt ständig erweitert wird, die dabei von Sachzwängen reden und damit die Sache des Profits meinen, sagen wir: Es gibt kein ehernes Rüstungsgesetz, das die Höhe des Rüstungshaushalts festsetzt. **Denn gerade jetzt sind durch die Entspannungsbemühungen der sozialistischen Länder, durch Ostverträge und Europäische Sicherheitskonferenz günstige Voraussetzungen gegeben, mit der Abrüstung zu beginnen, die freigewordenen Gelder für die Bildung auszugeben.**
Doch das paßt den Herrschenden nicht, denn an ihren Hinhaltesprüchen, an ihrem Gerede von Sachzwängen ist nur eines wahr: Wer die heiligen Kühe des Kapitalismus nicht schlachten will, den Großkonzernen und Banken, den Rüstungsprofiteuren nichts nimmt, der kann der Bildungsmisere nicht begegnen, von dem haben die Studenten nichts zu erwarten. Daß der Rüstungshaushalt nicht 26 Milliarden oder mehr beträgt, sondern daß er jährlich um 15 Prozent gesenkt wird, das hängt ab vom gemeinsamen Kampf von Arbeiterklasse und Studenten.

Bildung statt Bomben – Die Reichen müssen zur Kasse

Diese Forderung verbindet uns Studenten mit den Arbeitern und Angestellten, mit der gesamten werktätigen Bevölkerung, die ein objektives Interesse an guter Bildung als einer Voraussetzung für den Kampf um soziale Sicherheit hat. Die daran interessiert ist, daß

die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Bildungsschranken für Arbeiter- und Bauernkinder zu beseitigen. Sie sind durch die Festschreibung der jetzigen Bildungsmisere unmittelbar betroffen. Sind es doch die Arbeiterkinder, denen in überfüllten Schulklassen eine moderne Allgemeinbildung vorenthalten wird, weil die Hochschulen zuwenig Lehrer ausbilden. Ist es doch die ohnehin geringe Anzahl der Arbeiterkinder, die auf einen Studienplatz als erste verzichten muß.
Wer sich bis zum Abitur vorgearbeitet hat, sieht sich mit dem Zulassungsstopp an allen Hochschulen konfrontiert. 1975 sollen es 75 000 Abiturienten sein, die vor den Toren der Hochschulen stehen. Die geringe Zahl von Arbeiterkindern, die die Hochschulreife erworben hat, trifft der NC zuerst. Denn ihnen fehlen die Mittel, nach den langen Hindernisrennen zum Abitur lange Wartezeiten zu überbrücken oder einen Wechsel des Studienortes zu finanzieren.
Eine demokratische Bildungsreform auf Kosten der Rüstung, der Konzernprofite, liegt deshalb im Interesse der Arbeiterklasse und der Studenten. Für diese gemeinsamen Forderungen müssen wir uns in gemeinsamen Aktionen einsetzen: im Bündnis mit der Arbeiterklasse, mit der gesamten werktätigen Bevölkerung liegt die Grundvoraussetzung für den Erfolg unseres Kampfes.
Knüpfen wir an den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes an, der in seinen bildungspolitischen Vorstellungen schreibt: „Eine auf Entspannung gerichtete Politik muß dazu führen, daß bisher für Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel dem Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen."
Verhindern wir gemeinsam mit der Arbeiterklasse, daß die Bildungsfinanzierung auf Kosten anderer, für die arbeitende Bevölkerung ebenso wichtiger Infrastrukturbereiche oder direkt auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten durch Erhöhung der Massensteuern, durch sogenannte Konjunkturzuschläge geschieht und damit das Bildungsprivileg der Reichen noch zementiert wird.

Das Geld muß daher kommen, wo es ist

1. Jährliche Senkung des *Rüstungsetats* um 15 Prozent (Ersparnis 3 Milliarden Mark).
- Einstellung der *Devisenausgleichszahlungen* an die USA, die nur den schmutzigen Vietnamkrieg mitfinanzieren helfen (Ersparnis 2 Milliarden Mark).
- Verwendung der Ausgaben für die *Bundeswehrhochschulen* für die öffentlichen Hochschulen.
- Streichung aller Mittel für die *Kriegs- und Ostforschung;* keinen Pfennig Unterstützung für revanchistische Organisationen, Berufsvertriebene und Neonazis.

2. *Eine demokratische Steuerreform:*
- Die Besitzer der Großkonzerne und die Bezieher hoher Einkommen sind durch Steuererhöhungen zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben heranzuziehen.
- Preisstopp bei demokratischer Kontrolle vor allem durch die Gewerkschaften, damit die Konzernherren die höhere Besteuerung nicht auf die Preise abwälzen.
- Aufhebung der staatlichen Subventionen und der zahlreichen

steuerlichen Vergünstigungen für die kapitalistischen Großkonzerne.

– Unterbindung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung mit strengen Gesetzen. Selbst großbürgerliche Zeitungen nennen die Zahl von 60 Milliarden DM, die unversteuert auf ausländische Privatkonten der Großunternehmer fließen.
– Neuaufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern und Gemeinden zu je einem Drittel, um die Finanzkraft der für die Bildung vorwiegend zuständigen Länder und Gemeinden zu stärken.

3. *Ein Bodenrecht, das* durch Vorkaufs- und Enteignungsrecht des Staates und der Gemeinden *Bodenspekulationen verhindert.*

– Maßnahmen gegen die astronomischen Steigerungen der Baukosten, die den Ausbau der Hochschulen und Bildungseinrichtungen verteuern.

Weg mit dem NC – Ausbau der Hochschulen

Während die Vertreter der systemtragenden Parteien der demokratischen Studentenbewegung den angeblichen Leistungsabfall an den Hochschulen in die Schuhe schieben, streichen sie Tutorenprogramme, werden Lehrplanstellen eingespart, werden Ausbauvorhaben der Hochschulen gestoppt. Decken wir deshalb solche Skandale auf, daß z. B. Universitätskliniken die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung noch schlechter wahrnehmen können, weil die Mitarbeiterstellen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebs nötig sind, von den Ministerien gestrichen werden.

Machen wir klar: Eine Bildungspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, die Beseitigung der Bildungsbarrieren für Arbeiter- und Bauernkinder erfordern den zügigen Ausbau der Hochschulen, die Verbesserung der Relation zwischen Lehrenden und Lernenden durch Schaffung neuer Personalstellen.

Notwendig ist der Abbau des Numerus clausus. Spätestens mit dem Numerus-Clausus-Staatsvertrag ist deutlich geworden, daß der NC keine Überbrückungsmaßnahme ist, mit der nichtvorhersehbaren Engpässen begegnet werden soll.

Mit dem NC-Verewigungs-Staatsvertrag sollen die Studentenzahlen den ungenügenden Kapazitäten der Hochschulen angepaßt werden.

Zukünftig sollen unter Ausschluß der Hochschulen, ohne gewerkschaftliche Mitbestimmungsmöglichkeiten, staatliche Institutionen über die Zulassung zum Studium entscheiden. Die willkürlichen, ungerechten Zulassungskriterien, vor allem der Abiturnoten, werden beibehalten.

Der NC-Staatsvertrag ist verfassungswidrig, weil er dem Grundrecht auf Bildung widerspricht.

Der MSB SPARTAKUS sagt klar:

Der Ausbau des Bildungswesens erfordert Kampf, zähen und harten Kampf gegen das Großkapital und die Reaktion. Unsere Forderungen werden wir nicht auf einen Schlag verwirklichen können. Aber auch kurzfristige Verbesserungen werden wir nur durchsetzen, wenn wir dafür kämpfen.

Entwickeln wir Sofortprogramme für die Beseitigung der gröbsten Mißstände an jedem Fachbereich, in jedem Institut. Bedienen wir uns der Fachschaften als unserer Interessenorgane. Handeln wir gemeinsam mit Dozenten und Assistenten!
Sorgen wir dafür, daß die Fachbereichsgremien und Senate ihre Forderungen nicht nach den sogenannten Sachzwängen der Prioritätensetzung der öffentlichen Haushalte ausrichten, sondern am tatsächlichen Bedarf. Wehren wir uns gegen staatliche Eingriffe in die Haushaltsautonomie der Universitäten!
Treten wir dem Entzug von technischen Einrichtungen der Institute für die Privatforschung einzelner Professoren für bestimmte Großkonzerne entgegen!
Durchforsten wir die Haushalte der Bundesländer!
Allein in Hamburg werden z. B. jährlich 4 Millionen DM für revanchistische Propaganda und „Mauerbesichtigungen" hinausgeworfen. Die Gelder, die der Verfassungsschutz für die Bespitzelung von Demokraten frißt, können sinnvoll verwendet werden.
Das Geld für den Ausbau des Polizeiapparates, der z. B. eingesetzt werden soll, um Demonstrationen gegen den NC auseinandertreiben zu können, könnte zu dessen Beseitigung ausgegeben werden, so in Hessen, wo 3 Millionen DM, ursprünglich für den Bau der zweiten Mensa in Frankfurt vorgesehen, jetzt dem Ausbau des Polizeiapparates dienen. Mit den erheblichen Summen, die der Ausbau des Bundesgrenzschutzes zu einer militärisch ausgerüsteten Polizeitruppe verschlingt, können Tausende von Laborplätzen für Mediziner geschaffen werden.
Die verschleierte Beteiligung von Bundesländern an der Aufrüstung, etwa durch die Subventionierung von Rüstungskonzernen, muß aufgedeckt werden. Allein solche Haushaltstitel reichen hin, um dem demagogischen Gerede von der Finanzmittelknappheit den Boden zu entziehen.
Fordern wir bauliche Überbrückungsmaßnahmen, die geeignet sind, kurzfristig den NC einzudämmen (in Fertigbauweise zu errichtende Gebäude, Nutzung leerstehender und nicht ausgelasteter öffentlicher und privater Gebäude).
Weisen wir in jedem Seminar, in jedem Institut nach:

Der NC ist überflüssig!

Arbeiterkinder an die Hochschule! Das Bildungsprivileg brechen!

Während einerseits die Zementierung des NC die am deutlichsten sichtbare bildungspolitische „Reform" der etablierten Parteien darstellt, will man uns zugleich weismachen, diese Reformen seien ein Schritt zur Chancengleichheit. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus.
Die Bildungsschranken für Arbeiter- und Bauernkinder bestehen nach wie vor. Über die Hälfte der Bevölkerung sind Arbeiter, aber nur 8 Prozent der Studierenden Arbeiterkinder.
Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der generellen Begrenztheit der Zugangsmöglichkeiten zum Hochschulstudium. Dabei beginnen die Fallstricke für den Zugang zur Hochschule nicht erst mit dem NC.
Denn Kindergärten gibt es viel zu wenig und Möglichkeiten einer

wirklichen Vorschulerziehung fast nur auf dem Papier. Denn für die überwiegende Mehrheit der Schüler steht nur eine Ausbildung in den Grund- und Hauptschulen offen. Für die große Mehrheit der Schüler fällt bereits nach 4 Schuljahren die Entscheidung darüber, ob sie später ein Studium absolvieren können oder nicht. Denn die Möglichkeit, nach der Hauptschulausbildung doch noch zu studieren, besteht kaum.

Das bestehende dreigliedrige Schulsystem — Hauptschule, Realschule, Gymnasium — erweist sich somit als eine entscheidende Bildungsschranke für die Schüler, vor allem für die Arbeiterkinder. Dies vor allem auch deshalb, weil der Unterricht an den Grund- und Hauptschulen nicht den Erfordernissen einer modernen Ausbildung entspricht. Bei 170 000 fehlenden Lehrern ist der Unterrichtsausfall zur Regel geworden. Schulraumnot, fehlende Lehrmittel und hohe Klassenfrequenzen ergänzen die katastrophale Situation.

Eine der wissenschaftlich-technischen Entwicklung angemessene Berufsausbildung der Lehrlinge findet nicht statt. Lehrzeit ist immer noch Zeit zum Straßenfegen und Brötchenholen. Ein großer Teil der Lehrlinge wird in den Betrieben als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.

Nur ein geringer Teil der Arbeiterjugend hat bei einer Berufsausbildung, die diesen Namen nicht verdient, überhaupt die Chance, über den 2. Bildungsweg Hochschulreife nachträglich zu erwerben. Zusätzlich wird der 2. Bildungsweg immer mehr abgewürgt.

Das Bildungssystem verwirklicht nicht, wie es das Grundgesetz vorschreibt, die Chancengleichheit für alle Kinder. Es unterdrückt dagegen die schöpferischen Fähigkeiten und Talente vieler Kinder. Es ist eine Sackgasse vor allem für die Arbeiterkinder.

Dagegen den Kampf aufzunehmen, heißt deshalb, einzutreten für die gemeinsamen Interessen von Eltern, Schülern, Arbeiterjugend und Studenten:

- An einem *einheitlichen Bildungssystem,* das vom Kindergarten und der Vorschule über die einheitliche Gesamtschule unter Einschluß der Berufsschule, über die Berufsausbildung und Fachschule — bis zur Gesamthochschule und Erwachsenenbildung — eine fest verzahnte Einheit bildet.
- Insbesondere an der planvollen Entwicklung eines Netzes modern eingerichteter Gesamtschulen, voll ausgebauter Mittelschulen auf dem Land, der Herabsetzung der Klassenfrequenzen auf mindestens 20 Schüler.
- An einer *zehnklassigen Schulausbildung,* die modernes allgemeines Grundwissen verbindet mit den Erkenntnissen der technischen Entwicklung, die während der Schulausbildung selbständige und schöpferische Anwendungsmöglichkeiten für das gelernte Wissen bietet, die die Schüler schon während der Schule auf die Berufssituation vorbereitet, die ihnen die gesellschaftliche Stellung ihres Berufs aufzeigt — *an einem polytechnischen einheitlichen Bildungssystem.*

Treten wir denjenigen entgegen, die die Lehrlinge, Schüler und Studenten gegeneinander ausspielen wollen, die die Gelder für den Hochschulbau zur Verfügung stellen — und Gelder für Berufsschulen streichen wollen — und umgekehrt! Nur durch den schnellen Ausbau aller Bereiche des Bildungswesens werden die mate-

riellen Voraussetzungen zur Beseitigung der Bildungsbarrieren geschaffen.
Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen! Kämpfen wir gemeinsam mit Arbeiterjugendorganisationen und Schülergruppen. Verstärken wir die Zusammenarbeit mit Eltern, Lehrern und Gewerkschaften! Viele Eltern haben heute schon erkannt, daß es so nicht weitergeht. Nehmen wir Kontakt mit den Elternvertretungen auf! Informieren wir die Bevölkerung!
Kämpfen wir gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung:
Gegen den Numerus clausus — für die Öffnung der Hochschulen für Arbeiter- und Bauernkinder! Für den Ausbau des gesamten Bildungswesens als Voraussetzung für die Brechung des Bildungsprivilegs!
Bildungspolitik darf nicht länger im Schutz der Verborgenheit ausgeheckt werden — deshalb Mitbestimmungs- und Kontrollrechte über die Bildungsplanung für Lehrer, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Dozenten und Arbeiter. Um die Forderung nach mehr Chancengleichheit, nach Demokratisierung des Bildungswesens zu verwirklichen, ist es erforderlich, daß die Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftliche Organisation maßgeblichen Einfluß auf die Planung des Bildungswesens nimmt.

Für die materielle Absicherung des Studiums

Unzureichende Ausbildungsförderung, die besonders die Studenten, deren Eltern über ein geringes Einkommen verfügen, zum Jobben und damit zur zeitweiligen Vernachlässigung ihres Studiums zwingt, hohe Mieten, schlechte Wohnverhältnisse und unzureichender Gesundheitsschutz verhindern, daß für alle Studenten ausreichende Arbeits- und Lebensbedingungen sichergestellt sind. Diese Verhältnisse verbauen den Hochschulzugang für Arbeiterkinder durch zusätzliche materielle Schranken.
Die materielle Absicherung des Studiums erfordert die sofortige Verbesserung der studentischen Wohnsituation, sozial tragbare Mieten, Bereitstellung von Studentenwohnheimen für mindestens 40 Prozent der Studenten, keine Erhöhung der Mietpreise in den Wohnheimen. Unsere studentische Wohnungsmisere ist Teil der gesamten Wohnungsnot, unter der besonders die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat.
Organisieren wir deshalb gemeinsam Aktionen gegen den Mietwucher, für gesetzlichen Mietstopp, für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, gegen das Maklerunwesen und für kommunale Wohnungsvermittlung.
Treten wir ein für Abbruchstopp bei Altbauwohnungen, die im Rahmen kapitalistischer „Stadtsanierung“ Versicherungspalästen und Konzernbüros weichen sollen.
Organisieren wir Selbsthilfemaßnahmen, wie die Besetzung leerstehender Häuser, um kurzfristig Wohnraum zu erhalten und die Öffentlichkeit auf das Ausmaß der Misere hinzuweisen.
Organisieren wir Mietstreiks in den Wohnheimen, wenn die Mieten erhöht werden.
Ein materiell abgesichertes Studium darf nicht länger ein Privileg derjenigen Studenten darstellen, deren Eltern über ein überdurch-

schnittliches Einkommen verfügen. Nicht einmal 20 Prozent der Studenten erhalten den unzureichenden Förderungshöchstbetrag von 420 DM nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.
Für die nächsten Jahre ist ein Einfrieren der Ausbildungsförderung geplant. Die Förderungssätze sollen konstant bleiben – die Lebenshaltungskosten steigen ständig.
Die Zahl der geförderten Studenten soll nicht zu-, sondern abnehmen. Diese Versuche, die auf eine Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten hinauslaufen, müssen durch den solidarischen Kampf verhindert werden.
Die Förderungsbeträge für Studenten sind bis zur Angleichung der BAFöG-Sätze an die realen Lebenshaltungskosten auf 500 DM anzuheben.
Die Einkommensfreibeträge – d. h. die Höhe des Elterneinkommens, die nicht überschritten werden darf, damit die Studenten in den Genuß des vollen BAFöG-Beitrages kommen – müssen auf zunächst 1200 DM angehoben werden.
Die Förderungshöchstdauer muß sich an der tatsächlich zum Studienabschluß benötigten Semesterzahl ausrichten. Der § 20 BAFöG, Entzug der Förderung bei Streiks und politischen Aktionen der Studenten, muß fallen.
Die materielle Absicherung unseres Studiums erfordert auch ausreichende ärztliche Versorgung und Versicherungsschutz.
Setzen wir uns gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung für eine Verbesserung der Gesundheitsfürsorge und das Krankenversicherungssystem ein. Kämpfen wir gemeinsam gegen die ständige Erhöhung der Versicherungskosten und die zugrundeliegenden ständigen Erhöhungen der Arzneimittelpreise besonders durch die Pharmakonzerne.
Die Krankenversicherung muß nach dem Prinzip der Kostendeckung in die Ausbildungsförderung einbezogen werden.
Zur sozialen Sicherung der Studenten gehört auch besseres und billigeres Mensaessen.
Viele Studenten sind auf die städtischen Nahverkehrsmittel angewiesen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Wehren wir uns gemeinsam mit Arbeitern und Angestellten in den „Rote-Punkt-Aktionen" gegen die Erhöhung der Nahverkehrstarife.

Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten!

Zu den schlechten materiellen Studienbedingungen kommt die schlechte Ausbildung.
In überfüllten Hörsälen und Seminaren lernen die Studenten viel unnützes Zeug, mit dem sie im Beruf nichts anzufangen wissen.
In den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern sehen sie sich einer „wissenschaftlichen Wüste" ausgesetzt, in der sie sich gefälligst zurechtfinden mögen.
Lehrerstudenten arbeiten in Einführungskursen über das „Schulsystem in der Türkei im 17. Jhd.".
Germanistikstudenten müssen ausnahmslos drei Kurse Alt- und Mittelhochdeutsch über sich ergehen lassen, bevor sie sich mit der Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts und ihrem gesellschaftlichen Hintergrund auseinandersetzen dürfen.
Als Wissenschaftler gilt nur, wer Zeit seines Lebens ein bestimmtes, am besten recht abgelegenes Spezialgebiet beackert. So kommt es, daß eine Menge Professoren in Forschung und Lehre – statt die Studenten wissenschaftlich auszubilden – nur ihr Steckenpferd, genauer: ihren Klappergaul reiten.
Das Studium gleicht einem mit vielen Hindernissen bestückten Irrgarten, durch den der Student mit einem Ballast uninteressanten, überflüssigen Wissens beladen hindurch muß.
In den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen, in der Medizin, sind Studienablauf, Studienzeit und Ausbildungsinhalte bereits so festgeschrieben, daß den Studenten die Möglichkeit zu eigenständigem Denken und Handeln erschwert wird.
An den Fachhochschulen beschränkt sich das Studium auf die eng spezialisierte Ausbildung für die spätere Berufstätigkeit. Oft sind Studiengänge und -ziele den Bedürfnissen der örtlichen Großindustrie angepaßt. Statt der Vermittlung von Grundlagenwissen erfolgt frühzeitig die Spezialisierung in Fachdisziplinen, die beziehungslos nebeneinanderstehen. Auswahlmöglichkeiten gibt es nicht. Den Gesellschaftswissenschaften ist ein kümmerliches Dasein am Rande der Ausbildung zugewiesen.
Die im traditionellen Lehrbetrieb vorherrschende Vereinzelung der wissenschaftlich Arbeitenden hemmt den wissenschaftlichen Fortschritt, indem sie den Gedankenaustausch und die dauernde Diskussion zwischen den Wissenschaftlern erschwert. Die damit ver-

bundene Konkurrenz unter den Studenten verhindert zudem solidarisches Verhalten bei der Bewältigung der Studienprobleme. Die Studenten gebrauchen dafür den Ausdruck: „Allein studieren — allein resignieren".

Die Folge dieser Studienbedingungen ist, daß ein hoher Prozentsatz der Studenten gezwungen ist, sehr viele Semester zu studieren. Eine große Anzahl Studenten muß das Studium erfolglos abbrechen. Diese Studienbedingungen führen, wie bekannt, bei vielen Studentinnen und Studenten zu langanhaltenden psychischen Störungen bis hin zu der Erscheinung, daß die Studentenschaft unter der Bevölkerung die höchste Selbstmordrate zu verzeichnen hat.

Ziel der Hoch- und Fachhochschulausbildung ist die Produktion eng spezialisierter, einseitig ausgebildeter Rezeptanwender — oder „Fachidioten". Eine solche Ausbildung wird der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und dem schnellen Wechsel der Arbeitstätigkeiten nicht gerecht.

Fähigkeiten und Kenntnisse, die heute schnell veralten, können nicht mehr auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Folge ist für einen zunehmenden Teil der Intelligenz: Schwierigkeiten bei der Suche nach einem der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz und zunehmende Unsicherheit im Beruf.

Die Lehrinhalte sind von dem Ziel bestimmt, eine Intelligenz auszubilden, die durch politische Abstinenz die bestehenden Verhältnisse sichern helfen soll. Die Intelligenz soll sich wertneutral, d. h. jenseits der gesellschaftlichen Auseinandersetzung dünken, um dann umso besser vom Großkapital eingespannt werden zu können. Einem Teil der Intelligenz ist die Aufgabe zugedacht, die Arbeiter in den Betrieben niederzuhalten. Sie soll Verfahren erarbeiten, wie die Arbeiterklasse am besten zu unterdrücken und auszubeuten ist. Der Tätigkeitsbereich der Betriebspsychologen, Betriebssoziologen charakterisiert diesen Mißbrauch der Wissenschaft deutlich.

Studienreform = Studienreglementierung

Noch beim Regierungsantritt der SPD/FDP-Bundesregierung 1969 wurde die Studienreform als „Kernstück der Hochschulreform" bezeichnet. Heute wird klar gesagt, was die Herrschenden unter Studienreform verstehen: Durch die Einführung des Studienjahres, Regelstudienzeit und die Festschreibung der Kapazitäten sollen die Studiengänge zusammengepreßt und reglementiert werden.

Folgende Ziele sollen damit erreicht werden:

— Die viel zu geringen Kapazitäten sollen durch Kurzstudiengänge und Regelstudienzeit „effektiv" — auf Kosten einer breiten, wissenschaftlichen Ausbildung der Studenten genutzt werden. „Studienreform" ist der klangvolle Name für restriktive Kapazitätspolitik.

— Alle Ansätze zur Demokratisierung der Studiengänge sollen abgeblockt werden.

Um zu sichern, daß die Lehrinhalte nicht grundsätzlich verändert werden, schränken sie die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen ein. Studien- und Prüfungsordnungen sollen der staatlichen Genehmigungspflicht unterliegen.

Jedes Seminar, jedes wissenschaftliche Projekt, das nicht in die Formierungspläne hineinpaßt, kann so administrativ verhindert werden.

Die Studenten sollen durch Kurzstudium davon abgehalten werden, ihre Interessen zu erkennen und für sie aktiv zu werden, d. h. in Fachschaftsräten und Arbeitsgruppen zu kämpfen. Verschärfter Prüfungsdruck soll von gesellschaftlichem Denken und Handeln abhalten.
Was die Herrschenden unter Reform des Studiums meinen, zeigen auch ihre Pläne, Bundeswehrhochschulen und private Eliteunis als „Vorreiter der Studienreform" zu benutzen. Das bedeutet: die Militarisierung der Lehrinhalte soll vorangetrieben werden; reaktionäre Herrschaftsideologien sollen in aufpolierter Form verstärkt die Studieninhalte durchdringen.

Der antihumanistische Charakter der bürgerlichen Wissenschaft

– Erkenntnisse der Wissenschaft werden zu Kriegs- und Vernichtungszwecken pervertiert. So sind laut Schwarzbuch des AStA an der TU München allein 200 Wissenschaftler an Forschungsaufträgen der Rüstungsindustrie beteiligt.
– Es werden politische Strategien entwickelt, wie die Friedens- und Entspannungsbemühungen der sozialistischen Staaten und der Völker Europas untergraben werden können („Ostforschung") oder wie man Länder der Dritten Welt in ökonomischer und politischer Abhängigkeit halten kann (Ibero-amerikanische Institute).
– Die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse soll mit Hilfe wissenschaftlicher Theorien und Methoden aufrechterhalten und effektiviert werden.
– Hunderte von Wissenschaftlern arbeiten daran, die imperialistischen Verhältnisse zu verschleiern und zu mystifizieren.

Die bürgerliche Wissenschaft ist nur in der Lage, wichtige Einzelerkenntnisse zu gewinnen. Unfähig ist sie, eine zusammenhängende Theorie über die Entwicklungsgesetze von Natur und Gesellschaft zu entwickeln.
Die Erkenntnisse nicht nur des Marxismus, sondern auch fortschrittlicher bürgerlicher Wissenschaftler, die sich die unbefangene, von antikommunistischen Vorurteilen freie Erkenntnis der Wirklichkeit zur Aufgabe gestellt haben, werden totgeschwiegen.
Die humanistischen Traditionen eines Rudolf Virchow, der sich gegen die unerträglichen Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse im Kapitalismus wehrte, eines Karl Liebknecht, der gegen Militarismus und Reaktion im imperialistischen Deutschland kämpfte. von Carl v. Ossietzky und Albert Einstein, die an dem Widerstand gegen die faschistische Barbarei teilnahmen, diese Traditionen werden unterdrückt.
Diese humanistischen und antifaschistischen Wissenschaftler waren immer von der herrschenden Klasse verfolgt oder diskriminiert. – So wie heute fortschrittliche Wissenschaftler an den Hochschulen nicht lehren sollen.
Aber ein wachsender Teil der Wissenschaftler ist nicht mehr bereit. die Manipulation wissenschaftlicher Ergebnisse durch das Großkapital mitzumachen. Sie wollen sich nicht den Blick auf die wirklichen Verhältnisse trüben lassen.

Unter dem Eindruck der zunehmenden Stärke des sozialistischen Lagers und der verstärkten Kämpfe breiter Teile des Volkes für ihre Interessen beginnen sie ihre wissenschaftliche Arbeit an den Interessen des werktätigen Volkes zu orientieren.
Große Teile der Studenten kritisieren und bekämpfen die reaktionären Lehrinhalte.
Sie beschäftigen sich mit Alternativen zum bestehenden Lehrbetrieb **— mit der marxistischen Wissenschaft.**

Marxismus – schärfste Waffe gegen die Reaktion

Die Herrschenden in diesem Land versuchen mit allen Mitteln zu verhindern, daß der Marxismus an den Hochschulen unverfälscht dargestellt werden kann. Während bürgerliche „Marxologen", die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Marxismus zu widerlegen, zu Dutzenden berufen werden, sollen wirkliche Marxisten ausgeschaltet werden.
Der Grund dafür: sie fürchten die Überzeugungskraft des Marxismus, sie fürchten, daß die an den Hochschulen gelehrte bürgerliche Ideologie, die die Funktion hat, Ausbeutung und Unterdrückung in dieser Gesellschaft zu verschleiern und die Studenten dadurch an das System zu binden, der Auseinandersetzung mit dem Marxismus nicht gewachsen ist; sie fürchten, daß die Studenten hinter den schönen Fassaden von „Industrie-Gesellschaft", „postindustrieller Gesellschaft" und „Systemtheorie" die Wirklichkeit des Kapitalismus erkennen könnten und an der Seite der Arbeiterklasse den Kampf für den Sozialismus aufnehmen würden.
Die Darstellung des Marxismus an den Hochschulen liegt im Interesse der Arbeiterklasse, denn der Marxismus ist ihre wissenschaftliche Weltanschauung, die den Weg aufzeigt zur Überwindung des Kapitalismus und damit zu ihrer Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung. Die Beschäftigung mit dem Marxismus liegt im Interesse der Studenten, denn die überwiegende Mehrheit wird später wie die Arbeiterklasse vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben und lohnabhängige Arbeit leisten müssen.
Durch die Aneignung des dialektischen und historischen Materialismus würden die Studenten in die Lage versetzt, über das wissenschaftliche Einzelstudium hinaus die Einheit aller Wissenschaften zu sehen, Fachborniertheit und die bloße Anhäufung von Spezialwissen zu überwinden und die Aufgabe der Wissenschaft zu erkennen: die Menschen zu befähigen, die Natur zu beherrschen, die soziale Umwelt zu erkennen und die bewußte Veränderung der Gesellschaft durch die Menschen zu ermöglichen.
Durch das Studium der Politischen Ökonomie können die Studenten befähigt werden, die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, die Stellung der Arbeiterklasse und ihre eigene Stellung als Intelligenz im gesellschaftlichen Prozeß der Produktion zu erkennen, und die Ursachen der Ausbeutung und Unterdrückung, der imperialistischen Kriege, der wirtschaftlichen Krisen und der sozialen Unsicherheit, von denen sie selbst betroffen sind, zu untersuchen.
Die Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus würde es den Studenten ermöglichen, sich mit der revolutionären Theorie des Kampfes der Arbeiterklasse zur Überwindung des Kapitalismus

Marx an die Hochschule



SPARTAKUS ins Parlament

und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung vertraut zu machen, und sich damit die Grundlagen für die eigene revolutionäre Praxis anzueignen.
Deshalb tritt der MSB Spartakus dafür ein, daß sich die Studenten den Marxismus als Ideologie der Arbeiterklasse umfassend aneignen und ihn als Anleitung zum revolutionären Handeln begreifen.

Für eine demokratische Studienreform kämpfen!

Den Herrschenden paßt die offene Auseinandersetzung von marxistischer und bürgerlicher Wissenschaft nicht. Doch sie wollen jegliche Kritik an der herrschenden Wissenschaft verhindern.
Sie wissen warum.
Es ist eine entscheidende Frage der Hochschulauseinandersetzungen: Wem nützen Ziele und Inhalte von Ausbildung und Forschung? Wer bestimmt über sie?
Den Herrschenden geht es darum, den Wissenschaftsbetrieb ihren Profit- und Herrschaftsinteressen vollständig unterzuordnen.
Dem Interesse der Masse der Studenten und der arbeitenden Bevölkerung jedoch entspricht es, den Einfluß des Monopolkapitals auf die Lehrinhalte und antihumanistischen Weltanschauungen zu bekämpfen.
Studenten, fortschrittliche Wissenschaftler und die Organisationen der Arbeiterklasse müssen gemeinsam für eine demokratische Studienreform eintreten, die sich an folgenden Kriterien orientiert:
1. Ausbildung, Wissenschaft und Forschung müssen dem Frieden dienen, dem Humanismus und dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet sein.
Wissenschaft und Forschung müssen an den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung orientiert sein. Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft, militaristische und gewerkschaftsfeindliche Lehrinhalte, Revanchismus und Neonazismus dürfen keinen Platz an der Hochschule haben.
2. Die Studenten müssen zu schöpferisch tätigen Menschen ausgebildet werden, die durch die Einsicht in die gesellschaftliche Wirklichkeit ihr Leben bewußt gestalten können und solidarisch am Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen.
3. Den Studenten ist ein breites Grundlagenwissen und ein qualifiziertes Spezialwissen zu vermitteln, das ihnen ermöglicht, an der aktiven Gestaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts teilzunehmen.
Die brennenden Fragen und Probleme der Berufspraxis dürfen nicht ausgeklammert werden. Statt dessen ist eine berufsorientierte Ausbildung zu gewährleisten, in der die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auch zum Gegenstand der Ausbildung gemacht wird.
4. Zu einer demokratischen Studienreform gehört auch, daß der Marxismus unbehindert und unverfälscht dargestellt werden kann.
Zu allen Problemen sind die Ergebnisse der marxistischen Forschung einzubeziehen; also auch die Ergebnisse der Wissenschaften in den sozialistischen Staaten.
In allen Bibliotheken muß die marxistische Literatur ausreichend vorhanden sein.
Am Marxismus kommt heute kein ernsthafter Wissenschaftler vorbei.

Nur der Marxismus ist in der Lage, alle fortschrittlichen Erkenntnisse der Menschheit aufzunehmen, die humanistischen Traditionen auch bürgerlicher Wissenschaftler konsequent weiterzuführen.
Nur der Marxismus kann die Einsicht in die Entwicklungsgesetze der Natur und der Gesellschaft vermitteln. Deshalb müssen marxistische Dozenten in allen Fachbereichen lehren können!
Deshalb muß das Meinungsmonopol der reaktionären Professoren gebrochen werden!

Demokratische Ausbildungsziele

> *„Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden und neue Maschinen mögen nur Drangsale bedeuten."*
>
> *Bert Brecht, Galilei*

Für eine demokratische Lehrerausbildung

Die Lehrerstudenten an den Hochschulen der BRD sehen sich konfrontiert mit unzureichenden materiellen Studienbedingungen, mit den Versuchen der Ministerialbürokratie, das Studium zu reglementieren und die Studenten politisch zu gängeln. Die Berufsvorbereitung befähigt in keiner Weise zu einer qualifizierten Ausübung des Berufs. Die Misere der Ausbildung an der Hochschule findet ihre Fortsetzung an der Schule: Lehrermangel, überfüllte Klassen, und unzureichende Unterrichtsmaterialien. Gleichzeitig droht Arbeitslosigkeit, weil von den herrschenden Bildungspolitikern nicht genügend Planstellen für Lehrer geschaffen werden.

Die Aufgabe des Lehrers in der Schule ist vor allem durch die Auslesefunktion bestimmt. Durch die Zersplitterung des BRD-Bildungswesens – und die entsprechende Aufspaltung der Lehrer und der Lehrerausbildung – sollen Bildungsschranken vor allem für die unterprivilegierten gesellschaftlichen Schichten errichtet werden.

Schon durch die Ausbildung sollen die in der Gesellschaft existierenden Klassenstrukturen reproduziert und verfestigt werden.

Ein Interesse an diesem Zustand hat nur die kleine Schicht der Konzernherren – die Monopolkapitalisten. Sie fürchten die Bildung der Arbeiter. Bildung soll nur soweit vermittelt werden, wie zur Aufrechterhaltung des Systems nötig ist.

Die arbeitende Bevölkerung dagegen hat ein Interesse an einer allgemeinen Höherqualifizierung, an der Brechung des Bildungsprivilegs.

Arbeitende Bevölkerung, Lehrer und Schüler verbindet das gleiche Ziel:

– die Beseitigung der materiellen Misere an Schule und Hochschule, die Herabsetzung der Klassenfrequenzen in der Schule;
– ein einheitliches Bildungswesen, in dem alle Schüler ein hohes Wissen vermittelt bekommen, in dem die Benachteiligung der Arbeiter- und Bauernkinder aufgehoben ist;
– an einer dementsprechenden einheitlichen, wissenschaftlichen Ausbildung für alle Lehrerstudenten.

Um ihre Interessen nach einer gesicherten Berufsperspektive, nach guten Arbeitsbedingungen durchzusetzen, müssen sich die Lehrer

gewerkschaftlich organisieren. In der GEW müssen sie für ein demokratisches Bildungswesen kämpfen.

Welches ist das Ziel der bestehenden Ausbildung?

„... Intelligenz ohne Schöpferkraft, Pflichtbewußtsein ohne eigene Zielsetzung, Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze, ohne den Willen und die Fähigkeit in ihnen zu wecken, das Ganze kritisch zu prüfen und neuordnend darauf einzuwirken. Das Ziel der bürgerlichen Schule ist: Für die niederen Arbeiten dressierte Sklaven, für die höheren Arbeiten unselbständige Bürokraten."

(E. Hoernle, 1919)

Die Herrschenden brauchen solche Untertanen. Die arbeitende Bevölkerung, Lehrer und Schüler dagegen haben ein Interesse an der vollen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, an der Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge.
Deshalb müssen demokratische Lehrer die Schüler zur eigenen Interessenerkenntnis und organisierten Interessenwahrnehmung erziehen.
Die Schüler müssen befähigt werden, die scheinbar versteinerten Verhältnisse ihrer Umwelt als veränderbar zu begreifen. Sie sollen sich für den gesellschaftlichen Fortschritt engagieren.

Erziehungsziele demokratischer Lehrer:

— entgegen Militarisierungsbestrebungen durch Wehrkundeerlasse, die Schüler zur Friedensliebe und Völkerverständigung zu erziehen.

Demokratische Lehrer müssen den reaktionären Totalitarismuserlaß der Kultusminister, nach dem Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen sind, bekämpfen.
Sie müssen den beherrschenden Einfluß der Unternehmerverbände und ihrer Hilfsorganisationen, wie den Arbeitskreisen „Schule und Wirtschaft", zurückdrängen und sich statt dessen für die Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Schule einsetzen. D. h. auch jegliche gewerkschaftsfeindliche Lehrinhalte aus den Schulen zu verbannen.
Demokratische Lehrer müssen sich gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten wehren. Sie müssen auf die Demokratisierung schulischer Entscheidungsprozesse hinarbeiten.

Für die Ausbildung der Lehrerstudenten fordern wir:

— **ein einheitliches Grundlagenstudium für die Lehrer aller Schulstufen; mit erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt;**
Die Erkenntnisse der marxistischen Pädagogik müssen dargestellt werden.
— **mindestens 8semestriges Studium für alle Lehrerstudenten, das die theoretische Ausbildung und berufspraktische Studien integriert und forschendes Lernen ermöglicht;**
— **einheitliche Besoldung für alle Lehrer;**

- **verbindliche Weiterbildung durch Kontaktstudium bei Freistellung vom Unterricht und Weiterzahlung der Bezüge.**
- **Ausbildung der Lehrerstudenten an integrierten Gesamthochschulen.**

Für eine demokratische Historikerausbildung

Die reaktionäre deutsche Geschichtswissenschaft, deren Tradition die westdt. Historiker weitgehend übernommen haben, war schon immer bemüht, „objektiv" der Reaktion zu nützen.
Nach der Devise „alles, was dem Staat und der Nation nützt, ist gut," wurde der preußische Militarismus gefeiert.
Die imperialistischen Weltkriege wurden zu mehr oder weniger zufälligen Erzeignissen.
Der Faschismus wurde zum Betriebsunfall in der dt. Geschichte.
Die reaktionäre Geschichtswissenschaft wandte sich stets gegen die Interessen der Arbeiterbewegung und selbst gegen fortschrittliche bürgerliche Konzeptionen. (Wie etwa der Streit um die von Fritz Fischer begründete sog. Kriegszieldebatte des 1. imperialistischen Weltkrieges beweist.)
Von der Reduzierung des Geschichtsprozesses auf die Taten großer Individuen wie großer Staatsmänner geht die historistisch ausgerichtete bürgerliche Geschichtswissenschaft aus und sitzt damit dem Selbstverständnis der herrschenden Klasse völlig auf.
Sie kann in ihrer mehr empirisch ausgerichteten Spielart nur Einzelfakten aneinanderreihen, ohne sie selbst in den Geschichtsprozeß einordnen zu können. Diese Geschichtswissenschaft betreibt in der Tat Geschichtsfälschung, wenn sie das Interesse der herrschenden Kräfte an der Aufrichtung der faschistischen Diktatur, an der Durchführung von Kriegen ableugnet und sich diese Kriege nicht anders als eben zur „menschlichen" Geschichte zugehörig erklären kann.
Dagegen muß eine Geschichtswissenschaft, die sich die reale Analyse geschichtlicher Prozesse zur Aufgabe gestellt hat, die Ursachen von Krieg und Faschismus aufspüren.
Sie muß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihre Analysen einbeziehen.
Sie muß die Rolle der Volksmassen, insbesondere der Arbeiterbewegung in der Geschichte, untersuchen.
Die Geschichte der Arbeiterbewegung muß in jedem historischen Seminar behandelt werden.
Da allein die marxistische Wissenschaft in der Lage ist, umfassend die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen zu erforschen und zu erkennen, müssen Marxisten die Möglichkeit haben, in der Geschichte zu lehren.

Für eine demokratische Medizinerausbildung

Dem humanistischen Ideal der Medizin widerspricht eine Medizin
- die nach dem Geldbeutel behandelt,

- die sich zum Anhängsel der pharmazeutischen Industrie – zwecks Vermehrung der Konzernprofite – machen läßt
- die die gesellschaftlichen Bedingungen für Gesundheit und Krankheit nicht als Gegenstand ihrer Wissenschaft betrachtet
- die ihre Hauptaufgabe darin sieht, Kranke arbeitsfähig zu machen, statt Gesundheit zu erhalten.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung wird besonders deutlich: Maßstab aller Dinge im Kapitalismus ist nicht der Mensch, sondern der Profit.

Die kaum vorhandenen Ambulatorien und Polikliniken in den Betrieben gehen vor allem zu Lasten der arbeitenden Menschen. Doch selbst Ärzte geraten zunehmend in Widerspruch zu den bestehenden Verhältnissen. Sie haben trotz z. T. hoher Einkommen unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu leiden.

Es liegt daher im Interesse der Medizinstudenten, der Mehrzahl der Ärzte und vor allem der arbeitenden Bevölkerung, für den raschen Ausbau des Gesundheitswesens, für den Abbau des NC für das Medizinstudium zu kämpfen; für eine Medizin zu kämpfen:

- die Krankheiten nicht als schicksalhaft, quasi-biologisch bedingt betrachtet, sondern die sozialen Verhältnisse, denen Krankheiten entspringen, durchschauen lernt;
- die statt „die Menschen an die Arbeitsumwelt anzupassen" zur Veränderung krankheitsfördernder Umweltbedingungen beiträgt;
- eine Medizin, die sich vor allem für eine reale Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen einsetzt: der Unterricht in Psychologie, Psychosomatik, Medizinsoziologie, Arbeitsmedizin und Sozialhygiene muß mehr Gewicht erhalten und die Erkenntnis vermitteln, daß Gesunderhaltung der Menschen nur zu erreichen ist, wenn der Kampf aufgenommen wird gegen Umweltverschmutzung und Lärm, gegen gesundheitsschädigende und unfallträchtige Verhältnisse am Arbeitsplatz gegen psychischen und physischen Streß, durch Profitschraube und Arbeitsplatzunsicherheit.

In der Ausbildung muß auf die Früherkennung von Krankheiten und systematische Ausschaltung von Krankheitsursachen orientiert werden.

- Die Bedeutung von Impfungen und Vorbeugeuntersuchungen muß klar werden;

Eine fortschrittliche Ausbildung

- erzieht zum Arzt, der erkennt, daß medizinische Behandlung nur optimal durchzuführen ist, wenn er alle im Krankenhaus Beschäftigten als gleich- und mitbestimmungsberechtigte Mitarbeiter akzeptiert; wenn die Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus, Praxis und öffentlichem Gesundheitsdienst funktioniert.

Eine fortschrittliche Ausbildung muß Mediziner befähigen, sich gegen den unkontrollierten Einfluß der pharmazeutischen Industrie zu wenden.

Mediziner müssen sich zusammenschließen im Kampf gegen reaktionäre Standesorganisationen; gegen die Profitinteressen der Monopole, die das wichtigste Hindernis sind für eine Medizin im Interesse der arbeitenden Bevölkerung; das bedeutet Organisation in den DGB-Gewerkschaften und in anderen fortschrittlichen Organisationen der Arbeiterklasse auch für Ärzte.

Für eine demokratische Psychologenausbildung

Die vorherrschende Psychologie in der BRD hat die Aufgabe, die bestehenden Verhältnisse zu legitimieren, die Ausbeutung zu effektivieren.

Die psychologische Forschung stützt sich zumeist stillschweigend der offen auf ein Menschenbild, das idealistisch, unhistorisch ist. Nicht der konkrete Mensch, der in einer bestimmten geschichtlichen Situation, als Angehöriger einer gesellschaftlichen Klasse einer bestimmten Gesellschaftsordnung existiert, wird untersucht, sondern ein durch unveränderliche Wesenszüge bestimmtes abstraktes „Individuum", so in der Persönlichkeitspsychologie.

Mit der Markt- und Meinungsforschung sollen die Bedürfnisse der Bevölkerung manipuliert werden, um den Absatz und damit die Profite zu heben. Die Menschen sollen dazu gebracht werden, nach dem bekannten Motto: „mit Geld, das sie nicht haben, Dinge zu kaufen, die sie nicht brauchen, um damit Leuten zu imponieren, die sie nicht mögen".

Mit Hilfe der Arbeits- und Betriebspsychologie wird die Arbeitshetze in den Betrieben verschärft. „Akkord ist Mord" – so sehen die Arbeiter die Ergebnisse von Antreiber-Lohnsystemen, die mit Hilfe der Psychologie entwickelt werden.

Gleichzeitig sollen durch „human relations" und Reparaturen am sozialen „Betriebsklima" die Ausgebeuteten bei Laune gehalten werden. Eine verkümmerte „Sozialpsychologie" sieht ihre einzige Aufgabe darin, Verhaltens- und Entwicklungsstörungen durch bessere Anpassung an die „Sachzwänge" der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu lösen.

In der psychologischen Praxis (Beratungswesen) wird die Misere der bürgerlichen Psychologie besonders deutlich: Als „Pfaffen" eines modernen Seelenheils soll die Therapie z. B. der Ehe- und Erziehungsberatung darauf ausgerichtet werden, an Symptomen herumzukurieren, ohne die Ursachen der Konflikte in Ehen und Familien (die gesellschaftliche Diskriminierung der Frau, fehlende Vorschulerziehung usw.) zu beachten.

Wir fordern:

Die Sozialpsychologie muß die verschiedenen Klassen und Schichten, die spezifischen Formen und Bedingungen, die ihr Denken und Handeln beeinflussen, analysieren, um so die Quellen der Manipulation offenzulegen. Die angewandte Psychologie darf nicht durch Mitbestimmungsspielchen („Gruppendiskussion") u. ä. den Ausbeutungscharakter der Arbeit verschleiern, sondern wir fordern von ihr Untersuchungen zur Unfallsicherheit, zum Zusammenhang von Arbeit und Einstellung inner- und außerhalb des Betriebes etc. Die Aufgabe der klinischen Psychologie soll es nicht sein, die aus dem System ausgefallenen Menschen zu „reparieren", sondern vorbeugend den gesellschaftlichen Ursachen dieser Erkrankungen nachzugehen. Die pädagogische Psychologie schafft noch immer die ideologische Rechtfertigung für die bürgerlichen Begabungstheorien, die Grundlage unseres dreigliedrigen Schulsystems sind. Statt dessen muß sie ein einheitliches Bildungssystem (wie das der integrierten Gesamtschule) durchsetzen helfen.

Um diesen Aufgaben der Psychologie gerecht zu werden, fordern

wir eine Veränderung der Psychologenausbildung, die sich auf ihren Gegenstand, den Menschen als biologisches und gesellschaftliches Wesen, bezieht.
Deshalb müssen sowohl die naturwissenschaftlichen, medizinischen und physiologischen Erkenntnisse als auch die Erkenntnis der Gesellschaftswissenschaften, besonders des Marxismus, in die psychologischen Fragestellungen integriert werden.
Wir fordern, daß konkrete gesellschaftliche Fragestellungen die Ausbildung bestimmen, die in Form von Forschungsprojektgruppen in kollektiver Weise erarbeitet werden und so „forschendes Lernen" ermöglichen.

Für eine demokratische Ausbildung der Sozialwissenschaftler

Sozialwissenschaftler sollen nach den Plänen der Monopole zwei Funktionen erfüllen: deren gesellschaftliche Leitungstätigkeit wissenschaftlich fundieren und deren Herrschaft ideologisch absichern.

Sie sollen
- mittels der Organisations- und Verwaltungsforschung Planungstechniken entwickeln, die den Ausschluß der arbeitenden Bevölkerung von planenden und leitenden Funktionen absichern und den Ausbeutungs- und Herrschaftsprozeß effektivieren,
- unterm Deckmantel der Friedensforschung Techniken zur Beherrschung außenpolitischer Krisen und zur Befriedung sozialer Konflikte liefern,
- neokolonialistische Strategien entwickeln und Programme ausarbeiten, wie die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken sind,
- in Form der „Ostforschung" den Politikern Entscheidungshilfen für die Zurückdrängung der sozialistischen Staaten geben.

Der Kampf gegen den militaristischen Mißbrauch der Friedensforschung ebenso wie für qualifizierte Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung, der Kampf gegen Antikommunismus ebenso wie die Unterstützung der Emanzipationsbewegung der unterdrückten Völker — das muß die Aufgabe der Sozialwissenschaftler sein.
Gegen bornierten Faktenpositivismus müssen sie auf einer systematischen Gesellschaftserkenntnis bestehen; Konstruktionen einer Managerherrschaft oder „Technostruktur" müssen sie eine wissenschaftliche Klassenanalyse entgegenhalten; gegen Vorstellungen von einer post-industriellen oder post-modernen Gesellschaft müssen sie den historischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft herausarbeiten.
Sozialwissenschaftler müssen auf einer Ausbildung bestehen, die ihnen eine demokratische Berufsausübung ermöglicht: vor allem im Erziehungswesen (Sozialkundelehrer, Erwachsenenbildung), im Planungsbereich (Bildungsplanung, Raum- und Regionalplanung), in der Sozialpädagogik und Sozialarbeit.

Für eine demokratische Ausbildung der Mathematiker und Naturwissenschaftler

Die Ausbildung der Mathematiker und Naturwissenschaftler erfolgt nicht wertfrei.
Die Begriffe der Mathematik und der Naturwissenschaften werden idealistisch verfälscht.
Die erklärte Wertfreiheit dieser Wissenschaft ist nur scheinbar, ist selber ideologisch:

Sie verschleiert,
- daß die Begriffe der Mathematik und der Naturwissenschaften idealistisch verfälscht werden. Statt die Begriffe zu verstehen als Werkzeug zur theoretischen Aneignung der Wirklichkeit, als Mittel zur Beschreibung und Veränderung der Realität, werden die Begriffe zum Selbstzweck, denen man sich interpretierend, einfühlend nähert.
  Besonders deutlich ist das in der Mathematik, die damit zu einer Art Kreuzworträtselwelt herabsinkt.

Sie verschleiert,
- daß so Ausgebildete eine Technik vervollkommnen helfen werden, ohne zu fragen, wem sie nützt.
  Eine solche Ausbildung, die die Erkennbarkeit der Welt und ihren Zusammenhang leugnet, die das Vorhandensein von Interessen leugnet, wird reaktionär:
  Denn den Naturwissenschaftlern und Mathematikern kann es nicht nur darum gehen, Unmengen von Formeln und Axiomensysteme im Kopf zu haben.
  Gerade ihre Wissenschaften haben für die Gesellschaft sehr große Bedeutung.
  Die Mathematik und die Naturwissenschaften bergen immense Potenzen in sich, das menschliche Leben zu erleichtern und zu verbessern. So ist z. B. die moderne Medizin ohne die Naturwissenschaften undenkbar.
  Aber ebenso bergen sie die Möglichkeit zu Vernichtungswissenschaften pervertiert zu werden.
  So wird mit Hilfe der Mathematik (Optimierung von Flächenbombardements) und der Naturwissenschaften (Elektronische Kriegsführung, Herbizide usw.) in Indochina grausamer Völkermord betrieben, werden die natürlichen Lebensgrundlagen der indochinesischen Völker auf Jahre hinaus zerstört..

Unauslöschlich sind die Erinnerungen an die schreckliche Wirkung von Atomwaffen in Hiroshima und Nagasaki.
Deshalb dürfen sich die Naturwissenschaftler nicht in militaristische Projekte der Rüstungskonzerne einspannen lassen. Deshalb müssen sie die Forschung für den Krieg, für die Zerstörung von Menschenleben, für die Vernichtung der Umwelt entschieden bekämpfen.

Wir fordern:
- die Verwertung der Mathematik und der Naturwissenschaften muß ebenso Gegenstand des Studiums sein, wie die Berufsperspektive der Studenten. Die Studenten müssen die gesellschaftliche Bedeutung ihres Handelns als Wissenschaftler erkennen.

Wir fordern eine Ausbildung,

- die die Studenten in die Lage versetzt, idealistische Verfälschungen von Mathematik und Naturwissenschaften aufzudecken, ihren Mißbrauch zur Propagierung reaktionärer Theorien, etwa des Chauvinismus und Rassismus in der Anthropologie, als Teil der Biologie, zu bekämpfen.

Wir fordern eine Ausbildung,

- die die Reflexion der Erkenntnismethoden der Einzelwissenschaft ins Studium einbezieht, und in der die materialistische Dialektik als allgemeine Methodologie gelehrt werden kann,
- die die historische Entwicklung der Wissenschaft darstellt, in ihrem Wechselverhältnis mit der Praxis.

Für eine demokratische Ingenieurausbildung

Obwohl durch die Standesorganisationen sorgsam gepflegt, verblaßt der Mythos vom Ingenieur, der an der Spitze der Betriebshierarchie steht, immer mehr.

Der Großteil der Ingenieure ist lohnabhängig tätig und leistet fremdbestimmte Arbeit.

Statt eine moderne wissenschaftliche Ausbildung zu erhalten, werden die Ingenieure auf Faktenwissen, das durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung schnell überholt ist, getrimmt. Das trägt bei zur Arbeitsplatzunsicherheit.

Hinzu kommt, daß viele Fachhochschulen ortsansässigen Industrieunternehmen direkt als Zulieferfabriken für junge Fachkräfte dienen und die Ingenieure arbeitsplatzspezifisch ausgebildet werden, d. h. bei Veränderung des Arbeitsprozesses ihren Arbeitsplatz verlieren. Arbeitsplatzverlust durch Betriebsstillegungen trifft sie ebenso wie die Arbeiter und Angestellten.

Die Ingenieure dürfen sich nicht länger von den Konzernbossen mißbrauchen lassen: Demokratische Ingenieure müssen sich dagegen wehren, durch Arbeitszeitmessung und Akkordfestsetzung das Letzte aus den Arbeitern herauszuholen. Vielmehr sollen sie sich beteiligen an der Schaffung guter Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Angestellten, an der Verbesserung des Arbeitsschutzes, an einer Rationalisierung, die dem Arbeiter zugute kommt. Wirksame Formen des Umweltschutzes sind von ihnen mitzuentwickeln.

Notwendig ist für reformierte Studiengänge, die auch nur annähernd den Anforderungen des wissenschaftlichen technischen Fortschritts gerecht werden wollen, die wissenschaftliche Fundierung der Ausbildung in den jeweils wichtigen Grundwissenschaften Mathematik, Physik, Chemie und Geowissenschaft. Zur Lösung der drängenden Probleme wie Umweltschutz ist das Zusammenwirken mit den Sozialwissenschaften notwendig. Deshalb müssen auch grundlegende sozialwissenschaftliche Fragestellungen in das Studium der Ingenieur-Studenten einbezogen werden.

Die Mehrzahl der Ingenieure und die Arbeiter haben gleichgerichtete Interessen. Deshalb müssen sich die Ingenieure gegen die Standesorganisationen und deren ständische Ideologie zur Wehr setzen, sich in den Industriegewerkschaften des DGB organisieren.

Für eine demokratische Architektenausbildung

Den Architekten darf es nicht nur darum gehen, den Wohnungsbau zu rationalisieren und sich die dazu erforderlichen technischen und mathematischen Voraussetzungen in der Ausbildung anzueignen.
Die Mehrheit der Bevölkerung braucht Architekten, die statt Schlafsilos humane, auf das Lern- und Freizeitverlangen der Bevölkerung ausgerichtete Wohnungen und Siedlungen bauen.
Die Arbeiterklasse braucht Architekten, die Fabrikhallen bauen, die zu einer gesunden Umwelt am Arbeitsplatz beitragen.
In der Ausbildung müssen die sozialen, ökonomischen und juristischen Grundlagen des Städte- und Wohnungsbaus behandelt werden. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, sollen die Architekturstudenten im Rahmen einer integrierten Gesamthochschule mit Soziologen, Politologen und Psychologen kooperieren. Architekten sollen bereits in ihrer Ausbildung erkennen, die Ursache für die unsoziale Städteplanung, für den unsozialen Wohnungsbau liegen in den Besitzverhältnissen an Grund und Boden.
Architekten müssen sich einreihen in die Bewegung gegen Bodenspekulation, Mietwucher und Wohnraumnot.

Für eine demokratische Juristenausbildung

Die seit dem Kaiserreich unverändert gebliebene Juristenausbildung war und ist eine wesentliche Bedingung für eine den Interessen der Herrschenden verpflichtete Klassenjustiz.
Die Ausbildung steht in den Traditionen des preußischen Kadavergehorsams und einer Justiz, die dem faschistischen Terror der Nazis das Prädikat „Rechtsstaat" verlieh. Rechtstheorie und Rechtsinstitute des faschistischen Deutschland wurden nie überwunden, in vielen Bereichen, wie z. B. im Arbeitsrecht, haben sie noch allgemein anerkannte Gültigkeit.
Mit dem Repetitorienunwesen, das auf privater Geschäftemacherei basiert, wird heute jeder Ansatz von Wissenschaftlichkeit und kritischen Fragestellungen unmöglich gemacht. Durch die Repetitorien werden die Jura-Studenten auf das Examen durch das Auswendiglernen einer reinen Fall-Jurisprudenz vorbereitet. Anstelle einer sich anscheinend „wertfrei" dünkenden Rechtswissenschaft fordern wir eine praxisorientierte Ausbildung, die dem antifaschistischen Charakter des Grundgesetzes verpflichtet ist, die anstelle restriktiver Auslegungstechniken die erkämpften Rechtspositionen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Angriffe der Reaktion verteidigt und ausweitet.
Wir fordern eine Juristenausbildung, die die Rechtswissenschaft als Sozialwissenschaft begreift, wo hinter zu lösenden Konflikten objektive Interessengegensätze aufgespürt und sozialwissenschaftlich analysiert werden.
Wir fordern eine Ausbildung, die die Hilflosigkeit strafrechtlicher Vergeltungsschläge zur Bekämpfung der Kriminalität nachweist und soziale Ursachen von kriminellem Handeln untersucht.
Wir fordern eine Ausbildung, die die Juristen überhaupt erst einmal

befähigt, Steuerhinterziehungen, Konkursbetrügereien und Wirtschaftskriminalität zu verfolgen.
Demokratische Juristen führen den Kampf für diese Ausbildungsziele in der Vereinigung Demokratischer Juristen und in der Gewerkschaft ÖTV.

Für eine demokratische Ausbildung der Wirtschaftswissenschaftler

Wer heute das wirtschaftswissenschaftliche Studium mit der berechtigten Hoffnung beginnt, im Verlauf seines Studiums mit Hilfe wissenschaftlicher Methodik tiefere Einsicht in die Bestimmungsgründe gesamt- und einzelwirtschaftlicher Strukturen und Entwicklungen zu gewinnen, der muß bald feststellen, daß das an den Hochschulen der BRD betriebene wirtschaftswissenschaftliche Studium von gänzlich anderen Interessen beherrscht wird als denen nach Erkenntnis und fortschrittlicher Veränderung.
Studium dieser Ökonomie, das bedeutet Einübung der Ideologie und der Praxis des herrschenden Großkapitals. Das Ziel ist nicht nur eine passive Ergebenheit in diese Verhältnisse, sondern die Heranbildung von angepaßten Wirtschaftsfunktionären, die sich aktiv für die Erhaltung und Stabilisierung dieses Wirtschaftssystems einsetzen. Deshalb werden die Studieninhalte strikt auf die Vermittlung von Instrumentalwissen festgelegt, das lediglich zur systemkonformen Lösung praktischer Probleme befähigt. Charakter und Eigengesetzlichkeit des Systems werden im Verlauf des Studiums nicht im entferntesten reflektiert.
Den größten Teil der Wirtschaftswissenschaftsstudenten erwartet eine Berufspraxis, in der sie materiell nicht viel besser gestellt sind als andere Werktätige. Mit der Masse der arbeitenden Bevölkerung verbindet sie das Interesse nach sozialer Sicherheit, nach Verbesserung ihr r materiellen Situation, nach gesellschaftlichem Fortschritt,
Für die Ausbildung fordern wir deshalb:
Ein Grundlagenstudium, das den bürgerlichen ökonomischen Theorien durch eine ‚Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen' den richtigen historischen Bezug gibt.
Ein Studium, das die gesellschaftlichen Beziehungen, die die Menschen in der Produktion ihrer materiellen Lebensmittel eingehen, untersucht.
Wir fordern ein Studium, in dem die marxistische politische Ökonomie als Teil des Wissenschaftlichen Sozialismus Eingang findet, denn sie allein ist die Antwort auf die die gesellschaftlichen Verhältnisse verschleiernden Theorien.

Für eine demokratische Ausbildung der Kulturschaffenden

„Kultur ist, wie der ganze Mensch lebt. Was und womit er produziert, wie er sich ernährt, wie er wohnt, wie er sich kleidet; wie er seine körperlichen und geistigen Fähigkeiten entwickeln kann, welche

Bildungsmöglichkeiten ihm zur Verfügung stehen; welche Sicherungen er bei Krankheit oder im Alter hat; auf welche Weise er zu seinem Arbeitsplatz gelangt; welche Informationen und Meinungen ihm die Zeitungen oder das Fernsehen vermitteln; welchen Inhalt Wissenschaft und Forschung haben und welchen Anteil er an ihren Ergebnissen nehmen kann; welche Kunst ihm zugänglich ist und welche er selber schafft; wie er seine Freizeit verbringt und wie er seine Beziehungen zu anderen Menschen gestaltet – das alles ist Kultur.
Kultur ist die Gesamtheit der von der Menschheit im Prozeß ihrer gesellschaftlich-historischen Arbeitspraxis geschaffenen materiellen und geistigen Werte."
(Kulturthesen der DKP)

Genauso wie in der materiellen Produktion, so klafft ein sich ständig vergrößernder Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Kultur und ihrer privaten Ausbeutung und Aneignung unter monopolkapitalistischen Bedingungen. Eine imperialistische Massenkultur soll für die Bewußtlosigkeit der Bevölkerung sorgen. Kunst und Kultur werden als elitäre, nur Fachleuten zugängliche Privilegien von den Interessen der Massen und von den Realitäten der Gesellschaft getrennt.
Unter den Kulturschaffenden soll eine kleine Elite von ernannten ‚Genies' von der Freiheit der Superreichen künden dürfen. Doch die Masse der Kulturschaffenden hat von der sog. Freiheit nichts anderes zu erwarten als krasse Existenzangst oder direkte Lohnabhängigkeit.
Ca. 75 Prozent der freischaffenden Künstler leben unter dem Fürsorgestand. Sie werden teils vom Ehepartner, Eltern oder Verwandten ernährt oder gehen einem fremden Broterwerb nach.
Nur ein Viertel der bildenden Künstler kann von der bildenden Arbeit schlecht und recht leben. Sie haben keine Sozialversicherung, sie haben beim Verkauf ihrer Arbeiten keine Nachfolgerechte, sie gelten steuerlich aber als Unternehmer.
Künstler haben kaum Einfluß und Mitbestimmung im Kunsthandel, Ausstellungswesen, bei öffentlichen Aufträgen, Ankäufen oder Preisvergaben. An ihrer Produktion bereichert sich eine ganze Herde von Handels- und Verlagsunternehmen. Kulturschaffende, die in Bühnen- oder Orchesterbetrieben arbeiten, sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Orchester werden aufgelöst, Theater werden fusioniert. Fortschrittliche Künstler, die sich gegen diese Tendenzen wehren und für Mitbestimmung an ihrem Arbeitsplatz eintreten, werden entlassen.

Staatliche Kulturplaner argumentieren mit dem nicht mehr zeitgemäßen Charakter dieser Institute, argumentieren mit dem ständigen Rückgang der Zuschauerzahlen und argumentieren zynisch mit dem mangelnden Interesse der arbeitenden Bevölkerung an diesen Institutionen. Tatsache ist jedoch, daß jeder Versuch einer Demokratisierung dieser Betriebe verhindert wird, daß eine Spielplangestaltung, die dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung entspricht, unmöglich gemacht wird.

Tatsache ist, daß der Besuch von Theatern und Konzerten allein einer ‚Bildungselite' vorbehalten ist, während die kulturellen Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung durch die Unterhaltungsindustrie befriedigt werden, deren einziger Zweck die Profitmaximierung für die Monopole der Unterhaltungsindustrie und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems ist. So sollen Klassen-

bewußtsein unterdrückt und emotionale Bindungen an diese Gesellschaftsordnung geschaffen werden.

Unsere Forderungen für den Ausbildungssektor:

Damit die Kulturschaffenden ihre gesellschaftliche Stellung und Verantwortung erkennen können und in den Stand versetzt werden, einen Beitrag für den gesellschaftlichen Fortschritt zu leisten, ist es notwendig, daß bereits in der Ausbildung ein gesellschafts-wissenschaftliches Grundlagenwissen vermittelt wird.
Die gesamte Ausbildung muß auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden. Im Rahmen der integrierten Gesamthochschule muß die Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Fachrichtungen institutionalisiert werden.
Um den steigenden künstlerisch-technischen Anforderungen des späteren Berufs gerecht werden zu können, kann auf moderne Unterrichtshilfen in der künstlerisch-handwerklichen Ausbildung nicht verzichtet werden. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung z. B. der Bühnentechnik, des Instrumentenbaus, der Verstärkertechnik, der Druck- und Repro-Technik machen es erforderlich, sich in der Praxis mit diesen Arbeitsmitteln zu beschäftigen.
Um der Realität der späteren beruflichen Tätigkeit Rechnung zu tragen, ist es notwendig, die künstlerische Ausbildung mit einer pädagogischen Ausbildung zu koppeln.
Statt reaktionärer, pseudowissenschaftlicher und antikommunistischer Elitetheorien müssen die humanistischen antifaschistisch-demokratischen Traditionen vermittelt werden. Der sozialistische Realismus muß Eingang in die Lehrpläne finden.
Da die Ausbildung in der Regel in ein direktes lohnabhängiges Arbeitsverhältnis mündet, ist es notwendig, daß ein Unterrichtsfach Arbeitsrecht/Bühnenrecht in die Lehrpläne einbezogen wird, um die Studierenden zu befähigen, ihre Rechte am künftigen Arbeitsplatz zu nutzen und den Kampf für eine Verbesserung der Lage zu führen. Dieses Unterrichtsfach muß in Zusammenarbeit mit den entsprechenden DGB-Gewerkschaften eingerichtet werden.
Ausbildungsgänge an Hochschulen für Musik und darstellende Kunst sind Sackgassen im Bildungswesen der BRD, die kein Weiter- oder Begleitstudium ermöglichen. Auch künstlerische Hochschulen müssen zu Einrichtungen des zweiten Bildungsweges werden, müssen den Übergang zu einer wissenschaftlichen Hochschule ermöglichen, müssen einbezogen werden in die Planung und Entwicklung von integrierten Gesamthochschulen. Nur so kann eine zukunftsorientierte Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage gewährleistet werden.
Diese Forderungen setzen voraus, daß sich die Studenten an den Hochschulen für Musik, darstellende Kunst und anderen entsprechenden Fachbereichen sich ihrer Interessen an einer fortschrittlichen Ausbildung bewußt werden und sich einordnen in die fortschrittliche und demokratische Studentenbewegung in der BRD.
Um die Kluft zu überwinden, die heute noch zwischen Künstlern und der Masse der arbeitenden Menschen klafft, um den Kampf für soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Demokratisierung organisiert führen zu können, ist es notwendig, daß sich die Kulturschaffenden in einer Gewerkschaft des DGB zusammenschließen.

Demokratische Forschungspolitik

Wenn wir hinsichtlich der demokratischen Ausbildungsziele unsere demokratischen Alternativen den reaktionären Plänen entgegengesetzt haben, so stehen im Bereich der Forschungspolitik prinzipiell dieselben Fragen:
Soll für den Krieg oder soll für den Frieden geforscht werden? Sollen Studenten kampflos zusehen, wie Milliardenbeträge aus dem Haushalt des Wissenschaftsministeriums in Schwerpunktprogramme der rüstungsorientierten Industrie gesteckt werden? Sollen Studenten kampflos zusehen, wie der Rüstungsetat jedes Jahr noch weiter ansteigt? Sollen Studenten kampflos dulden, daß ganze Universitätsinstitute durch Drittmittelfinanzierung in die totale Abhängigkeit von ihren privaten Geldgebern geraten?
Demokratische Studenten und Wissenschaftler müssen dafür eintreten, daß die Forschungskapazitäten für die Lösung der Probleme eingesetzt werden, die die arbeitenden Menschen berühren. Auch die Forschung muß gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterklasse geplant und in ihrer Durchführung überprüft werden.
Eine solche Zusammenarbeit kann sich ausdrücken in:
- Aufnahme von Problemen der Arbeitswelt in die Forschungstätigkeit der Hoch- und Fachhochschulen, wie Berufsfeldforschung, Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz
- gemeinsame Projekte auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung, der Weiterbildung der Werktätigen und der Gestaltung des Bildungsurlaubs
- Forschungstätigkeit für den Umweltschutz, die die gesamte Komplexität dieser Probleme erfaßt, einschließlich ihrer sozialökonomischen Seite

Forschung ist gesellschaftlicher Auftrag und nicht das Privatvergnügen von Wissenschaftlern. Forschungsergebnisse haben gesellschaftlichen Charakter und dürfen nicht privat angeeignet werden.
Die demokratische Kontrolle der Forschung muß durchgesetzt werden. An den Hochschulen darf ohne Zustimmung demokratisch gewählter und zusammengesetzter Kollegialorgane kein Forschungsauftrag von Privatunternehmern oder von staatlichen Stellen angenommen werden. Öffentliche Einrichtungen dürfen nicht für private Aufträge an einzelne Professoren genutzt werden.
Auswahl von Forschungsgegenständen und Forschungsfeldern sind politische Entscheidungen. Die Organisationen der Arbeiterklasse, die Angehörigen des Hochschul- und Wissenschaftsbetriebes, darunter auch die Studenten, müssen gleichberechtigt darüber mitbestimmen.
Studenten und Wissenschaftler müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften Forschungsprioritäten erkämpfen, die im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegen, die den Zwecken des menschlichen, des gesellschaftlichen Fortschritts dienen.

Prinzipien einer demokratischen Studien- und Prüfungsreform

Um unsere demokratischen Alternativen zur Studienreform durchzusetzen, müssen überholte und veraltete Strukturen des Hochschulwesens überwunden werden.

Noch stehen Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten beziehungslos nebeneinander. Eine Durchlässigkeit der Studiengänge sowohl vertikal als auch horizontal wird schon organisatorisch verhindert. Probleme, die die Zukunft stellt, können nicht gelöst werden, weil sich Institute zu kleinen Königreichen mächtiger Ordinarien entwickelt haben und die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Wissenschaften dadurch unmöglich geworden ist.

Unsere Forderungen nach mehr Chancengleichheit, nach Durchlässigkeit der Studiengänge und Ausbildungsstufen, nach höherer Qualifikation für alle Studierenden, nach engerer interdisziplinärer Zusammenarbeit der verschiedenen Wissenschaften macht eine neue Organisation des Hochschulwesens notwendig. Die Studiengänge müssen integriert, die Fachborniertheit muß überwunden werden.

Dies ist nur möglich in einer integrierten Gesamthochschule.

Gesamthochschulen werden heute auch von den Vertretern des Großkapitals und der Kultusbürokratie gefordert. Aber hinter den Gesamthochschulerrichtungsgesetzen verbirgt sich der Plan, die verschiedenen Zweige nur organisatorisch und verwaltungstechnisch zu vereinen, die Differenzierung der Studiengänge und ihre Undurchlässigkeit beizubehalten, ja sogar noch voranzutreiben.

Nach den Plänen der Kultusbürokratie soll die Mehrheit der Studenten in Kurzstudiengängen studieren. Dieses Gesamthochschulkonzept ist deshalb darauf angelegt, unter dem Vorwand der Integration mit den Fachhochschulen den Verschulungsgrad der Ingenieur-Studiengänge auch auf die anderen Studiengänge zu übertragen. Im Interesse einer kurzfristigen Profitrealisierung soll der größte Teil der Studenten einzig eine Schmalspurausbildung durchlaufen, während allein eine kleine Elite von Studenten in den Genuß grundlegend wissenschaftlich-schöpferischer Arbeit kommen soll. Die Einheit von Forschung und Lehre soll völlig aufgehoben werden.

Gegen diese Pläne der politischen Vertreter des Monopolkapitals ist der entschiedene Kampf aufzunehmen.

Keine Kurzstudiengänge und Regelstudienzeiten!

Studien- und Prüfungsordnungen, die solche Reglementierungsmaßnahmen vorsehen, müssen durch den geschlossenen Kampf der Studenten verhindert werden.

Statt Schmalspurausbildung — ein wissenschaftliches Studium für alle Studenten!

Wir fordern die weitestgehende Einheitlichkeit der Ausbildung. Wir fordern die integrierte Gesamthochschule, in der die wirkliche Integration der verschiedenen Studiengänge durchgeführt wird. Die Studiengänge müssen so aufeinander abgestimmt sein, daß mindestens bis zum 4. Semester ohne größeren Verlust an Studienzeit ein Studienwechsel möglich ist.

Forschendes Lernen

Die herrschenden Bildungspolitiker stempeln den Grundsatz der Einheit von Forschung und Lehre als „altmodisch" ab. Sie wollen die Hochschulen in reine Ausbildungsstätten umwandeln und nach und nach wichtige Forschungsbereiche auslagern. Wir fordern dagegen eine Ausbildung, die auf dem neuesten Forschungsstand ist,

eine Ausbildung, in der auch Studenten an der Forschung beteiligt sind und sich nach dem Prinzip des forschenden Lernens wissenschaftliche Erkenntnisse erarbeiten können.

Nehmen wir Einfluß auf die Seminargestaltung! Mit Hilfe der Fachschaften und ASten müssen Arbeitsgruppen eingerichtet werden, die zu entscheidenden Fragen des Studiums, der Berufspraxis und der sozialen Funktion der Wissenschaft fortschrittliche Alternativen entwickeln.

Wichtige Kampfpositionen zur Durchsetzung unserer inhaltlichen Forderungen können dabei Mitbestimmungsrechte in Lehr-, Studien- und Tutorenausschüssen und in den Fachbereichsräten sein. Deshalb darf keine Mitbestimmungsposition kampflos geräumt werden. Wir fordern gleichberechtigte Mitbestimmung der Studenten in den Berufungsgremien.

Wir fordern zur Durchführung der Studienreform die Einrichtung demokratischer Studienreformkonferenzen auf Hochschulebene, in denen Lehrende und Lernende halbparitätisch vertreten sind. Auf Landesebene sind Studienreformkommissionen einzusetzen, in denen vor allem gewählte Vertreter der Studenten, Assistenten und Dozenten und Vertreter der Gewerkschaften repräsentiert sein müssen.

Demokratische Prüfungsreform

Die objektiv leistungshemmenden Klausuren und Prüfungen, die nur eingepauktes Faktenwissen kontrollieren, müssen abgeschafft werden. Sie sind durch Prüfungsformen zu ersetzen, die auf selbständiges wissenschaftliches Arbeiten orientiert sind. Anstelle der Zwischenprüfung und Klausuren fordern wir studienbegleitende Wissenskontrollen, die nicht die Studenten selektieren, sondern Lehrende und Lernende in die Lage versetzen, Lernerfolge zu überprüfen.

Prüfungen müssen öffentlich und demokratisch kontrolliert werden, in den Prüfungsausschüssen müssen auch Studenten sitzen.

Kollektive Arbeitsweisen sind zu fördern, deshalb müssen auch kollektive Arbeiten bei Prüfungen anerkannt werden.

Jeder Versuch, durch Zwischenprüfungen einen inneren Numerus clausus einzuführen, jeder Versuch, durch Prüfungsordnungen die Studienreglementierung voranzutreiben, muß durch das solidarische Handeln der Studenten vereitelt werden.

Kampf dem Abbau demokratischer Rechte! Für Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen!

Die Forderungen, für die wir Studenten kämpfen, sind gerechtfertigt. Wir wollen nicht länger als Handlanger der herrschenden Klasse dienen, nicht als Lehrer den Arbeiterkindern vormachen, die Staatsgewalt gehe vom Volke aus, nur weil jeder am Wahltag nur eine Stimme habe, der Konzernherr ebenso wie der Fließbandarbeiter.

Die Wissenschaft und unsere Arbeit soll der Mehrheit der Bevölkerung dienen und nicht den Profit- und Herrschaftsinteressen des Großkapitals. Wo die herrschende Klasse ihre Profite und ihre Herrschaft bedroht sieht, reagiert sie mit einem Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten. Arbeiter und Studenten brauchen diese Rechte und Freiheiten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Das Recht, sich politisch zu betätigen. Das Recht, sich zu organisieren. Deshalb wird versucht, die im Grundgesetz verankerten demokratischen Freiheiten einzuschränken. Deshalb untersagt das Betriebsverfassungsgesetz die politische Betätigung im Betrieb, deshalb wird dem Betriebsrat die sogenannte Friedenspflicht verordnet. Deshalb sollen AStA und Fachschaften, die Interessenorgane der Studenten, abgeschafft werden.

Die politische Disziplinierung soll durch die verschiedensten Methoden durchgesetzt werden. Arbeiter, die sich aktiv für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen, werden entlassen. Die Justiz trägt ihren Teil zur politischen Disziplinierung bei, indem sie solche Entlassungen sanktioniert, wie mit dem „Maulkorburteil" des Bundesarbeitsgerichtes, das sogar die politische Betätigung außerhalb des Betriebs untersagt, wenn dem Unternehmer diese Betätigung unbequem ist.

Die gleichen Methoden werden gegen die Studentenbewegung eingesetzt. Schon argumentieren reaktionäre Rektoren, auf der Universität sei, wie auch im Betrieb, die politische Betätigung untersagt. Gewählte Studentenvertreter werden mit Hilfe des sogenannten Ordnungsrechts von Studium ausgeschlossen. Wo das nicht ausreicht, werden Berufsverbote ausgesprochen. **Durch die Verbreitung von Angst soll politische Aktivität unterbunden werden. Die demokratischen Rechte werden eingeschränkt, wo sie von den Massen genutzt werden, um ihre legitimen Interessen durchzusetzen.**

Von Demokratie wird geredet — Herrschaftssicherung wird praktiziert.

Es ist unsere Aufgabe, den selbsternannten Sachwaltern der Demo-

kratie einen Strich durch die Rechnung zu machen: aufzuklären über den Abbau demokratischer Rechte, diese Rechte zu verteidigen, jeden zu unterstützen, der den Kampf aufgenommen hat, gegen „Friedenspflicht", Ordnungsrecht und Berufsverbote. **Wir müssen alles tun, damit dieser Kampf ein gemeinsamer Kampf von Arbeitern und Studenten wird, denn wir sind gemeinsam betroffen. Dort, wo die Gewerkschaftsjugend demonstriert und volles Stimmrecht für Jugendvertreter fordert, da sollten fortschrittliche Studenten sich ebenfalls betroffen fühlen.**
Dort, wo Studenten auf die Straße gehen und die verfaßte Studentenschaft verteidigen, da sind die Gewerkschaften zur Solidarität aufgerufen, denn es geht dabei um das elementare Recht, die eigenen Interessen organisiert zu vertreten.

Weg mit dem Berufsverboterlaß!

Am 28. Januar 1972 haben sich Vertreter von Bundesregierung und Ländern zusammengesetzt, um zu beraten, wie das Grundgesetz am besten zu umgehen sei, damit es an den Schulen niemand mehr wagt, etwas anderes zu unterrichten als eine Erziehung zur Anpassung an die bestehenden Verhältnisse. Herausgekommen dabei ist der Berufsverboterlaß.
Dieser Erlaß soll die Lehrerstudenten einschüchtern. Er soll sie daran hindern, Mitglieder des MSB SPARTAKUS und der DKP zu werden.
Dieser Erlaß vergiftet das Klima an den Schulen der BRD, denn Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung von Lehrern macht die Praktizierung dieses Erlasses erst möglich.
Doch es fällt den Herrschenden immer schwerer, die Berufsverbote als notwendigen Schutz der „Demokratie", so wie sie sie verstehen, zu verkaufen. Bloßes Unbehagen in der Öffentlichkeit über diesen Erlaß reicht jedoch nicht aus. Es ist notwendig, jeden Fall von Berufsverbot aufzugreifen, die Öffentlichkeit zu informieren und Solidarität mit den Betroffenen zu üben. Die Länderbürokratien müssen dazu gezwungen werden, über ihre Maßnahmen Rechenschaft abzulegen. Dann wird für alle sichtbar sein, daß ihnen die Argumente fehlen. Das wird noch mehr Menschen davon überzeugen, daß dieser Erlaß vom Tisch muß.
Die GEW und andere Gewerkschaften, sozialdemokratische Organisationen und fortschrittliche Christen haben sich gegen den Erlaß ausgesprochen. Baut gemeinsame Aktionskomitees mit diesen Organisationen auf!
Versucht die Hochschullehrer zur Mitarbeit zu bewegen!
Studenten in den Senaten und in Fachbereichsräten: Sorgt dafür, daß diese Gremien Stellung beziehen gegen die Berufsverbote!
Den Kopf einzuziehen und seine politische Überzeugung zu verschweigen — das ist genau das, was der Ministerpräsidentenerlaß bezweckt. Diese Rechnung darf nicht aufgehen!
Kampf den verfassungswidrigen Berufsverboten!
Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!

KPD-Verbot aufheben!

Das Verbot der KPD, das 1956 von der Adenauer-Regierung durchgesetzt werden konnte, zeigt uns, daß sich die Repressalien der herrschenden Klasse zuerst gegen marxistische Arbeiterorganisationen richten, um schließlich darüber hinaus gegen jegliche fortschrittliche Betätigung vorgehen zu können. Zuerst wurden die Kommunisten verfolgt, dann alle die gegen die Wiederaufrüstung kämpften und eine Politik der Verständigung mit den sozialistischen Ländern forderten. Das KPD-Verbot wird auch heute noch dazu benutzt, das Eintreten für eine grundlegende Änderung der bestehenden Machtverhältnisse als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar zu bezeichnen.

Das KPD-Verbot muß aufgehoben werden. Das ist keine bloße juristische Frage. Es gäbe genügend juristische Wege, dieses Verbot aus der Welt zu schaffen. Das KPD-Verbot wird aber als ständige Bedrohung für alle Demokraten aufrechterhalten, also müssen wir alle diese Forderung gegen den Widerstand der Bundesregierung und der im Bundestag vertretenen Parteien durchsetzen.

Unser Recht auf Organisation verteidigen!

Die Studenten haben aus AStA und Fachschaften, die ihnen ursprünglich als „demokratische Spielwiese" zugedacht waren, wirkliche Organe der Interessenvertretung gemacht. Jetzt sollen AStA und Fachschaften abgeschafft werden, soll ihre Unabhängigkeit eingeschränkt werden, soll ihnen das politische Mandat entzogen werden.

Der Widerstand gegen diesen Angriff auf demokratische Rechte und Freiheiten ist in der letzten Zeit gewachsen. Zehntausende haben gegen die Liquidierungsversuche der Länderregierungen demonstriert. Dieses Bündnis muß gestärkt werden! Andere demokratische Organisationen müssen einbezogen werden, fortschrittliche Professoren für die Verteidigung der verfaßten Studentenschaft gewonnen werden.

Wir brauchen unabhängige Fachschaften und keinen diktierten „Mitwirkungszwang" in den Hochschulgremien. Wir brauchen eigene Organisationen, über deren Wahlordnung und demokratische Struktur allein die Studenten entscheiden können.

Für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft als Vertretung aller Studenten!

Für die Beitragshoheit der ASten!

Satzungsautonomie für die Studentenschaft! Für die Anerkennung des Rechts von ASten und Fachschaften zur politischen Interessenvertretung!

Arbeitet mit in den ASten und Fachschaften, geht auf die Vollversammlungen, auf die Sitzungen der Fachschaftsräte und Studentenparlamente.

Sorgt dafür, daß in der Praxis dieser Organisationen jegliches Sektierertum überwunden wird.

Wenn in die politische Arbeit, die dort betrieben wird, nur ein kleiner Kreis von Studenten einbezogen ist, nutzt das niemandem. Wenn

von den ASten und Fachschaften keine Bestrebungen ausgehen, ein gemeinsames Vorgehen mit demokratischen Kräften außerhalb der Hochschule, z. B. mit den Gewerkschaften, herzustellen, haben sie ihre Aufgabe verfehlt. Wenn dort Forderungen aufgestellt werden, die nicht von allen fortschrittlichen Studenten unterstützt werden können, und die von der Bevölkerung nicht verstanden werden, so wird damit den Interessen der Studenten geschadet.
Kein AStA und keine Fachschaft darf von den Rechten, vom RCDS beherrscht werden. Der RCDS ist gegen die verfaßte Studentenschaft, weil er weiß, daß er unter den Studenten in den meisten Fällen heute keine Mehrheit für seine Politik findet. Niemand sollte sich durch verbale Beteuerungen dieses Verbandes täuschen lassen: wo die CDU/CSU-Studenten nicht offen für die Liquidierung der studentischen Organe auftreten können, versuchen sie — im Bündnis mit reaktionären Professoren und der Kultusbürokratie — die Unabhängigkeit von AStA und Fachschaften einzuschränken, oder ihnen das politische Mandat zu entziehen.
Studenten!
Stärkt den gewählten Studentenvertretungen den Rücken, damit niemand demagogisch behaupten kann, die Studentenschaft stehe nicht hinter ihnen. Ihre Arbeit wird so effektiv sein, wie eure Bereitschaft, selbst für eure Interessen zu kämpfen.
Durch eure Mitarbeit in den Organen der verfaßten Studentenschaft werden AStA und Fachschaften gestärkt und so gegen alle Liquidierungsversuche verteidigt.

Für einen starken VDS!

Die Studenten brauchen eine überregionale Interessenvertretung. Eine solche Organisation kann dazu beitragen, den Kampf an den einzelnen Hochschulen zu vereinheitlichen, die Arbeit der einzelnen Fachschaft und des einzelnen AStA zu unterstützen.
In den letzten Jahren ist es gelungen, aus dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) eine solche überregionale Interessenvertretung zu machen. Deshalb wird der VDS von der Bundesregierung nicht mehr finanziert. Deshalb versucht der RCDS, den ASten durch Gerichtsbeschluß verbieten zu lassen, Beiträge an den VDS zu zahlen. Dem VDS soll die finanzielle Grundlage für seine Arbeit genommen werden.
Fordert zusammen mit den progressiven Jugend- und Studentenorganisationen der BRD die Weiterfinanzierung! Diese Weiterfinanzierung ist keine Gnade, die gewährt wird oder nicht, sondern eine Pflicht der Bundesregierung, die jetzt versucht, durch die Sperrung von Geldern eine Zensur auf die politischen Beschlüsse des VDS auszuüben.
Sorgt dafür, daß euer AStA und eure Fachschaft mit den Materialien des VDS arbeiten und die zentralen Kampagnen des VDS unterstützen! So kann der Kampf der Studenten vereinheitlicht und gleichzeitig der VDS gestärkt werden.
Fachhochschulstudenten brauchen einen starken SVI!
Die Erfahrungen der Studenten an den FH-Schulen — angefangen bei der ersten Bewegung für die EWG-Anerkennung der Ingenieur-Diplome bis hin zu den massiven Streiks und Demonstrationen Zehntausender von Fachhochschülern besonders in NRW im Dezember 1972 gegen eine rückständige Prüfungsordnung — haben ge-

zeigt, daß die FH-Studenten eine zentrale bundesweite Organisation brauchen. Diese Aufgabe muß der SVI zukünftig erfüllen.
Die zunehmende Formierung aller Hochschulbereiche durch Länder- und Bundesgesetze erfordert den gemeinsamen Kampf aller Studenten in der BRD. Deshalb müssen die Studenten aller Hochschulbereiche solidarisch zusammenarbeiten. Alle Studentenverbände, der Studentenverband Deutscher Seefahrtschulen (SVDS), der Studentenverband Deutsche Sozialhochschulen (SVS), der SVI und der VDS müssen in enger Zusammenarbeit und Aktionsgemeinschaft auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Orientierung gegen politische Formierungspläne, für die soziale Absicherung des Studiums, für eine demokratische, integrierte Gesamthochschule, gegen den Abbau demokratischer Rechte kämpfen.

Kein Ordnungsrecht! Keinen politischen Maulkorb!

Wer sich gegen Unterdrückungsmaßnahmen wehren, wer Demokratie und Mitbestimmung erkämpfen will, muß solidarisch handeln. Ordnungsrecht und ökonomische Erpressung sollen jetzt Solidarisierungsprozesse an den Hochschulen verhindern helfen. Gewählte Studentenvertreter, Mitglieder demokratischer und sozialistischer Organisationen werden mit sogenannten Disziplinarstrafen belegt. Man schafft sich „Rädelsführer", um sie so von der Masse der Studenten zu trennen. Damit sollen die anderen davon abgehalten werden, sich ebenfalls aktiv am demokratischen Kampf zu beteiligen. Das Ziel ist die politische Disziplinierung aller Studenten, ist die Schwächung ihrer Kampfbereitschaft.
Schluß mit Ordnungsrecht und politischer Disziplinierung an den Hochschulen der BRD.
Verhindert die Einführung getarnter Ordnungsrechtsklauseln in Form des sogenannten Hausrechts!
Laßt die betroffenen Kommilitonen nicht allein! Organisiert Solidaritätsaktionen!
Ihr selbst habt es in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Abschreckungsmaßnahmen ihren Zweck nicht erreichen, indem ihr selbst aktiv für eure Interessen kämpft, indem ihr alle Versuche durchkreuzt, zwischen „Rädelsführern" und übrigen Studenten zu unterscheiden. Indem ihr die fortschrittlichen Studentenorganisationen unterstützt.
Die Maßnahmen von Bundesregierung und Länderbürokratie finden ihre Ergänzung in den Verordnungen und Erlassen reaktionärer Hochschulverwaltungen. Hierbei tun sich besonders die Vertreter des Bundes „Freiheit der Wissenschaft" hervor. Fortschrittlichen Studentenorganisationen werden Räume verweigert. Es wird ihnen verboten, Flugblätter zu verteilen oder Plakate anzukleben. Die Wirksamkeit der politischen Arbeit und die Möglichkeiten der Agitation sollen damit eingeschränkt und den Studenten die demokratischen Rechte genommen werden, die sie sich in harten Auseinandersetzungen erkämpft haben. **Hier ist demokratische Wachsamkeit am Platze. Reaktionäre Rektoren und Dekane verfolgen dabei eine Politik der kleinen Schritte. Wenn die erste Behinderung der politischen Arbeit ohne großen Widerstand durchgesetzt werden konnte, wird bald darauf eine zweite Maßnahme angeordnet.**

Sich dagegen zur Wehr zu setzen, ist nicht nur Aufgabe der fortschrittlichen Studentenorganisationen, denn diese Angriffe gelten der freien politischen Betätigung an den Hochschulen überhaupt.
Jede Willkürmaßnahme dieser Art muß verurteilt und bekämpft werden. In den Instituten und Seminaren wie auf der Hochschulebene.
Die „psychologische Basis" für die politische Disziplinierung gibt die Erziehung zur Duckmäuserei ab, zur Anpassung an das, was reaktionäre Ordinarien hören wollen; dazu ein Prüfungswesen, daß Studenten auf eine eigene Meinung verzichten, daß sie wiederkäuen, was ihnen vorgesetzt wird.
Trotz politischer Disziplinierung wächst die Zahl der Studenten, die sich in demokratischen und sozialistischen Verbänden organisieren, die in den Fachschaften aktiv politisch tätig sind, die sich in Vorlesungen und Seminaren kritisch mit bürgerlicher Wissenschaft und autoritären Lehrmethoden auseinandersetzen.

Gemeinsam mit den ausländischen Kommilitonen kämpfen!

Besonders hart betroffen von politischer Disziplinierung und dem Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten sind die ausländischen Arbeiter und Studenten und ihre Organisationen. Tagtäglich erfahren sie in der BRD, was es heißt, in einem Land zu leben, das mit den reaktionärsten Regimes in der Welt verbündet ist. Die Praktizierung des reaktionären Ausländergesetzes bedeutet, daß jeder ausländische Arbeiter und Student in der BRD, der den Kampf seines Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung unterstützt, mit Stipendienverweigerung, Ausweisung oder Paßentzug rechnen muß. Damit leben Millionen Menschen in der BRD in einem Zustand nahezu völliger politischer Rechtlosigkeit und all das geschieht im Namen der „Demokratie". Wenn die Studenten der BRD Solidarität mit den ausländischen Kommilitonen üben, wenn sie für das Recht der freien politischen Betätigung ausländischer Organisationen kämpfen — dann verteidigen sie gleichzeitig ihre eigenen politischen Rechte und Freiheiten. Denn nicht gegen ausländische Organisationen schlechthin wird vorgegangen, spanische oder griechische Faschisten z. B. erfreuen sich staatlicher Unterstützung. Der Angriff gilt den ausländischen Verbänden, die in ihren Ländern ähnliche politische Ziele verfolgen wie die demokratischen Kräfte der BRD.
Unterstützt die Arbeit der fortschrittlichen Ausländerorganisationen!
Sorgt dafür, daß an eurer Hochschule kein Ausländer diskriminiert wird; weder bei der Wohnungssuche, noch bei der Stipendienvergabe.
Kontrolliert die Arbeit der akademischen Auslandsämter!
Die Studienkollegs dienen der imperialistischen Propaganda und der Einübung politischen Wohlverhaltens. Sie müssen durch demokratische Einführungsprogramme ersetzt werden.
An den Hochschulen muß die Mitbestimmung der ausländischen Studenten in allen Fragen, die sie selbst betreffen, verwirklicht werden. Doch die Probleme der ausländischen Studenten lassen sich nicht nur auf Hochschulebene lösen.
Die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der Ausländer

läßt sich nur im Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz durchsetzen. Wenn auch die gegenwärtige Ausländerhetze, die von der herrschenden Klasse betrieben wird, diesen Kampf erschwert, müssen wir versuchen, mit demokratischen und sozialistischen Organisationen, mit allen progressiven Gruppen, die in der Ausländerbetreuung tätig sind, über den inhumanen und undemokratischen Charakter dieses Gesetzes aufzuklären, mit ihnen für ein demokratisches Ausländerrecht zu kämpfen.
Für freie politische Betätigung aller fortschrittlichen Ausländer und ihrer Organisationen!
Uneingeschränkte Arbeitserlaubnis für ausländische Studenten!
Es geschieht immer häufiger, daß staatliche Stellen über dieses reaktionäre Gesetz noch hinausgehen, indem sie zum Beispiel ausländischen Arbeitern und Studenten jeglichen Rechtsschutz verweigern.
Solche Praktiken können verhindert werden, wenn wir bereit sind, schnell und entschlossen Solidaritätsmaßnahmen einzuleiten. An diesen Maßnahmen müssen sich alle Studenten beteiligen. Diese Solidarität ist politische Pflicht der fortschrittlichen Studenten.
In der Bespitzelung ausländischer Organisationen arbeiten ausländische Geheimdienste „vorzüglich" mit den „deutschen Stellen" zusammen. Die Basis dafür bildet das Verfassungsschutzgesetz, das die Bespitzelung der Ausländer legalisiert und perfektioniert hat. Das bedeutet die Gefährdung von Freiheit und Leben der Arbeiter und Studenten, in deren Heimatländern Terror und Unterdrückung herrschen.

Schluß mit der Bespitzelung fortschrittlicher ausländischer Organisationen!

Verhindert jegliche Zusammenarbeit zwischen Universitätsstellen und Geheimdiensten!

Jeder Versuch einer Ausweisung muß mit einem massenhaften Protest beantwortet werden. Unterstützt die Arbeit der Rechtshilfeorganisationen!

Eure Solidarität kann dazu beitragen, ausländische Arbeiter und Studenten zu schützen!

Übt materielle und politische Solidarität!

Gemeinsam gegen die reaktionären Hochschulgesetze!

Der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, der von der herrschenden Klasse auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens betrieben wird, soll an den Hochschulen durch neue Hochschulgesetze „gesetzlich" verankert werden. Diese Gesetze bedeuten eine weitgehende Einschränkung der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung der Studenten. Sie sollen die Hochschulen einer staatlichen Zwangsaufsicht unterwerfen. Mit Hilfe dieser „Fachaufsicht" soll die Berufung fortschrittlicher Dozenten verhindert und die Verbreitung fortschrittlicher Lehrinhalte in Seminaren unterbunden werden, sollen Disziplinierungsmaßnahmen

gegen unbequeme Wissenschaftler ermöglicht und jegliche demokratische Einflußnahme der Studenten abgeblockt werden.

Die Entscheidungsprozesse sollen aus den Hochschulen hinausverlagert werden, um so den Hochschulangehörigen jegliche Möglichkeit zu nehmen, mitzubestimmen, und eine demokratische Kontrolle auszuüben. Über alle wichtigen Fragen sollen allein die Bundes- und Länderregierungen entscheiden.

Keine Fachaufsicht des Staates über die Hochschulen!
Wahl aller Hochschulorgane durch die Hochschulangehörigen selber!
Verteidigt das Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen!
Freie Verfügung der Hochschulen über die Haushaltsmittel!

Wehrt euch gegen alle Versuche, Vertreter des Großkapitals in die Hochschulgremien zu lancieren. Fordert gemeinsam mit dem DGB die Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in diesen Gremien.
Durch die Hochschulgesetze soll die gleichberechtigte Vertretung aller Hochschulangehörigen in den Organen verhindert werden. Wichtige Fragen sollen ohne Studenten und sogenannte nichtwissenschaftliche Mitarbeiter entschieden werden.

Keine Einschränkung des studentischen Mitbestimmungsrechts durch das „Quorum"! Weg mit dem Briefwahlzwang, der aktiven politischen Wahlkampf ausschalten und damit zur Entpolitisierung der studentischen Wahlen führen soll!

Für die gleichberechtigte Mitbestimmung von Lehrenden, Lernenden und sog. nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern!

Gleichzeitig muß auch das kleinste Recht auf Mitbestimmung verteidigt werden, denn diese Rechte sollen deshalb durch die Hochschulgesetze wieder abgebaut werden, weil sie von den fortschrittlichen Studenten für den demokratischen Kampf genutzt wurden und damit verhindert werden konnte, daß die Gremienvertreter vor den Karren einer verfehlten Hochschulpolitik gespannt wurden.

Zur Verweigerung der Mitbestimmung kommt die Pflicht zur „Mitwirkung". Das heißt, die Studentenvertreter in den Gremien sollen gezwungen werden, sich den Anweisungen der Kultusbürokratie zu unterwerfen. Es soll ihnen untersagt werden, die Studenten, von denen sie ja gewählt worden sind, über das zu informieren, was in den Gremien geschieht. Nicht die Vertretung studentischer Interessen soll Ziel ihrer Tätigkeit sein, sie sollen vielmehr zur Durchsetzung und Verwirklichung der reaktionären Hochschulpolitik der Herrschenden beitragen. Die „Pflicht zur Mitwirkung" wird dabei verbunden mit der Schweigepflicht. Wir müssen dagegen kämpfen, daß in den Hochschulgesetzen Paragraphen aufgenommen werden, die Mitwirkungszwang und Schweigepflicht vorsehen. Kein gewählter Studentenvertreter darf sich durch solche undemokratischen Maßnahmen an einer effektiven Vertretung studentischer Interessen hindern lassen.

Das ist dann möglich, wenn wir erkennen, daß in erster Linie der Massenkampf der Studenten entscheidend für die Durchsetzung demokratischer Forderungen ist. Die Arbeit in den Gremien wird nur dann wirkungsvoll, wenn die studentischen Vertreter die Forderungen, die in den Aktionen der Studenten selbst aufgestellt werden, zur Grundlage ihrer Arbeit in den Gremien machen und sich hinter diese Forderungen stellen.

Wehrt euch gegen alle Versuche, in die Hochschulgesetze Paragraphen aufzunehmen, die in Organisationsaufbau oder Wahlordnun-

gen der ASten und Fachschaften eingreifen oder diesen Organen das politische Mandat entziehen wollen.
Im Kampf gegen die Hochschulgesetze brauchen wir einheitlich-demokratische Forderungen, die von allen fortschrittlichen Studenten vertreten werden. Sektiererische Alleingänge helfen nicht weiter.
Sorgt dafür, daß eure ASten und die Studentenorganisationen sich mit den Gewerkschaften in Verbindung setzen! Demokratische Organisationen außerhalb der Hochschule können und müssen für ein einheitliches Vorgehen gewonnen werden.
Informiert die Bevölkerung über den wirklichen Inhalt dieser Gesetze! Beweist ihr, daß auch sie von diesen Gesetzen betroffen ist!

Mitbestimmung und demokratische Kontrolle durchsetzen!

Sich gegen den Abbau demokratischer Rechte zur Wehr setzen, die erkämpften Mitbestimmungsrechte zu verteidigen und gleichzeitig für die Erweiterung dieser Rechte, für eine wirkliche Mitbestimmung einzutreten — darin besteht unsere Aufgabe.
Die an einigen Hochschulen vorhandenen Mitbestimmungsrechte müssen genutzt werden, um inhaltliche Forderungen durchzusetzen. Das wird dann Erfolg haben, wenn solche Forderungen von den Studenten in Massenaktionen unterstützt werden.
Bei der Verabschiedung von Prüfungsordnungen, bei Berufungen, bei der Einführung von Tutorenprogrammen, bei der Anerkennung studentischer Seminare müssen Mitbestimmungsrechte genutzt werden.
Studentenvertreter: Nutzt die Gremien als Tribüne für die Forderungen der Studenten!
Versucht dabei, Bündnisse zu schließen mit progressiven Professoren, Assistenten und „nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern".
Wirkliche Gegenmachtpositionen, Positionen also, die dazu beitragen, eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Schüler, Lehrlinge und Studenten zu verwirklichen, werden dann aus diesen Mitbestimmungsrechten, wenn es gelingt, die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen zu verbinden mit einer demokratischen Kontrolle des gesamten Bildungswesens durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen.
D. h.: Die Durchsetzung einer wirklichen Mitbestimmung der Studenten ist untrennbar verbunden mit der Mitbestimmung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten der Gesellschaft: vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zu allen Entscheidungen in der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik.
Diese Mitbestimmung darf kein Mittel illusionärer Sozialpartnerschaft oder „Klassenharmonie" sein, sondern sie muß zu einer Waffe der Arbeiterklasse zur Einschränkung der Macht des Großkapitals werden.
Die DGB-Forderungen nach Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großbetriebe wäre ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Demokratisierung der Gesellschaft.
Unterstützt deshalb die Forderungen des DGB!

Kämpft gemeinsam mit den Arbeitern für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle!
Gegen den Einfluß des Großkapitals auf die Hochschule — Arbeitervertreter in die Hochschulorgane!
Für die demokratische Kontrolle von Wissenschaft und Ausbildung durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen.

Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung!

Dieselben großkapitalistischen Kräfte, die bei uns der Arbeiterklasse, der Jugend und den Studenten jedes Mitbestimmungsrecht verweigern, Berufsverbote erlassen und den Bildungsnotstand aufrechterhalten, die für die Preistreiberei und für die Akkordhetze in den Betrieben verantwortlich sind, sind an der wirtschaftlichen Ausbeutung der Dritten Welt, an der Unterdrückung nationaler und sozialer Befreiungsbewegungen ebenso beteiligt, wie an der Unterstützung faschistischer Regimes in Europa.

Infolge der Politik des Großkapitals und der mit ihm verbundenen Parteien hat die BRD teil an den Verbrechen des Imperialismus überall in der Welt.

Alle bisherigen Bundesregierungen, wie auch immer parteienmäßig zusammengesetzt, waren durch Devisenausgleichszahlungen an die USA und politische, moralische und materielle Unterstützung der Saigoner Marionettenregierung dem US-Imperialismus bei seiner räuberischen Aggression in Indochina behilflich.

Im Nahen Osten unterstützten und unterstützen sie die Politik der herrschenden Kreise Israels, die sich weigern, die 1967 geraubten Gebiete in Übereinstimmung mit der UNO-Resolution herauszugeben und dem arabischen Volk von Palästina das Recht auf nationale Selbstbestimmung verwehren.

In Angola, Mocambique und Guinea-Bissao werden die Volksbefreiungsstreitkräfte von den faschistischen portugiesischen Kolonialisten mit Waffen bekämpft, die ihnen die BRD im Rahmen ihrer „NATO-Verpflichtungen" liefert.

Im rassistischen Südafrika, in Brasilien, Guatemala, überall da, wo rassistische und faschistische Regimes die Völker unterdrücken, sind westdeutsche Konzerne an der Ausbeutung der nationalen Reichtümer an Rohstoffen beteiligt, machen durch den Einsatz billiger Lohnsklaven Superprofite.

Diese neokolonialistische Ausplünderung wird vielfach als „Entwicklungshilfe" getarnt. Aber sie trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder, zur Beseitigung von Hunger und Massenelend keinen Deut bei, sie richtet sich allein nach dem Profitinteresse der Monopole.

Jeder in diesen Ländern investierte Dollar, jede investierte Mark bringt den Monpolen das Vielfache an Profit.

Die ökonomische Abhängigkeit der unterentwickelt gehaltenen Länder wächst. Der Lebensstandard der Massen sinkt, weil die Rohstoffpreise fallen und die Preise für Maschinen und Produktionsanlagen ständig hochgetrieben werden.

Gleichzeitig soll die „Entwicklungshilfe" dazu beitragen, die politische Abhängigkeit dieser Länder von der Politik der kapitalistischen Staaten zu verstärken. Wer sich den Regeln politischen Wohlverhal-

tens nicht beugt, über den werden ökonomische Repressalien verhängt, wie der Handelskrieg gegen Chile und seine antiimperialistische Regierung zeigt.

Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes

Aber der internationale Imperialismus, mit dem Weltgendarm USA an der Spitze, kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Obwohl er reaktionäre Regimes unterstützt, die die Profitinteressen der ausländischen Monopole durch die Unterdrückung der Volksmassen sichern soll, obwohl er diejenigen Staaten, die die ausländischen Monopole verstaatlichen und damit dem sozialen Fortschritt den Weg bahnen, mit Wirtschaftsblockade und Handelskrieg zu erdrosseln sucht, obwohl seine Geheimdienste in diesen Ländern konterrevolutionäre Putsche wie in Bolivien inszenieren.

Die Kraft der Befreiungsbewegungen wächst. Es entstanden junge Nationalstaaten, die zu einem wichtigen Faktor im antiimperialistischen Kampf geworden sind. Diese Bewegung hat die Positionen des Imperialismus in diesen Teilen der Erde erschüttert und begünstigt damit gleichzeitig den Kampf der Arbeiter und Studenten in den kapitalistischen Ländern.

Der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für ihre nationale Unabhängigkeit verbindet sich immer stärker mit dem sozialen Kampf gegen feudalistische und kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse.

Auf einem Drittel der Erde, in den Ländern des Sozialismus, haben die Völker die Herrschaft des Imperialismus endgültig überwunden, in den kapitalistischen Ländern nimmt der Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Rechtlosigkeit, für eine grundlegende Umwälzung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse immer größere Ausmaße an.

Solidarität hilft siegen

Die Solidarität aller antiimperialistischen Kräfte, zu der besonders die sozialistischen Staaten entscheidende politische und materielle Beiträge leisten, ist die Garantie für den Erfolg dieses Kampfes: Die Errichtung einer Welt, frei von Ausbeutung, Hunger, Analphabetismus, Unterdrückung und Krieg.

Internationale Solidarität half Kuba und Vietnam, internationale Solidarität befreite Angela Davis. Internationale Solidarität vereinigt heute unzählige Menschen, Gruppen, Organisationen, Bewegungen und Staaten.

Die Studenten in der Bundesrepublik haben sich in den letzten Jahren in einer Vielzahl von Aktionen in diese Solidaritätsbewegung eingereiht.

In der internationalen Jugend- und Studentenbewegung verstärken sich die Tendenzen zur Zusammenarbeit. Im Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) und im Internationalen Studentenbund (ISB) arbeiten die Jugendorganisationen der sozialistischen Länder, die progessiven Jugendverbände in den Staaten der sogenannten


MSB SPARTAKUS
1% vom Bafög für Vietnam
Solidaritätskampagne
des MSB SPARTAKUS
Verantwortlich:
Klaus Görke
Solidarität hilft siegen

3. Welt und der kapitalistischen Länder eng zusammen und führen gemeinsame Aktionen und Kampagnen durch.
Die Festivalbewegung der „Weltfestspiele der Jugend und Studenten" ist ein Ausdruck der gewachsenen internationalen antiimperialistischen Solidarität und trägt dazu bei, junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten in der ganzen Welt in diese Solidaritätsbewegung einzubeziehen. Diese internationale Solidarität erweist sich immer mehr als stärker als die Versuche der herrschenden Klasse in den imperialistischen Ländern, Jugend und Studenten an die „Ideale" der „freien westlichen Welt" zu binden.
Festigen wir diese Solidarität durch konkrete Aktionen weiter! Niemand darf abseits stehen, wenn es darum geht, Solidarität gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu üben, wenn es darum geht, die Befreiungsbewegungen in der Welt gegen blutige Ausrottungsfeldzüge des Imperialismus zu unterstützen!
Die herrschenden Kreise der BRD zu zwingen, ihre politische, moralische und materielle Beihilfe für reaktionäre Regimes, für Kolonialismus und Neokolonialismus einzustellen, das ist unser wichtigster Beitrag der Solidarität.
Es geht darum, gemeinsam mit der Arbeiterjugend konkrete Aktionen gegen Konzerne zu entwickeln, die Waffen für faschistische Diktaturen produzieren, die an der Ausbeutung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas beteiligt sind.
Unterstützen wir solche Kampagnen, wie sie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend gegen den U-Boot-Lieferanten der griechischen Obristen, gegen Blohm und Voss, in Hamburg durchgeführt hat!
Unterstützen wir die Befreiungsbewegungen durch Geldsammlungen und andere Formen der materiellen Hilfe!
Solidarisieren wir uns mit den Studenten der anderen kapitalistischen Länder, die ihren Kampf unter ähnlichen Bedingungen wie wir führen müssen!
Solidarisieren wir uns mit den Arbeitern und Studenten Spaniens, Griechenlands, Portugals und der Türkei, die gegen die faschistischen Regime in ihren Ländern kämpfen!
Decken wir Forschungsprojekte auf, die einer neokolonialistischen Politik dienen sollen!
Setzen wir uns gemeinsam für die Rechte der ausländischen Arbeiter und Studenten ein!

Von unserem Kontinent darf kein Krieg mehr ausgehen!

In unserem Kampf gegen den verbrecherischen Krieg in Indochina konnten wir Studenten lernen, daß der Frieden nur im Kampf gegen die imperialistischen reaktionären Kräfte durchgesetzt werden kann. Wenn auf unserem Kontinent seit 25 Jahren Frieden herrscht, so ist diese geschichtlich längste Friedensperiode in Europa kein Geschenk des Himmels.
Von unserem Kontinent sind zwei furchtbare Weltkriege ausgegangen, in denen 100 Millionen Menschen ihr Leben lassen mußten. Immer waren es das Rüstungskapital, die Großbanken und Industriekonzerne, die von Krieg und Not profitierten.
Immer waren es die Arbeiter, die in den Schützengräben gegeneinander gehetzt, als Kanonenfutter hingeopfert wurden.

Während die herrschenden Klassen mit Chauvinismus und rassistischer Volksverhetzung die Kriege vorbereiteten, während die SPD-Fraktion im Reichstag dem Kaiser die Kriegskredite bewilligte, waren es Karl Liebknecht und die Gruppe Spartakus, aus der 1918 die KPD entstand, die gegen den imperialistischen Krieg und für die internationale Verbrüderung der Arbeiter gegen den „Feind im eigenen Land", gegen Rüstungskapital und Militarisierung auftraten. Es war die KPD, die mit der Parole „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg" den Kampf gegen die faschistische Kriegsvorbereitung führte. **Kommunisten setzten sich nach der Zerschlagung des Faschismus gegen die Remilitarisierung der BRD und gegen die revanchistische Politik der Stärke ein, mit der man die „Ostzone" heim ins Reich holen wollte. Dafür wurden sie unter Adenauer in die Gefängnisse gesperrt. Deshalb wurde die KPD erneut verboten.**

Friedliche Koexistenz setzt sich durch

Wenn heute maßgebende Politiker unseres Landes mit mehr Realismus an das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern herangehen, so ist das das Ergebnis der gewachsenen politischen, ökonomischen und militärischen Stärke der sozialistischen Länder, deren konstruktive Friedenspolitik die internationale Entwicklung immer maßgebender beeinflußt.

Es ist noch nicht allzu lange her, seit Adenauer durch eine Politik des „roll back" die „Befreiung" der DDR erreichen wollte, seit die SPD ihren Parteitag unter einer riesigen Karte durchführte, die die Grenzen des Deutschen Reichs von 1937 zeigte und das Motto „Erbe und Auftrag" enthielt.

Es ist Ergebnis des Anwachsens der Friedensbewegung der Völker in Westeuropa, die nicht mehr bereit sind, sich mit einer Politik der Anheizung der Spannungen abzufinden, die ihr Leben und ihre Zukunft aufs Spiel setzt.

Die Verträge von Moskau und Warschau, die Abkommen und der Grundvertrag zwischen der DDR und der BRD sowie die laufenden und geplanten Verhandlungen, insbesondere die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, haben den Beginn einer neuen Etappe eingeleitet.

Der erfolgreiche Abschluß all dieser Verhandlungen in relativ kurzer Zeit nach einer jahrzehntelangen Epoche der Konfrontation und des Kalten Krieges, hat für einen großen Teil der Bevölkerung den Beweis der Möglichkeit der Friedlichen Koexistenz erbracht und die Erkenntnis, daß Krieg nicht unvermeidlich und der Frieden nicht die bloße Abwesenheit von Krieg ist.

Seit ihrer Existenz sind die sozialistischen Länder für die Politik eingetreten, die jetzt endlich von den kapitalistischen Staaten akzeptiert werden muß. Vorschläge und Verhandlungsangebote, die von den gleichen Prinzipien und Zielen bestimmt waren, wie sie jetzt in den Verträgen von Moskau und Warschau gelegt sind, wurden schon in einer Zeit gemacht, in der die imperialistischen Regierungen Pläne für das „Zurückrollen" des Sozialismus in der Tasche trugen.

Die Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau haben die Erkenntnis gestärkt, daß der Frieden nur im gemeinsamen Kampf gegen die Entspannungsfeinde, gegen die ultrareaktionären Kräfte, die unser Land in die Schützen-

gräben des Kalten Krieges zurückzerren wollen, durchgesetzt werden kann. Daß der Frieden durch zwischenstaatliche Vereinbarungen, durch die Anerkennung der bestehenden Nachkriegsgrenzen in Europa und die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der europäischen Staaten gesichert werden muß.
Auf dem Weg der Entspannung und Zusammenarbeit müssen heute weitere Schritte durchgesetzt werden, die letztlich die Perspektive der Auflösung der Militärblöcke, einer umfassenden Abrüstung beinhalten.

Für den Frieden aktiv werden

Wir Studenten haben wie die gesamte werktätige Bevölkerung ein elementares Interesse am Frieden. Alle unsere Forderungen können nur unter friedlichen Bedingungen durchgesetzt werden. Entspannung und Abrüstung verbessern die Bedingungen für die Durchsetzung unserer Forderung „Bildung statt Bomben".
Reihen wir uns deshalb ein in die Bewegung der Völker Europas für einen gesicherten Frieden und umfassende Abrüstung!
Entwickeln wir konkrete Aktionen gegen die Rechtskräfte in unserem Land, kämpfen wir für das Verbot revanchistischer und neonazistischer Organisationen! Antikommunismus und Entspannung vertragen sich miteinander ebenso wie Strauß und Abrüstung.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt:
Antikommunistische und antisowjetische Kampagnen haben die Herrschenden immer dann durchgeführt, wenn es darum ging, von Widersprüchen im Innern abzulenken. Wenn es darum ging, Unterdrückungsmaßnahmen gegen die fortschrittlichen Kräfte zu rechtfertigen. Mit der Angstmache vor dem „Feind im Osten" wurde die Bevölkerung darauf eingestimmt, Kanonen und Kasernen zu befürworten.
Seit der Oktoberrevolution haben die herrschenden imperialistischen Kreise eine Politik der Todfeindschaft gegenüber dem Sozialismus verfolgt. Der verbrecherische Krieg des deutschen Faschismus gegen die Sowjetunion war das verhängnisvollste Ergebnis dieser Politik.
Diese Kontinuität eines antikommunistischen Feindbildes, die über ein Menschenalter Staatsdoktrin war, ist durch die Erfolge im Kampf für friedliche Koexistenz zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erschüttert worden.
Dadurch wird es immer schwerer möglich, fortschrittliche Bewegungen zu diskriminieren, und die arbeitende Bevölkerung vom Kampf für ihre eigenen Interessen abzuhalten.
Die Herrschenden wollen dem mit einer neuen Kampagne des Antikommunismus, mit Berufsverboten und Verbotsdrohungen besonders gegen DKP und MSB SPARTAKUS begegnen.
Wir müssen mit den jetzt abgeschlossenen Verträgen arbeiten, wir müssen die Massen mit dem Text der Verträge vertraut machen. Diese Aufgabe wird uns von der Regierung keineswegs abgenommen, **denn z. B. von der Tatsache, daß sich die BRD im Grundvertrag verpflichtet, für eine umfassende Abrüstung einzutreten, wird kaum gesprochen.**
Wir müssen die herrschende Klasse mit dem Inhalt dieser Verträge konfrontieren und politische Konsequenzen fordern, die sich aus Geist und Inhalt der Verträge ergeben. Demokratische Wachsamkeit

ist dabei auch gegenüber der SPD und FDP am Platze. Wenn z. B. Helmut Schmidt davon spricht, die NATO sei das „Standbein" der Politik der BRD gegenüber den sozialistischen Staaten, während die Ostpolitik das „Spielbein" sei, mit dem versucht werden müsse, die Entwicklung in diesen Ländern zu beeinflussen, so stellen wir fest:

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die alten Ziele mit neuen Methoden zu ereichen. Was uns nützt, das ist die Herstellung guter Beziehungen zur Sowjetunion, zur DDR, zu den anderen sozialistischen Ländern und nicht die Einmischung der BRD in ihre inneren Angelegenheiten.

Ziehen wir die Konsequenzen aus den Verträgen:

Sorgen wir dafür, daß das Klima des Kalten Krieges in unserem Land in allen Bereichen zurückgedrängt wird.

Daß die Wissenschaft, die in unseren Seminaren gelehrt wird, vom Geist der Völkerverständigung durchdrungen ist, dem Frieden dient.

Wir brauchen keine Bundeswehrhochschulen, wir brauchen mehr Geld für die Bildung!

Verbinden wir uns mit den Schülern und Arbeiterjugendlichen, wenn es darum geht, jene Seiten aus den Schulbüchern zu reißen, in denen eine gegen Entspannung und Völkerverständigung gerichtete Geschichtsfälschung verbreitet wird!

Setzen wir uns gemeinsam mit Schülern gegen die Militarisierung des Schulunterrichts durch Wehrkundeerlasse ein.

Üben wir Solidarität mit den Soldaten, die in der Bundeswehr für Meinungsfreiheit in den Kasernen und gegen die alten Nazis in Offizierskorps und Generalität eintreten.

Kämpfen wir für die Erhaltung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, gemeinsam mit den Organisationen der Kriegsgegner.

Decken wir die entspannungsfeindliche Rolle der NATO auf, die unter dem Deckmantel von „Freiheit und Demokratie" faschistische Diktaturen an der Macht hält.

Der Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung liegt in unserem ureigensten Interesse.

Für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten! Die Aktionseinheit der Studentenbewegung herstellen!

Eine demokratische Hochschule, eine qualifzierte Ausbildung, demokratische Ausbildungsziele — das sind wichtige Forderungen der Studentenbewegung.
Die Durchsetzung dieser Forderungen entspricht nicht nur den Interessen der Mehrheit der Studenten, sondern auch den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. Doch wenn Studenten sich für diese Forderungen engagieren, wird immer wieder die Frage gestellt, wie können wir unsere Ziele durchsetzen? Was können wir mit unseren Aktionen erreichen? Die Praxis hat gezeigt, daß es durchaus möglich ist, Veränderungen durchzusetzen, wie z. B. die Einführung eines Tutorenprogramms. Ebenso ist es möglich, Angriffe auf die Rechte der Studenten abzuwehren, wie z. B. Versuche, die Unabhängigkeit der verfaßten Studentenschaft zu beseitigen. Zur Durchsetzung unserer demokratischen Alternative allerdings sind grundlegende Veränderungen der gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich. Ohne die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals ist die demokratische Hochschule nicht zu erkämpfen.
Solche Veränderungen sind nur gemeinsam mit der Arbeiterklasse durchzusetzen. Und ebenso wie die Studenten auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse angewiesen sind, ist es für die Arbeiterklasse von großer Bedeutung, die Intelligenz auf ihrer Seite zu wissen und sie nicht als Gegner, als „Handlungsgehilfen" der herrschenden Klasse gegen sich zu haben.
D. h. für die Studentenbewegung, jede Aktion ist sinnvoll und wird uns im Kampf vorwärtsbringen, wenn sie so angelegt ist, daß sie dazu beiträgt, Verständnis für die Forderungen der Studenten in der arbeitenden Bevölkerung zu wecken.
Jede Aktion muß das Ziel haben, die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten hervorzuheben.
Verbale Kraftmeierei, sektiererische Parolen und Aktionsformen bringen uns keinen Schritt weiter. Sie führen nur in die politische Isolierung. Wir müssen vielmehr in unseren Aktionen anknüpfen an den Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen.
Die Brechung des Bildungsprivilegs, die Abschaffung des Numerus

clausus, eine demokratische Bildungsplanung, die Mitbestimmungsforderungen des DGB — das alles sind Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen.

Diese Forderungen sind objektiv gegen die ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals gerichtet, wie unsere Forderungen auch. Nach Gemeinsamkeiten zwischen Arbeitern und Studenten braucht nicht erst gesucht zu werden.

Die vorhandenen Gemeinsamkeiten müssen jetzt umgesetzt werden, in gemeinsame Aktionen. Überall dort, wo die Arbeiter und ihre Gewerkschaften sich gegen Unternehmerwillkür zur Wehr setzen, wo sie in einem solidarischen Streik für ökonomische Forderungen kämpfen, müssen wir sie durch Solidaritätsaktionen unterstützen. Während der Ratifizierungsdebatte ist es schon zu gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Studenten im Kampf gegen rechts, gegen die CDU/CSU gekommen. Das ist kein Zufall, denn der Kampf gegen die äußerste Reaktion ist eine der wichtigsten gemeinsamen Aufgaben von Arbeiterbewegung und fortschrittlichen Studenten.

Solche Aktionen bringen uns politisch weiter, denn dort werden die gemeinsamen politischen Interessen der Arbeiter und Studenten konkret erfahrbar.

Für das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, für den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten, gegen Großkapital und politische Reaktion, für ein demokratisches Bildungswesen, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.

In den letzten Jahren läßt sich ein stärkerer Politisierungsprozeß innerhalb vieler Verbände und Organisationen feststellen, in denen Hochschulabsolventen organisiert sind. Die GEW ist zu einem bedeutenden Faktor im Kampf für ein demokratisches Bildungswesen geworden. Demokratische Juristen haben sich in einem eigenen Verband zusammengeschlossen. Architekten und Ingenieure diskutieren nicht mehr nur über Standesprobleme, sondern über den politischen Hintergrund ihrer Arbeit. Wir müssen mit diesen Gruppen Kontakt aufnehmen, gemeinsame Veranstaltungen durchführen und gemeinsame Forderungen entwickeln. Dadurch können wir Verbündete für unseren Kampf finden und uns gleichzeitig mit Fragen unserer Berufsperspektive vertraut machen.

Für das Bündnis aller Hochschulangehörigen

Gemeinsame Interessen gibt es auch zwischen Studenten und Hochschullehrern. Die Versuche, die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen abzuschaffen, haben den Widerstand vieler Dozenten hervorgerufen. Fortschrittliche Dozenten und Assistenten, Wissenschaftler aus Betrieben, Büros und Forschungsinstitutionen haben sich im Bund Demokratischer Wissenschaftler (BDWi) organisiert. Die gewachsenen Möglichkeiten, Bündnisse zwischen Hochschullehrern und Studenten zu schließen, müssen genutzt werden. Auch wenn nicht in allen Fragen Übereinstimmung zu erzielen sein wird, dort wo eine Aktionseinheit möglich ist, muß sie praktiziert werden.

Grundlage von gemeinsamen Aktionen sollte sein: die Verteidigung des Rechts auf demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen und solche Forderungen, die eine Überwindung der materiellen Bildungsmisere zum Inhalt haben.

Versucht die Hochschullehrer davon zu überzeugen, daß die Selbstverwaltung nur dann verteidigt werden kann, wenn sie durch die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen gestärkt wird.

Zur alten Ordinarienuniversität, zum „Elfenbeinturm" der Wissenschaften führt kein Weg zurück.

Die Hochschullehrer müssen einsehen, daß die notwendigen finanziellen Mittel für die Hochschulen durch bloße Verhandlungen mit der Kultusbürokratie nicht herbeizuschaffen sind.

An den Hochschulen sind Tausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigt, die zum großen Teil in der Gewerkschaft ÖTV organisiert sind. AStA und Fachschaften, die Interessenorgane der Studenten, müssen die Arbeiter und Angestellten in den sozialen Auseinandersetzungen um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen unterstützen.

Gemeinsam haben die Studenten mit ihnen das Interesse an einer wirksamen Mitbestimmung. Ein gemeinsames Vorgehen in den Hochschulgremien muß angestrebt werden. Wo das schon praktiziert wurde, konnten Erfolge für beide Seiten erzielt werden.

Für die Aktionseinheit der Studentenbewegung!

Wenn es gelingen soll, die Aktionseinheit von Arbeitern und Studenten herzustellen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Studentenbewegung selbst einheitlich handelt. Ohne die Einheit der progressiven Studentenbewegung gibt es keinen erfolgreichen Kampf. In der Studentenbewegung gibt es verschiedene politische Strömungen: Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, fortschrittliche Christen und andere Demokraten. Die ideologischen Meinungsverschiedenheiten, die es zwischen ihnen gibt, sollen keineswegs unter den Tisch fallen.

Wir werden uns dabei insbesondere mit allen Auffassungen auseinandersetzen, die die Klassengegensätze in der BRD leugnen, die davon ausgehen, man könne eine demokratische Ausbildung und eine wirkliche Mitbestimmung über einen anderen Weg erreichen als den der Eigenaktivität der Massen, und so die Studenten vom eigenständigen politischen Handeln abhalten.

Doch wem nützt es, wenn wir unsere verschiedenen politischen Ansichten über unsere gemeinsamen Interessen stellen und gemeinsame Aktionen verhindert werden? Nicht umsonst versucht die herrschende Klasse, die Studentenbewegung auseinanderzudividieren. Alle Spaltungsversuche werden von den Herrschenden honoriert und in den bürgerlichen Massenmedien breitgetreten. **Doch jede Vollversammlung, jedes Teach-in und jede politische Versammlung zeigen: die Masse der Studenten will die Einheit, fordert das gemeinsame Vorgehen aller fortschrittlichen Studenten!**

Der MSB SPARTAKUS ist für diese Aktionseinheit. Sie ist eine der wichtigsten Ziele seiner Tätigkeit. Die Grundlagen der Aktionseinheit der Studentenbewegung sind die materiellen und politischen Interessen der Mehrheit der Studenten.

Diese Interessen durchzusetzen ist das gemeinsame Ziel. Eine demokratische Hochschule, eine Wissenschaft und Ausbildung, die den werktätigen Massen dient, ein materiell abgesichertes Stu-

dium – gemeinsame Forderungen, die einen gemeinsamen Kampf ermöglichen.
Die notwendige Einheit gegen alle Spaltungsversuche durchzusetzen ist die Aufgabe aller fortschrittlichen Studenten.
Der Studentenbewegung schadet das Auftreten der sektiererischen Gruppen an den Hochschulen, die heute vor allem aus den verschiedensten maoistischen Richtungen bestehen. Nicht nur, daß sie sich oft selbst in einem permanenten Spaltungsprozeß befinden, sie versuchen auch das einheitliche Vorgehen der Studentenbewegung zu sabotieren.
Ihre Feindschaft gegenüber SPARTAKUS und DKP geht soweit, daß sie darüber den eigentlichen Gegner der fortschrittlichen Studenten, das Monopolkapital und seinen Staat, vergessen. Was sie als revolutionäre Politik angeben, ist zum größten Teil nichts weiter als unerträgliche Phrasendrescherei, die viele Studenten davon abhält, am demokratischen Massenkampf teilzunehmen und die in der Bevölkerung dazu führt, daß die Aktionen der Studenten in Bausch und Bogen vervurteilt werden. **Eine solche Politik ist alles andere als revolutionär, denn sie hindert die Massen daran, die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen zu erkennen.**
Wir müssen uns mit den Sektierern auseinandersetzen, um zu verhindern, daß sich die Studentenbewegung von der arbeitenden Bevölkerung isoliert und daß der notwendigen Aktionseinheit geschadet wird.
Setzt die Aktionseinheit gegen alle Widerstände durch. In den Fachschaften, den Studentenparlamenten und in den Vollversammlungen.
Wehrt Euch gegen alle Spaltungsversuche, sorgt dafür, daß in allen Aktionen von Kiel bis Konstanz einheitlich demokratische Forderungen aufgesetllt werden, die von allen fortschrittlichen Studenten unterstützt werden können.
Bekämpft den RCDS, der nichts anderes ist als eine Filiale der äußersten Reaktion an den Hochschulen.
Für die Aktionseinheit der demokratischen Studentenbewegung im Kampf gegen Großkapital und Reaktion.

Organisiert kämpfen!
Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS!

Während die herrschende Klasse den Zeiten nachtrauerte, in denen die Studenten zur zuverlässigen Stütze ihrer auf Ausbeutung und Unterdrückung errichteten Ordnung gehörten, entstand an den Hochschulen eine starke antiimperialistische Bewegung.
Kein „Strohfeuer", keine vorübergehende Erscheinung, wie bürgerliche Ideologen gehofft hatten, als Studenten versuchten, noch ohne Verbindung zur Arbeiterbewegung, den Kampf gegen den Imperialismus aufzunehmen. Mit dem MSB SPARTAKUS entstand eine marxistische Studentenorganisation, die es übernahm, diese Verbindung herzustellen. Der SPARTAKUS wird von Großkapital und politischer Reaktion erbittert bekämpft, weil die Herrschenden wissen, wenn es ihnen gelingt, den marxistischen Studentenverband zu schwächen, wird die gesamte Studentenbewegung getroffen. Weil sie wissen: Je stärker der MSB SPARTAKUS, desto wirk-









organisiert kämpfen

Für eine demokratische Hochschule
Für Frieden, Demokratie und Sozialismus

organisiere dich im

MSB SPARTAKUS

samer der Kampf der Studenten, desto größer die Chance, Sektiererei und Isolierung zu überwinden.
Die Arbeit des MSB SPARTAKUS dient einem Ziel: die Interessen der Studenten und der Arbeiterklasse durchzusetzen.
Das Programm des MSB SPARTAKUS geht dabei von einer realistischen Analyse der Wirklichkeit in der BRD aus. Wir wissen, daß wir einer organisierten Front von Großkapital und Unternehmerverbänden, von bürgerlichen Parteien, Massenmedien und bürgerlichem Staat gegenüberstehen.
Dem müssen die Studenten die Organisierung der eigenen Kraft gegenüberstellen. Das zeigt uns nicht nur die Erfahrung der Arbeiterbewegung, das wissen wir auch aus unseren eigenen Kämpfen.

Wer für die Interessen der Arbeiter und Studenten, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen will, der braucht eine Theorie, die eine Analyse der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglicht und uns hilft, die Bedingungen und Wege zur revolutionären Veränderung der Gesellschaft zu erkennen. Diese Theorie ist der Marxismus.
Der MSB SPARTAKUS hat daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen. Grundlage unseres Handelns sind die Lehren von Marx, Engels und Lenin.
Mitglied im MSB SPARTAKUS zu werden, das heißt, den Imperialismus wirksam zu bekämpfen, das heißt, Genossen zu haben, auf die man sich in diesem Kampf verlassen kann.
Wir rufen alle Studenten, die den Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapital ernsthaft führen wollen, auf:

Organisiert Euch im SPARTAKUS!

Studenten an den Hoch- und Fachhochschulen der BRD!
Ihr könnt Eure Interessen nur durchsetzen, wenn Ihr bereit seid, dafür zu kämpfen!
Die Verhältnisse an den Hochschulen zeigen:
Von der herrschenden Klasse habt Ihr keine Erfüllung Eurer Forderungen zu erwarten. Sie haben darauf keine andere Antwort als den Einsatz von politischer Repression und Anpassungszwang.
Eurer Platz ist an der Seite der Arbeiterklasse.
Für die eigenen Interessen kämpfen –
Mit der Arbeiterklasse verbünden!

Notizen

An den

Marxistischen Studentenbund
SPARTAKUS
– Bundesvorstand –

53 Bonn, Postfach

Kritik, Verbesserungsvorschläge und Anregungen zum Aktionsprogramm

Anhang

GRUNDSATZERKLÄRUNG des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

verabschiedet auf dem 1. Bundeskongreß am 21. Mai 1971 in Bonn

Die Krise des Hochschulwesens in der Bundesrepublik ist offenkundig geworden. Überfüllung und miserable Studienbedingungen, Bildungsprivileg und Numerus clausus, Schmalspurausbildung und Prüfungsdruck, unzureichende Ausbildungsförderung, die Entwicklung von Kriegsforschung und Vernichtungstechnik, reaktionäre Lehrinhalte und die Degradierung zur Untertanenfabrik, so ist die Lage an unseren Hoch- und Fachhochschulen. Ein großer Teil der Studenten ist nicht mehr bereit, sich damit abzufinden und organisiert sich im Kampf gegen die Formierung von Wissenschaft und Ausbildung.
Studenten reihen sich ein in die Bewegung gegen Neofaschismus und Rechtsentwicklung, für Frieden in Europa und die Solidarität mit allen vom Imperialismus unterdrückten und um ihre Befreiung kämpfenden Völkern, insbesondere mit den Völkern Indochinas. Dadurch geraten sie in Widerspruch zur Politik der systemtragenden Parteien in der Bundesrepublik. Die Ursachen all dieser Konflikte liegen in den Besitz- und Machtverhältnissen in unserem Land. Das Privateigentum an Produktionsmitteln hat dazu geführt, daß sich die ökonomische Macht in den Händen einer immer kleineren Schicht von Monopolherren konzentriert. Diese ökonomische Macht bedeutet auch politische Macht, — die ihrerseits den Monopolisierungsprozeß weitertreibt. Dem Profit- und Machtstreben, dem bestimmenden Wesenszug des Monopolkapitals, werden zunehmend alle Bereiche der Gesellschaft, also auch Wissenschaft und Ausbildung, unterworfen.
Diese zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals verstärkt alle antidemokratischen und aggressiven Tendenzen des Systems: Notstandspraxis und Meinungsmanipulation nach innen, nach außen Großmachtpolitik, Revanchismus und Aggressivität gegen die sozialistischen Länder. Während die Rüstungsausgaben ständig steigen, werden die Investitionen für Bildung und Erziehung konstant vernachlässigt.
Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, dessen Grundlage die Herausbildung und Herrschaft der Monopole ist, verschärft den grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse. Der sich aus dem Stand der Produktivkräfte ergebenden Notwendigkeit der gesamtgesellschaftlichen Prognose und Planung stehen das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Konkurrenz um Extraprofite entgegen.
Diese Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen zwang zur Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, zur Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der die reaktionäre Macht der Monopole erhalten und den objektiv herangereiften Übergang zum Sozialismus verhindern soll.
Die Widersprüche dieses staatsmonopolistischen Systems in der BRD spitzen sich mit der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution weiter zu. In der wissenschaftlich-technischen Revolution wird Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft. Die Ergebnisse

der Wissenschaft finden nicht nur mehr sporadisch und planmäßig Anwendung in der Produktion, sondern heute ist das wirtschaftliche Wachstum wesentlich abhängig von der Entwicklung in der wissenschaftlichen Arbeit, von der Abstimmung der Forschung auf die Bedürfnisse der Produktion und von der praktischen Anwendung der Ergebnisse der Wissenschaft.
Im staatsmonopolistischen Kapitalismus werden Wissenschaft und Forschung zwar gesellschaftlich betrieben und finanziert, ihre Ergebnisse aber eignen sich die Monopole im Interesse ihres Profits und ihrer Macht an.

Rückständiges Bildungswesen

Die Rückständigkeit des Bildungswesens in der BRD wurde zur Schranke für das Profit- und Machtstreben des Großkapitals. Um ihr System zu stabilisieren, um in der internationalen Konkurrenz zu bestehen, vor allem aber, um in der Systemauseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern nicht weiter an Boden zu verlieren, verstärken die Monopole ihre Anstrengungen, die Wissenschaft in den Griff zu bekommen, zu lenken und in ihrem Interesse zu formieren.
Die Veränderungen im Hochschulbereich, wie sie von der CDU/CSU, der SPD und der FDP propagiert werden, haben einzig und allein die Festigung der bestehenden Ausbeuterordnung, die Effektivierung des staatsmonopolistischen Systems zum Inhalt; CDU/CSU, SPD und FDP betreiben die Hochschulpolitik vorrangig mit dem Ziel, jeden Ansatz einer Demokratisierung der Hochschule im Keim zu ersticken. Ihnen geht es vor allem um die Disziplinierung der Studenten durch reaktionäre Hochschulgesetze und einen verschärften Prüfungs- und Leistungsdruck. Während die CDU/CSU dieses Ziel durch offene Unterdrückungsmaßnahmen erreichen will, während die FDP jeden Ansatz von wirklicher Mitbestimmung in der Hochschulgesetzgebung bekämpft, verbindet die SPD-Führung mit ihrer Formierungspolitik zugleich die Absicht, durch eine Taktik der minimalen Konzessionen die demokratischen Kräfte mit dem System zu versöhnen und für seine Ziele zu aktivieren.
Von diesen Parteien haben die Studenten keine demokratischen Reformen zu erwarten. Sie müssen selber handeln. Nicht als Geschenk der Herrschenden, sondern nur als Ergebnis eines langen und konsequenten Kampfes sind soziale Verbesserungen, demokratische Rechte und eine grundlegende demokratische Erneuerung des Hochschulwesens in der Bundesrepublik zu erreichen. Nur als Teil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Monopolherrschaft, als untrennbarer Bestandteil einer antimonopolistischen und sozialistischen Alternative zum gesamten staatsmonopolistischen Herrschaftssystem kann dieser Kampf erfolgreich geführt werden.
Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS versteht sich in diesem Kampf als aktive, organisierende und bewußtseinsbildende Kraft unter der Studentenschaft. Das gemeinsame Interesse der Mehrzahl der Studenten, ihre materielle und soziale Existenz zu sichern, auf Gestaltung und Inhalt des Studiums einzuwirken und ihre späteren Arbeitsplätze zu sichern, richtet sich heute objektiv gegen die Formierungspolitik der Monopole und ihres Staates.
Der wichtigste und stärkste Gegner der Monopolmacht ist die Arbeiterklasse. Dies folgt aus ihrer objektiven Klassenlage. Sie ist nicht nur die zahlenmäßig stärkste Klasse, sondern die einzige, die mit der Entwicklung der Produktion zahlenmäßig wächst. Sie ist das entscheidende Ausbeutungsobjekt des Monopolkapitals, durch ihre Stellung im Produktionsprozeß unmittelbar mit dem Kapitalismus konfrontiert. Ihre Konzentration, ihre Organisiertheit, die Tatsache, daß die Theorie von Marx, Engels und Lenin die wissenschaftliche Grundlage für den Kampf der Arbeiterklasse bildet, sichert ihr die führende Rolle. Der Platz der kämpfenden fortschrittlichen Studenten ist deshalb an der Seite der Arbeiterklasse.

Bildungsprivileg brechen!

Die Gemeinsamkeit der Interessen wird bereits heute wirksam in der Solidarisierung mit der Forderung der Arbeiterklasse nach Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, mit dem Kampf der Arbeiterjugend für eine qualifizierte und demokratische Berufsausbildung, mit der Forderung, das Bildungsprivileg zu brechen. In unserer Epoche gewinnt die enge Verbindung der Intelligenz und der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Großkapital immer größeres Gewicht, um die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lösen. Dabei müssen die Studenten tiefverwurzelte arbeiterfeindliche Vorurteile überwinden. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution geraten die Hochschulen mehr als bisher in das unmittelbare Feld der Klassenauseinandersetzungen: Immer brennender wird für die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Klassen und Schichten, so auch für die Mehrheit der Intelligenz, die Frage, von wem und zu wessen Nutzen die Wissenschaft eingesetzt wird.

Die Interessen großer Teile der Studenten verflechten sich mit denen der Arbeiterklasse zusätzlich, weil sie perspektivisch lediglich über die eigene Arbeitskraft verfügen, zu deren lebenslangem Verkauf sie gezwungen sein werden. Sie werden zunehmender Arbeitsteilung und der Gefahr unterliegen, Qualifikation und Beschäftigung durch technische Umwälzungen und durch Krisen zu verlieren. Die überwältigende Mehrheit der Studenten hat mit der Arbeiterklasse ein gemeinsames Interesse an der friedlichen Nutzung wissenschaftlicher Ergebnisse, an der Ausbildung qualifizierter, dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichteter Wissenschaftler.
In der Bundesrepublik werden die Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution pervertiert, werden Produktivkräfte in steigendem Maße in Destruktivkräfte verwandelt. Damit wird einmal mehr deutlich, daß die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung historisch überlebt ist, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt den gesellschaftlichen Fortschritt, den Sozialismus, erfordert.
Nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird die Wissenschaft endgültig frei von der Fessel, dem Profitinteresse einer Minderheit zu dienen. Nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung kann die Intelligenz, können die Studenten ihre wissenschaftlich gebildete Arbeitskraft schöpferisch zur planvollen Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums und zum Wohle des werktätigen Volkes einsetzen.
Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse voraus und gründet sich ökonomisch auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln.
Der Weg zum Sozialismus führt über den Kampf zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, über die Einschränkung und schließliche Brechung der Monopolmacht.

Den demokratischen Kampf offensiv führen!

Die Monopolherrschaft ist das eigentliche Zentrum des Profit- und Machtmechanismus des Spätkapitalismus. Ihr wohnt die Tendenz zum Abbau aller demokratischen Rechte und Freiheiten inne. Sie bedroht täglich die Lebensinteressen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch die der anderen werktätigen Klassen und Schichten. Sie erzeugt gleichzeitig demokratische Bestrebungen in den Massen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, breite Schichten in den antimonopolistischen demokratischen Kampf für Frieden, demokratische Rechte, sozialen Fortschritt und Mitbestimmung einzubeziehen. Der Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht der Monopole ist gegenwärtig die Kernfrage revolutionärer Politik in der BRD.
Ziel dieses Kampfes ist die Errichtung einer fortschrittlichen Demokratie, in der die Arbeiterklasse als führende Kraft mit ihren Verbündeten auf der Grundlage der errungenen zentralen politischen Machtpositionen den entscheidenden politischen Einfluß in Staat und Gesellschaft ausübt und die Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum überführt. Die antimonopolistische Umwälzung hat einen großen eigenen Stellenwert im Ringen um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Sie ist zugleich die notwendige Etappe des Kampfes, in der die entscheidenden Voraussetzungen für die sozialistische Revolution geschaffen werden. Um die Macht der Monopole zu brechen, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung der vom Monopolkapital unterdrückten Volksmassen, bedarf es ihrer Sammlung um die Arbeiterklasse in einem demokratischen Bündnis. Der antimonopolistische Kampf wird in dem Maße vorankommen, wie Klassenbewußtsein, Kampfkraft und Organisiertheit der Arbeiterklasse in unserem Lande wachsen.
In diesem Kampf bildet die Durchsetzung grundlegender demokratischer Reformen wichtige Stützpunkte. Antimonopolistische Reformen bedeuten: den gefährlichsten Kräften des Militarismus und der äußersten politischen Reaktion, dem Rechtskartell, Niederlagen zu bereiten, dem Monopolkapital Zugeständnisse abzuringen und seine Machtpositionen zu schwächen und zurückzudrängen. Solche tiefgreifende demokratischen Reformen können nur im Wege des Massenkampfes, der Konfrontation der Massen mit dem staatsmonopolistischen System durchgesetzt werden. Antimonopolistische Reformen haben zugleich große Bedeutung für die Heranführung der Massen an den Sozialismus. Denn im Kampf um solche Reformen wachsen die Kampferfahrungen der revolutionären Kräfte, entwickelt sich ihr Klassenbewußtsein, werden neue Kampf- und bessere Ausgangspositionen erobert, werden die Reihen der revolutionären Kräfte erweitert.
Die Verwirklichung des Sozialismus ist jedoch mehr als eine Reform oder eine Summe von Reformen, sie ist eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung. Nur eine Arbeiterklasse, die durch bewußten, organisierten Klassenkampf erzogen und zur Revolution befähigt wird, wird in der Lage sein, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu bewältigen.

Um dem Kampf der Studenten Richtung und Ziel zu geben, entwickelt der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS, ausgehend von den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Mehrheit der Studenten, ein Programm der demokratischen Alternative zur Politik des Großkapitals im Wissenschafts- und Ausbildungssektor. Er entwickelt eine Strategie, die den Kampf an der Hochschule mit dem sozialen und politischen Gegenwartskampf überhaupt und dem Kampf um den Sozialismus verbindet.
Er wirkt im antiimperialistischen Kampf der demokratischen und sozialistischen Studenten als einigende Kraft, er entwickelt antimonopolistische, den sozialen und politischen Kampf verbindende Aktionsziele, wirkt für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter- und Studentenbewegung.
SPARTAKUS arbeitet eng mit solchen Studentengruppen zusammen, die ebenfalls für Mitbestimmung und Demokratisierung der Hoch- und Fachhochschulen eintreten. Er unterstützt die Forderungen und Initiativen demokratischer Kräfte außerhalb der Hochschulen, die eine demokratische Hochschulreform zum Inhalt haben.
Er arbeitet insbesondere eng mit den fortschrittlichsten Teilen der Arbeiterbewegung zusammen. Er weiß sich der Deutschen Kommunistischen Partei durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden.
Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS ist eine aktive und initiative Kraft im Kampf gegen die Formierung der Hoch- und Fachhochschulen.

- Er verteidigt jedes demokratische Recht der Studentenschaft, jede demokratische Errungenschaft vor dem Zugriff der Reaktion.
- Er wirkt aktiv in den Organen der Studentenschaft und unterstützt die Weiterentwicklung des vds als fortschrittlichen Dachverband aller westdeutschen Studentenschaften.
- Als politischer Studentenverband kämpft er zugleich beharrlich für die sozialen Interessen der Studenten, für eine umfassende Verbesserung der Studienbedingungen, für eine qualifizierte Ausbildung, die breite Disponibilität sichert.
- Er orientiert die Studenten auf die konsequente Mitarbeit in den Gewerkschaften während des späteren Berufslebens, weil er darin einen Beitrag zur Überwindung des bornierten bürgerlichen Akademismus, zur Heranführung der Studenten an den praktischen demokratischen und revolutionären Kampf in Fabrik, Schule, Büro und Labor, zur Stärkung der breitesten Massenorganisation der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Monopolkapital sieht.

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS sieht in der Durchsetzung von Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle über Forschungsplanung, Verwertung von Forschungsergebnissen, Lehre, Studium und Stellenbesetzungen durch die Hochschulangehörigen und die Arbeiterorganisationen das zentrale Kettenglied im Kampf für eine fortschrittlich-demokratische Hochschulreform, als Teil des Ringens für Demokratie und Sozialismus.

Die Kraft des Marxismus

Den Weg zu Demokratie und Sozialismus weist die Theorie von Marx, Engels und Lenin, der wissenschaftliche Sozialismus. Aus den sich verschärfenden Widersprüchen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus erklärt sich das wachsende Interesse am Marxismus in den imperialistischen Ländern, erklärt sich, daß gerade auch Studenten in der Beschäftigung mit dem Marxismus Antwort auf die brennenden Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung in der Gegenwart suchen. Die Entwicklung der westdeutschen Studentenbewegung beweist, daß die konkrete Anwendung des Marxismus von entscheidender Bedeutung für den erfolgreichen Verlauf der politischen Bewegung an den Hoch- und Fachhochschulen ist.
Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS verbreitet die Theorie von Marx, Engels und Lenin unter den Studenten. Nur in Verbindung mit dem Marxismus und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der gesamten antiimperialistischen Bewegung können die Studenten in der Aktion politisches Bewußtsein entwickeln, sich bewußt und konsequent auf die Seite der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Fortschritts stellen und die geistige Manipulation durch die bürgerliche Wissenschaft durchbrechen.
Die Mitglieder des SPARTAKUS eignen sich daher die Theorie von Marx, Engels und Lenin und die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, der gesamten antiimperialistischen Bewegung, an.
Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS kämpft dafür, daß der Marxismus an unseren Hoch- und Fachhochschulen unverfälscht, das heißt von Marxisten dargestellt werden kann. Er führt offensiv den Kampf gegen alle bürgerlichen Ideologien, die den Studenten illusionäre Eliteaussichten vorgaukeln und die der geistigen, politischen und sozialen Unterdrückung der arbeitenden Menschen dienen. Insbesondere bekämpft er den Antikommunismus in allen seinen Spielarten, der von den Herrschenden immer schon benutzt wurde, um die demokratische Bewegung zu schwächen und zu spalten.

Gemeinsam gegen den Imperialismus

Als die marxistische Studentenorganisation in der BRD stellt sich SPARTAKUS zugleich konsequent in die Reihen der Kämpfer gegen den Imperialismus in der ganzen Welt. Nur durch die internationale Solidarität der antiimperialistischen Kräfte ist dem nationalen Kampf gegen das kapitalistische System der Erfolg sicher.

Tiefgreifende revolutionäre Umgestaltungen verändern das Kräfteverhältnis in der Welt. Auf einem Drittel des Erdballs, in den Ländern des sozialistischen Weltsystems, ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig beseitigt. Die Entstehung des sozialistischen Weltsystems gab dem weltweiten Kampf gegen den Imperialismus entscheidende Impulse.

Die Kraft und Dynamik des realen Sozialismus, die Verschärfung der Klassenkämpfe in den imperialistischen Hauptländern, die Wucht des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hat dazu geführt, daß der Imperialismus seine bestimmende Rolle verloren hat. Die Epoche seiner ungeteilten Herrschaft wurde von der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus abgelöst.

Obwohl der Imperialismus die historische Initiative verloren hat, ist seine Aggressivität gewachsen. Sie ist die Quelle ständiger Bedrohungen für die Völker der ganzen Welt. Bewaffnete Interventionen, grausame Repressalien gegen die Befreiungsbewegung, konterrevolutionäre Umstürze, die Schürung von Völkerhaß, von Antikommunismus und Antisowjetismus, gehören zu seinem Instrumentarium.

Die gegenwärtige Situation gebietet die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte. Die Kampfsolidarität der sozialistischen Länder, der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung ist der sicherste Garant für ihren Sieg.

Deshalb dürfen sich die antiimperialistischen Studenten nicht gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten mißbrauchen lassen, die für die Kampfsolidarität größte materielle, ökonomische und militärische Opfer bringen.

Daher weist SPARTAKUS den Antikommunismus in jeder Spielart als Schwächung der notwendigen Einheit im antiimperialistischen Kampf entschieden zurück. Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS entwickelt freundschaftliche Beziehungen zu den antiimperialistischen Studentenorganisationen in der Welt und übt in jeder Beziehung praktische Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Zurückdrängung des Imperialismus ist der Kampf um Frieden. Deshalb tritt der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS für eine Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ein.

Eine solche Politik hat nichts gemein mit Klassenfrieden und stellt das Recht der unterdrückten Völker und Klassen, alle Mittel für ihre Befreiung, bis zum bewaffneten Kampf, anzuwenden, nicht im geringsten in Frage. Sie schafft im Gegenteil die günstigsten Voraussetzungen für die Erstarkung der sozialistischen Länder und für die Entfaltung des Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern, sie stärkt die Kampfpositionen der nationalen Befreiungsbewegung.

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS tritt deshalb aktiv für eine europäische Friedensordnung ein, die auf Anerkennung der bestehenden Grenzen und Abrüstung beruht.

Er kämpft gegen die Militarisierung der Hochschulen, gegen offene und geheime Kriegsforschung, für die drastische Kürzung des Rüstungshaushaltes zugunsten demokratischer Bildungsreformen.

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS ist die marxistische Studentenorganisation in der BRD, die für die antimonopolistische Alternative im Hochschulbereich und in der Gesamtgesellschaft, für eine sozialistische Zukunft kämpft. Wir wenden uns an die Studenten der Hoch- und Fachhochschulen in der Bundesrepublik.

Kämpft an der Seite der Arbeiterklasse
Gegen den Imperialismus
Für eine demokratische Hochschule
Für Frieden, Demokratie und Sozialismus
KÄMPFT MIT SPARTAKUS!

Wir rufen die marxistischen Studenten, alle, die den Weg zum Marxismus suchen, die ernsthaft bereit sind, den Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapital organisiert zu führen, auf:

ORGANISIERT EUCH IM SPARTAKUS!

SATZUNG des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

verabschiedet auf dem 1. Bundeskongreß am 21. Mai 1971 in Bonn

I. Name und Sitz

1. Der Name der Organisation ist Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS (MSB SPARTAKUS); sie hat ihren Sitz in Bonn.
2. Der MSB SPARTAKUS ist eine gegenüber Parteien und Vereinigungen selbständige marxistische Studentenorganisation an den Hoch- und Fachhochschulen in der BRD.

II. Mitgliedschaft

3. Mitglied im MSB SPARTAKUS kann werden
   — wer die Grundsatzerklärung und die Satzung anerkennt
   — wer bereit ist, sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen
   — wer bereit ist, regelmäßig seinen Beitrag zu zahlen.
4. Jedes Mitglied hat das Recht, an der Erarbeitung und Beratung der Politik des MSB SPARTAKUS teilzunehmen, an den Wahlen teilzunehmen und selbst gewählt zu werden. Jedes Mtiglied hat die Pflicht, durch das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus seine Kenntnisse zu vervollkommnen.
5. Mitglieder werden durch die Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder aufgenommen, dabei muß mindestens ein Drittel aller Gruppenmitglieder die Aufnahme befürworten.
   Gegen den Entscheid der Gruppe kann vom Gruppenvorstand oder vom Bundesvorstand Einspruch erhoben werden. In solchen Fällen entscheidet nach Rücksprache mit allen Betroffenen die Schiedskommission.
6. An Hoch- oder Fachhochschulen, an denen noch keine Gruppe des MSB SPARTAKUS besteht, können Einzelpersonen einen Antrag auf Aufnahme in den Verband an den Bundesvorstand stellen.
7. Mitglieder des MSB SPARTAKUS, die ihren Studienort innerhalb der BRD wechseln, werden von der dortigen Gruppe übernommen.
   Bei einem Studienwechsel an eine Hoch- oder Fachhochschule außerhalb der BRD ruht die Mitgliedschaft.
8. Die Mitgliedschaft endet mit dem Austritt, mit Ausschluß oder Tod. Der Austritt sollte begründet werden.
   Ein Ausschluß ist nur möglich,
   — wenn das Mitglied gegen die Satzung verstoßen hat
   — bei Handlungen, die das Ansehen oder die politische Arbeit der Organisation erheblich schädigen
   — wenn trotz Mahnung länger als 6 Monate kein Beitrag gezahlt wurde.
9. Eine Mitgliedschaft im MSB SPARTAKUS ist nicht möglich, wenn das Mitglied einer Organisation angehört, die sich die Bekämpfung des MSB SPARTAKUS oder derjenigen Organisationen und Staaten zum Ziel gesetzt hat, mit denen der MSB SPARTAKUS in der Grundsatzerklärung seine Solidarität und Verbundenheit bekundet und wenn das Mitglied diese Zielsetzung unterstützt.
10. Anträge auf Ausschluß eines Mitgliedes können von der Gruppe, dem Gruppenvorstand oder dem Bundesvorstand gestellt werden. Über den Ausschluß entscheidet die Gruppe mit einfacher Mehrheit, dabei muß mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend sein. Gegen diesen Entscheid kann vom Betroffenen, vom Gruppenvorstand oder vom Bundesvorstand innerhalb von drei Wochen Einspruch erhoben werden.
    In solchen Fällen entscheidet nach Rücksprache mit den Betroffenen die Schiedskommission.
11. Treffen die genannten Ausschlußgründe auf eine gesamte Gruppe zu, so kann diese Gruppe vom Bundesvorstand aufgelöst werden. Gegen einen Auflösungsbeschluß kann bei der Schiedskommission Einspruch erhoben werden.
12. Die Schiedskommission besteht aus drei Mitgliedern. Ein vom Betroffenen Beauftragter und ein Vertreter des Antragstellers sind bei der Beratung hinzuzuziehen. Die Entscheidungen in der Schiedskommission werden mit Stimmenmehrheit gefällt.

III. Organisationsaufbau

13. Oberstes Organ ist der Bundeskongreß, auf Gruppenebene die Mitgliederversammlung. Der Bundeskongreß tagt in der Regel einmal im Kalenderjahr, mindestens aber alle zwei Jahre. Er ist drei Monate vor Zusammentritt vom Bundesvorstand einzuberufen.

14. Ein außerordentlicher Bundeskongreß kann einberufen werden
    — vom Bundesvorstand,
    muß einberufen werden
    — auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Verbandes.
15. Die Delegierten zum Bundeskongreß werden nach einem Delegiertenschlüssel auf den Mitgliederversammlungen der Gruppen gewählt. Der Delegiertenschlüssel wird durch den Bundesvorstand festgelegt.
16. Der Bundeskongreß hat die Aufgabe:
    — die Grundsatzerklärung, die Satzung sowie die Richtlinien für die Tätigkeit der Organisation zu beschließen
    — den Tätgkeitsbericht des Bundesvorstandes entgegenzunehmen und zu prüfen
    — mindestens 25 Bundesvorstandsmitglieder zu wählen
    — die drei Mitglieder der Schiedskommission zu wählen
    — mindestens drei Revisoren zu wählen.
    Soweit es diese Satzung nicht anders bestimmt, beschließt der Bundeskongreß mit einfacher Mehrheit.
    Über die Beschlüsse des Bundeskongresses wird Protokoll geführt.
17. Zwischen den Tagungen des Bundeskongresses wird die Tätigkeit der Organisation durch den Bundesvorstand geleitet.
18. Der Bundesvorstand wählt aus seiner Mitte den 1. Vorsitzenden und bis zu vier Stellvertreter. Der 1. Vorsitzende und seine Stellvertreter bilden das Sekretariat. Wenn notwendig, wählt der Bundesvorstand aus seiner Mitte weitere Sekretariatsmitglieder hinzu.
19. Der Bundesvorstand kann Mitglieder des Verbandes, in der Regel Bundesvorstandsmitglieder, mit der Koordination politischer Aktivitäten auf regionaler Ebene beauftragen.
20. In der Regel wird pro Hoch- oder Fachhochschule eine Gruppe gebildet.
    Gruppen werden dort gebildet, wo mindestens 5 Mitglieder tätig sind.
    Neugründung von Gruppen bedarf der Zustimmung des Bundesvorstandes.
21. Existieren an einem Ort mehrere Hoch- oder Fachhochschulen oder werden verschiedene Hoch- und Fachhochschulen zu einer Gesamthochschule zusammengefaßt, so können sich die betroffenen Gruppen in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand zu einer Gesamtgruppe zusammenschließen oder ein gemeinsames übergeordnetes Leitungsorgan wählen.
    Näheres regelt der Bundesvorstand.
22. Zwischen Tagungen der Mitgliederversammlungen wird die Arbeit der Gruppe vom Gruppenvorstand geleitet.
    Der Gruppenvorstand besteht aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern, er wird auf einer Mitgliederversammlung gewählt.
23. Trifft eine Relegung laut Art. 21 zu, so kann die Wahl des übergeordneten Leitungsorgans auf einer Ortsdelegiertenkonferenz oder auf einer Gesamthochschuldelegiertenkonferenz erfolgen. Die Delegierten werden nach einem Delegiertenschlüssel auf den Mitgliederversammlungen der Gruppen gewählt. Der Delegiertenschlüssel wird vom Bundesvorstand festgelegt.

IV. Vertretung der Organisation

24. Vorstand im Sinne des § 28 des BGB sind auf
    — Bundesebene der 1. Vorsitzende, ein Stellvertreter und ein weiteres Mitglied des Bundesvorstandes.

V. Finanzen

25. Die Finanzierung und die entstehenden Kosten der Organisation werden aus der Aufnahmegebühr, aus Mitgliedsbeiträgen, aus Spenden und Einkünften aus Veranstaltungen gedeckt.
    Höhe und Verteilung der Beiträge bestimmt eine Beitragsordnung, die vom Bundeskongreß verabschiedet wird.

VI. Auflösung

26. Die Auflösung der Organisation kann vom Bundesvorstand mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden. Dabei müssen mindestens die Hälfte aller ordentlichen Delegierten anwesend sein.

VII. Änderungen

27. Änderungen der Grundsatzerklärung und der Satzung müssen vom Bundeskongreß mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

VIII. Inkrafttreten

28. Die Satzung tritt am 21. 5. 1971 in Kraft

Beitragsordnung

Die Aufnahmegebühr beträgt 2,– DM.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich 3,– DM, davon werden durch die Gruppen monatlich 2,– DM an den Bundesvorstand abgeführt.

Für die Interessen der Studenten –

Für das Bündnis mit der Arbeiterklasse –

Für die Solidarität im antiimperialistischen Kampf:

MACHT DEN SPARTAKUS STARK!

AUFRUF

zum 2. Bundeskongreß des Marxistischen Studentenbundes

SPARTAKUS

Hamburg, 19.–25. Februar 1973

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS hat seit seiner Gründung am 21. Mai 1971 wesentlich dazu beigetragen, daß die Zahl der Studenten gewachsen ist, die für die Verbesserung ihrer Lage einheitlich handeln, die erkennen, daß ihre Interessen nur im Kampf gegen das Großkapital und seine Parteien durchgesetzt werden können.

Immer weniger Studenten wollen eine Ausbildung hinnehmen, durch die sie im späteren Beruf als Juristen, Lehrer, Ärzte und Ingenieure gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten mißbraucht werden sollen. Das Ziel der Mehrheit der Studenten ist es, ihre wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und im Dienste des Fortschritts einzusetzen und nutzbar zu machen.

Immer mehr Studenten erkennen: Ihr Platz ist an der Seite der Arbeiterklasse, der stärksten Kraft im Kampf gegen Großkapital und Reaktion.

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS ist der Studentenverband, der für die Brechung der Macht des Großkapitals, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpft. Er wird von Großkapital und politischer Reaktion erbittert bekämpft, weil die Herrschenden wissen: wenn es ihnen gelingt, den Marxistischen Studentenverband zu schwächen, wird die gesamte Studentenbewegung getroffen. Weil sie wissen: Je stärker der MSB SPARTAKUS, um so wirksamer der Kampf der Studenten, um so größer die Möglichkeit, Sektiererei und Isolierung der Studentenbewegung von der arbeitenden Bevölkerung zu überwinden.

Doch weder Berufsverbote und andere Unterdrückungsmaßnahmen, noch Verleumdungsfeldzüge der Springerredaktionen konnten verhindern, daß die Zahl derer zugenommen hat, die wissen: wer kämpfen will, braucht Genossen, muß sich organisieren.

Der MSB SPARTAKUS ist stärker geworden.

Der 2. Bundeskongreß des MSB vom 19. bis 24. 2. 1973 in Hamburg ist eine wichtige Etappe in der Entwicklung unseres Verbandes. Denn auf diesem Kongreß stehen diejenigen Fragen im Mittelpunkt, die den Studenten auf den Nägeln brennen, denen in überfüllten Seminaren ein vernünftiges Studium unmöglich gemacht wird. – Die nach demokratischen und sozialistischen Alternativen zum herrschenden Lehrangebot suchen. – Die für schlechte Buden immer höhere Mieten bezahlen müssen. – Die unzufrieden damit sind, daß ihnen das, was sie im Studium lernen, in ihrem späteren Beruf wenig hilft. – Die nicht wollen, daß ihre wissenschaftliche Arbeit für arbeiterfeindliche Zwecke eingespannt wird. – Die unter irrationalem Prüfungsdruck leiden oder durch den Numerus clausus von Studiengängen ausgesperrt werden, die ihren Fähigkeiten entsprechen.

Auf diesem Kongreß kommen die gemeinsamen Interessen der Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung zur Sprache. Arbeiter und Angestellte sind ebenso von der Bildungsmisere betroffen wie die Studenten: Ihren Kindern wird in überfüllten Schulklassen die Zukunft verbaut, weil zuwenig Lehrer ausgebildet werden. Sie haben unter dem Ärztemangel zu leiden. Sie haben mit uns das Interesse, daß das Bildungswesen ausgebaut wird, daß die ausschließlich friedliche Nutzung der Wissenschaft gesichert wird, daß das Bildungssystem demokratisiert wird.

Auf diesem Kongreß wird diskutiert, wie die Lage der Studenten verbessert werden kann. Wie die gemeinsamen Interessen der Studenten mit der werktätigen Bevölkerung zur Geltung gebracht werden können. Wie eine demokratische Hochschulreform durchgesetzt werden kann. Auf diesem Kongreß wird der Beitrag diskutiert, den wir Studenten für den gesamtgesellschaftlichen Kampf, für Frieden und Abrüstung, für die Solidarität mit allen Völkern, die gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus und Faschismus kämpfen, heute leisten müssen.

Auf diesem Kongreß werden wir sagen, was man tun muß, um die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Wir werden die Ziele angeben, für die Studenten heute kämpfen müssen:

Bildung statt Rüstung! — Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten! — Gegen den Abbau demokratischer Rechte! Für Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen! — Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung! — Für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten! — Die Aktionseinheit der Studentenbewegung herstellen!

Diese Ziele bilden auch die Schwerpunkte eines Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten, das dem Kongreß zur Diskussion und Verabschiedung vorliegen wird. Es steht unter dem Motto „Für die eigenen Interessen kämpfen! — Mit der Arbeiterklasse verbünden!“

Mit dem Entwurf dieses Programms wenden wir uns schon vor dem Kongreß an alle Studenten, an die demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen, an Gewerkschaftler und fortschrittliche Hochschullehrer. Wir fordern alle auf: Diskutiert dieses Programm, macht dazu eigene Vorschläge! Alle Anregungen werden wir berücksichtigen. Denn mit diesem Programm macht der MSB SPARTAKUS Aktionsvorschläge für das gemeinsame Handeln der Studentenbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte gegen das Großkapital und die Reaktion. Unterschiedliche politische und weltanschauliche Auffassungen dürfen nicht gemeinsame Aktionen verhindern. Nur gemeinsam können wir unsere Forderungen durchsetzen.

Die beste Vorbereitung für den 2. Bundeskongreß sind gemeinsame Aktionen. Gegen den materiellen Bildungsnotstand in den Instituten, Fachbereichen und Universitäten. Gegen Berufsverbote und Maulkorbverordnungen gegen die Studenten.

Für die Solidarität mit allen um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völkern. Für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit für Vietnam. Für die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Afrika, die gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfen.

Bereiten wir gleichzeitig durch solche Aktionen in unserem Land die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vor, die 1973 in Berlin, der Hauptstadt der DDR, stattfinden werden und die eine große Demonstration der Einheit der Jugend im Kampf für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft sein werden!

Studenten an den Hoch- und Fachhochschulen der BRD:

Kämpft gemeinsam mit der marxistischen Studentenorganisation für das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz.

Organisiert Euch im SPARTAKUS!

Genossinnen und Genossen,

bereitet unseren 2. Bundeskongreß gut vor. Diskutiert mit möglichst vielen über den Programmentwurf. Gewinnt bis zum 19. Februar neue Mitglieder für unseren Verband und neue Leser für die roten blätter. Stärkt den Kampffonds des Verbandes durch Geldsammlungen.

Für die Interessen der Studenten —
Für das Bündnis mit der Arbeiterklasse —
Für die Solidarität im antiimperialistischen Kampf:

MACHT DEN SPARTAKUS STARK!

Vorwärts zum 2. Bundeskongreß!

Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS
beschlossen auf der 7. Tagung am 25. 11. 1972 in Münster



Nummer 9 jetzt neu!
Nummer 10 ab Anfang Februar!

Wenn Sie die roten blätter nicht am Büchertisch des MSB SPARTAKUS in der Hochschule erhalten können, bestellen Sie ein Abonnement bei

MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Postfach

Name: ______________________________

Ort: ______________________________

Straße: ______________________________

Unterschrift: ______________________________